

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Welt für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Berlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

Insertionspreise: Die 10geleit. Kolonellselle 35 Pf., bei Vorkauf 40 Pf. Stellenangebote 10geleit. Kolonellselle 25 Pf. Familiennachrichten von Privatpersonen 10geleit. Kolonellselle mit 50% Nachsch. Restamtselle 2 Pf. Inserate o. ausw.: die 10geleit. Kolonellselle 40 Pf. bei Vorkauf 50 Pf. Restamtselle 2.25 Pf.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Der Kuhhandel um das Reichsschulgesez

Das Aufsichtsrecht der Kirche

Der Interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien hat am Mittwoch nach mehr als sechsstündigen Beratungen seine Erörterungen über die Paragraphen 14 und 16 des Reichsschulgesezes abgeschlossen. In diesen Paragraphen wird der Religionsunterricht in den Volksschulen und die Einsichtnahme in den Religionsunterricht behandelt. Am Schluss der Sitzung teilte der deutschnationalen Vorsitzende des Ausschusses, Graf Westarp, mit, daß über die beiden Paragraphen eine Einigung erzielt worden sei, nach der allen Befürchtungen, es könnte die geistliche Ortsschulaufsicht wieder entstehen, der Boden entzogen würde.

Dazu erzählt der Sozial. Pressebericht, daß nach dem Kompromiß die Kontrolle des Religionsunterrichts durch die kirchlichen Pfarrer zwar ausgeschaltet wird, die geplante geistliche Schulaufsicht an sich aber insofern bleibt, als für die Kontrolle des Religionsunterrichts in Zukunft eine bestimmte Anzahl von Personen zu benennenden Personen in Aussicht genommen ist. Sie sollen gewissermaßen im Hauptberuf im Lande herumreisen und die einzelnen Schulen kontrollieren.

Eine Einigung über den § 20, der die Simultanschule in den Ländern behandelt, wurde nicht erzielt. Es heißt, daß die Differenzen hier noch verhältnismäßig groß sind, aber in absehbarer Zeit auch darüber eine Verständigung nicht unwahrscheinlich ist.

Der neue Paragraph 16

SPD Berlin, 12. Januar. (Radio.)

Der am Mittwoch von den Regierungsparteien beschlossene Kompromißvertrag zu dem § 16 des Reichsschulgesezes hat folgenden Wortlaut:

Der Ausschuss wolle beschließen:

§ 16. Den Religionsgesellschaften ist — unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes (Artikel 144 und 148, Abs. 1 der Reichsverfassung) — Gelegenheit zu geben, sich davon zu überzeugen, ob der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit ihren Grundsätzen erteilt wird. Die zuständigen oberen Stellen der Religionsgemeinschaften haben zu dem Zwecke das Recht der Einsichtnahme in den Religionsunterricht. Dieses Recht kann nicht an den Ortsgemeinschaften als solchen übertragen werden.

Die Religionsgesellschaften und ihre Vertreter haben gegenüber den Lehrern, die Religionsunterricht erteilen, keine Befugnis der Dienstaufsicht.

§ 16a. In den Gebieten des Reiches, in denen ein Zusammenwirken zwischen Staatsbehörden und Religionsgesellschaften hinsichtlich der Einrichtung und Erteilung des Religionsunterrichts in der Volksschule durch Gesetz oder Vereinbarung festgelegt ist, kann es bei dieser Regelung verbleiben.

Diese Formulierung läuft darauf hinaus, die Öffentlichkeit zu betriegen und den Eindruck zu erwecken, als ob die kirchliche Schulaufsicht im großen und ganzen fortfällt und die Religionsgesellschaften nur von Fall zu Fall das Recht haben, den Religionsunterricht in den Volksschulen zu kontrollieren. In Wirklichkeit wird die kirchliche Schulaufsicht für alle Zukunft und in dem von den Religionsgesellschaften gewünschten Umfang sanktioniert. Die Deutsche Volkspartei hat damit alles aufgegeben, was sie gestern noch als heilig verkündete. Trotzdem droht heute die Germaniamitteilung mit einer Regierungskrise, wenn die Deutsche Volkspartei nicht auch noch hinsichtlich der unstrittigen Frage der Simultanschulen nachgibt.

Die neue Kriegerverversorgung

Die Zahl der versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten ist in Deutschland trotz großer Sterblichkeit noch immer im Wachsen begriffen. Nach dem soeben erschienenen Haushaltsvoranschlag für 1928 beträgt ihre Zahl 795 000, einschließlich 45 000 Kapitulanten des alten Heeres. 1924, bei der erstmaligen Fählung der versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten, waren es nur 771 335. Zu Tausenden schickte also die große Armee des Krieges nachträglich krank und steh gewordene Angehörige alljährlich neu in die Versorgung. Selbst die Zahl der Witwen, die sich in den ersten Nachkriegsjahren durch zahlreiche Wiederverheiratungen stark verminderte, steht mit 375 000 nur um rund 4000 unter der Zahl von 1924. Zurückgegangen ist infolge der Erreichung des 18. Lebensjahres, bei dem in der Regel die Versorgung aufhört, die Zahl der Kriegswaisen. 1924 betrug sie noch 1 081 409; nach dem Voranschlag für 1928 sind noch rund 780 000 Waisen zu versorgen. Die Zahl der versorgungsberechtigten Kriegereatern ist jedoch im gleichen Zeitraum infolge Verberung der gesetzlichen Bestimmungen von rund 194 000 auf rund 232 000 gestiegen. Im ganzen sind also in Deutschland noch rund 2 200 000 Menschen an der Kriegerverversorgung interessiert. Der Aufwand ist im Voranschlag für 1928 mit rund 1 480 000 000 Reichsmark für diesen Personenkreis veranschlagt.

Diese Zahlen kennzeichnen die unverminderte Größe des sozialen Problems, vor das wir durch den Krieg noch auf viele Jahre gestellt sind. Die deutschen Kriegsoffer waren mit ihrer Versorgung seit langem sehr unzufrieden. Ein erheblicher Teil dieser Versorgung wird in Form von Ausgleichszulagen und Zuschüssen gewährt. Die Gewährung von Ausgleichszulagen ist von einem erlernten Beruf, die Gewährung von Zuschüssen von der Bedürftigkeit abhängig. Dieses System brachte eine starke Benachteiligung der ungelerten Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen sowie der sogenannten Leichtbeschädigten mit sich. Die Versorgungsberechtigten forderten daher einen Einbau dieser Teile der Versorgung in die Grundrente. Auch die Regierung und die bürgerlichen Parteien konnten sich auf die Dauer von der Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit betonten Notwendigkeit nicht entziehen, einen Umbau der Versorgung in dieser Richtung vorzunehmen. Im März 1926 von der Sozialdemokratie gestellt, wick die Regierung aus und ließ erkennen, daß sie die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen erst im Zusammenhang mit der Befoldungsreform treffen wolle. Dieser Abzich lag die für die Sozialpolitik des Bürgerblocks bezeichnende Erwägung zugrunde: Wenn der notwendige gesetzgeberische Umbau der Kriegsverversorgung außerhalb des Zusammenhangs mit der Beamtenbefoldung erfolgt, wie es die Sozialdemokratie verlangte, so hätten Sondermittel zu diesem Zweck beschafft werden müssen. Mit diesen Sondermitteln wäre die Versorgung erst einmal auf gesunde Füße gestellt worden. Bei der Neuordnung der Beamtenbefoldung hätte dann die den Beamten gewährte prozentuale Erhöhung nach § 87 des Reichsverversorgungsgesezes automatisch auf die Bezüge der Kriegsoffer Ausdehnung finden müssen. Aber gerade diesen Vorteil wollte die Bürgerblockregierung den Kriegsoffern vorenthalten. Zu diesem Zweck verknüpfte sie den grundsätzlichen Umbau der Kriegsverversorgung mit der Befoldungsreform für die Beamten und führte sie im wesentlichen mit den aus der automatischen Erhöhung sich ergebenden Beträgen durch. So kam es, daß die 5. Novelle zum Reichsverversorgungsgesez durch einen Einbau von 22 Prozent der Zusatzrente in die Grundrente zwar eine Verbesserung der Grundrenten und damit eine Erhöhung der unhaltbaren Bezüge der sogenannten Leichtbeschädigten brachte, jedoch auf Kosten der Witwen, Waisen und Eltern. Während die durchschnittliche Erhöhung der Bezüge der vergleichbaren Beamtengruppen zwischen 20 und 25 Prozent liegt, sollten die Witwen nur eine Erhöhung von 9,3 Prozent, die Bezüge der Eltern sogar nur eine solche von 6 Prozent erfahren. Das hat eine ungeheure Empörung in den Kreisen der Hinterbliebenen ausgelöst.

Die Sozialdemokratie ist bestrebt gewesen, die Mängel des Entwurfs zu beseitigen. Sie hat zunächst versucht, die Grundrenten durch völligen Einbau der Zusatzrenten und der Ausgleichszulagen so zu verstärken, daß nicht nur die Hinterbliebenen im Vergleich mit der Beamtenbefoldung ohne jede Schädigung geblieben wären, sondern auch die Renten der Beschädigten eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem Entwurf erfahren haben würden. Als das an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien scheiterte, konzentrierte die Sozialdemokratie ihre Kraft darauf, die Schädigungen für die Hinterbliebenen auszumergen oder wenigstens zu mildern. Auch diese Bemühungen scheiterten an dem hartnäckigen Widerstand der Parteien des Bürgerblocks, die sich die Begründung der Regierung zu eigen machten, wonach jede Möglichkeit, daß Renten von Hinterbliebenen sich mit dem unumgänglichen Einkommen des Verstorbenen überschneiden könnten, unterbunden werden müsse, weil sonst die ganze Sozialgesetzgebung diskreditiert werde. Bei den Großrenten sind die Bürgerblockparteien nicht so zimperlich. Wenn es auch nicht möglich war, das Gesicht der 5. No-

Betrügerei bei Reparationslieferungen

Ueber 100 Millionen erschwindelt!

Der deutschen und französischen Regierung ist es gelungen, großen Betrügereien bei Reparationslieferungen auf die Spur zu kommen. Es handelt sich um einen Reparationsstandal, bei dem die Schwindler Millionensummen erbeutet haben. Man spricht von einer Gesamtsumme von 150 bis 180 Millionen Mark. Für die betrügerischen Unternehmungen kommen nicht bestimmte Warenspesialitäten, sondern alle möglichen deutschen Produkte in Frage, u. a. Textilwaren, Eisen, Metall. Der Betrug ging in der Art vor sich, daß die deutschen Firmen falsche Fakturierter, falsche Rechnungen ausgestellt haben, wofür sie von ihren französischen Kompagnons Provision erhielten. Auf diese Art kamen Ueberlieferungen von barem Geld (Bartransaktionen) nach Frankreich zustande. Die deutsche Regierung ist dadurch im Gegensatz zu dem französischen Kabinett nicht geschädigt worden, da ihre Zahlungen an die Ententeänder durch die Damesquôte, jstischen und nicht erniedrigt werden können. In dem Betrag liegt aber zweifellos eine Gefährdung der deutschen Währung.

Dazu erzählt der Sozial. Pressebericht von zuverlässiger Seite u. a. folgendes: Die betrügerischen Manipulationen reichen längere Zeit zurück. Der Anstoß zur Entdeckung der Betrüge ging von dem deutschen Finanzministerium aus. (Dezember 1927). Dem deutschen Zollinspektorat in Paris kam die Abwicklung verschiedener Verträge verdächtig vor. Daraufhin wurde über das deutsche Finanzministerium in Berlin die französische Regierung verständigt. Der französische Arbeitsminister Lardieu ordnete sofort eine strenge Kontrollierung der Zolllieferungsverträge in den Weideraufgebieten an, wodurch man den Verbrechern vollends auf die Spur kam. In Frankreich sind auch bereits mehrere Verhaftungen in dieser Angelegenheit erfolgt. Auch in Deutschland ist es, in Zusammenarbeit mit der französischen Regierung, gelungen, eine Reihe der wichtigsten Betrugsfälle aufzuklären. Die Firmen, die sich auf deutscher Seite an dem Betrugsmanöver beteiligt haben, sitzen zum größten Teil in Berlin. Vor allem wird die Paragessellschaft in Berlin genannt, ein Unternehmen, das in der Nachkriegszeit gegründet worden ist. Diese Gesellschaft ist bereits durch den Reichskommissar für 2 Jahre auf die schwarze Liste gesetzt und von weiteren Reparationslieferungen ausgeschlossen worden. Schwer belastet scheint auch eine rheinische Firma zu sein, die ihren Sitz in Düsseldorf hat. Es wird damit gerechnet, daß diese Firma im Laufe der nächsten Tage schwerwiegend betrügerischer Handlungen überführt werden kann.

Von jeder gebildeten Privatkapital und Korruption zusammen. Es darf deshalb auch kein Wunder nehmen, wenn ein gigantischer Subventionismus, wie es die Reparationsfachleute Deutschlands an die anderen Länder sind, nicht die beteiligten Interessierten früher oder später korumpiert. Es handelt sich immer wieder um jene Schichten, die angeblid stets die Moral in Erbpacht haben und vorgeben, daß nur sie Ordnung im Staate schaffen könnten. Diese Ordnung scheint aber nur die Ausnutzung von Gelegenheiten zu sein, um sich an den sogenannten Feindrenten, wie sich die Unternehmensepresse immer ausdrückt, „besund zu stoßen“

Einige von den Betrügern

11. Paris, 12. Januar.

Die Morgenpresse bringt Einzelheiten über die von der Polizei vorgenommenen Interventionen in dem Naturalieferungsstandal. Die erste Hausdurchsuchung set bei der Firma Minerva vorgenommen worden, wo Verträge über Kohlenlieferungen beschlagnahmt wurden. Sodann erfolgte die Vernehmung des Direktors Louis Goldschmidt, der Deutschen Import- und Exportgesellschaft, der nach seinen eigenen Aussagen eine bedeutende Rolle bei dem Zustandekommen von Verträgen über Naturalieferungen gespielt hat. Die Hausdurchsuchung bei dem früheren Vorsitzenden der Paragessellschaft habe bisher kein Ergebnis geliefert. Weiter griff die Polizei bei der Pariser Firma Grubberg et Lewy, der sogenannten Damesplan-Gesellschaft, ein; deren beide Chefs verhaftet wurden. Bei einem Präsidenten der Handelskammer, dessen Name nicht genannt wurde, sprach die Polizei ebenfalls vor. Ein gewisser Dauphin, der sich mit Schmelzlieferungen auf Reparationskonto beschäftigte und in den letzten Monaten über 20 000 Schafe nach Frankreich brachte, mußte ebenfalls Rechenschaft abgeben. Die bisherigen Untersuchungen sollen nach den Angaben des Pariser Polizeikommissars die Namen der Beteiligten, die zwischen den französischen und den deutschen Kaufleuten enge Beziehungen zur Festlegung der Lieferungsverträge bestanden.

Es muß als sehr auffällig vermerkt werden, daß die deutschen Untersuchungsinstanzen der Öffentlichkeit die Namen der betrügerischen Firmen noch nicht mitgeteilt haben. Diese Zurückhaltung ist nicht am Wahn — oder erscheint durch die Wäso der Patriotismus — gewisser nationaler Kreise in zu unangenehmer Beleuchtung?

Zur Munitionsbeschlagnahme in Kiel

11. Halle a. d. Saale, 11. Januar.

Nach Mitteilung der Politischen Abteilung beim hiesigen Polizeipräsidenten kommt als Abänderung der Kieler Munitionsfabrikung eine im Fort Jänna del Torgau untergebrachte Zerlegungsfabrik in Frage. Die Angelegenheit wird bereits von der Kieler Staatsanwaltschaft bearbeitet. Die hiesigen Polizeibehörden erklären deshalb, detaillierte Auskünfte nicht geben zu können. — Aus Torgau wird zu der Angelegenheit gemeldet: Im Laufe des heutigen Vormittags befristigte hier Kriminalrat Dubiel vom Landbestimmungsamt Halle zusammen mit einem Beamten der Kriminalpolizei in Torgau die frühere hiesige Munitionsfabrik bei Zinna, die jetzt als Schrottoarbeitsanstalt von Johann Schwarz arbeitet, eingehend. Die Schrottoarbeitsanstalt ist für die Reichsbahnbestimmungsbezirke Halle und Breslau eingerichtet. Die polizeiliche Beschlagnahme geschah im Zusammenhang mit der Munitionsbeschlagnahme in Kiel.

Welle zum Reichsversorgungsgesetz grundsätzlich zu verändern, so ist es doch dem energischen Kampf der Sozialdemokratie gelungen, den Regierungsparteien einige Konzessionen abzurufen. Die wichtigste von ihnen ist die Beseitigung der Witwenrente im Betrage von 40 Prozent der Vollrente der Kriegesbeschädigten. Auf diese unzulänglichen Bezüge waren bisher alle kinderlosen Witwen angewiesen, die das 45. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten. Sie sollen künftig dieselbe Rente erhalten wie die kinderlosen Witwen nach Erreichung des 45. Lebensjahres, d. h. 50 Prozent der Vollrente der Erwerbsunfähigen. Von dieser Verbesserung werden jedoch nur rund 30 000 Kriegserwitwen erfasst. Die von der Sozialdemokratie erstrebte einheitliche Witwenrente von 60 Prozent der Vollrente des Erwerbsunfähigen ließ sich ebensowenig durchsetzen wie die grundsätzliche Zulassung aller Witwen zur Zusatzrente. Die Waisenrenten haben keine nennenswerten Veränderungen erfahren. Neu eingeführt wurde die sogenannte Erziehungsbeihilfe für Kriegswaisen, für die der Entwurf 15 Millionen Reichsmark im Jahre 1933 machen wollte. Die Sozialdemokratie forderte 25 Millionen; beschlossen wurden schließlich 20 Millionen Reichsmark. Nach den Mitteilungen der Regierung wird die Erziehungsbeihilfe voraussichtlich im Einzelfalle 15 bis 20 Reichsmark monatlich betragen. Auf Drängen der Sozialdemokratie wurde das Sterbegeld beim Tode eines Rentenempfängers nicht um 4 bis 6 Reichsmark, wie es die Regierung wollte, sondern in einem Rahmen von 26 bis 34 Reichsmark, je nach Ortsklasse, erhöht. Es beträgt jetzt in den Orten der Sonderklasse 210, in Ortsklasse A 195, in den Ortsklassen B und C 180 und in Ortsklasse D 165 Reichsmark. Ausschließlich der Sozialdemokratie verdanken es die Kriegesopfer, daß künftig auch beim Tode von Hinterbliebenen Sterbegeld in Höhe von einem Drittel der genannten Sätze gezahlt werden muß. Die Regierung und ein Teil der Regierungsparteien hatten sich bis zuletzt verweigert gegen diese Neuverteilung gewehrt, erlitten jedoch im Plenum in diesem Punkte eine völlige Niederlage. Im Gegenzug zur bisherigen Uebung soll künftig Witwenrente dann stets zuständig sein, wenn der Beschädigte für das Leben, das seinen Tod zur Folge hatte, bis zu seinem Tode Rente bezog. Bei der Wiederverheiratung sollen die Witwen künftig den dreifachen Jahresbetrag der ihnen bei Erwerbsunfähigkeit zustehenden Rente als Abfindung erhalten. Bisher stand ihnen nur der dreifache Betrag der tatsächlich gezahlten Rente zu.

In jeder Beziehung enttäuscht wurden die Hinterbliebenen in ihrer Hoffnung, einen Rechtsanspruch auf Hilfehandlung zu erlangen. Die Regierung blieb hier bei ihrer schroffen Ablehnung. Die Regierungsparteien halfen sich, wie üblich, mit einer Entschuldigungsrede, die anregt, das Problem abermals auf Kosten der Länder und Gemeinden zu lösen. Es wird damit wieder auf das Gleis geschoben werden, auf dem bisher ein Vorwärtkommen nicht möglich war. Bei der Elternversorgung brachten die Regierungsparteien die ungeheuerliche Rücksichtslosigkeit auf, selbst die von der Sozialdemokratie beantragte gesetzliche Regelung des Anspruchs der Eltern, die den einzigen Sohn oder mehrere Söhne verloren haben, abzulehnen. Die Regierung hat allerdings, um die Wirkung dieser Ablehnung abzumildern, erklären lassen, daß sie im Verwaltungswege weitestgehend entgegenkommen will. Für Verstorbene, die nicht im vollen gesetzlichen Sinne Ernährer der Eltern waren oder geworden wären, soll künftig eine Elternbeihilfe in Höhe von zwei Dritteln der Elternrente gewährt werden. Die Pflegezulage wurde je nach Maßgabe der Pflegebedürftigkeit auf folgende Sätze gebracht: 600, 800, 1200 und 1600 Reichsmark im Jahr. Blinde erhalten in der Regel die Pflegezulage von 1200 Reichsmark im Jahr. Ein Versuch der Sozialdemokratie, Rentenempfängern, die infolge von Dienstbeschädigung an offener Tuberkulose leiden, mindestens immer die Pflegezulage von 800 Reichsmark zu gewähren, hatte leider keinen Erfolg.

Es ist sehr schwer, die Wirkung der Novelle auf den einzelnen darzustellen, da jeder Fall anders liegen kann. Die nachstehende Tabelle dient lediglich dazu, sich im allgemeinen einen Begriff von der Auswirkung der neuen Kriegesversorgung zu machen. Ein Kriegesbeschädigter, der einen Beruf erlernt hat, verheiratet ist, 2 Kinder besitzt und in Ortsklasse B wohnt, stellt sich monatlich bei einer Erwerbsfähigkeitsminderung von

	bisher	künftig
30 Prozent	19,05	31,15 RM.
40 Prozent	25,35	41,50 RM.
50 Prozent	40,00	63,05 RM.
60 Prozent	48,25	75,40 RM.
70 Prozent	58,10	85,95 RM.
80 Prozent	69,40	103,80 RM.
90 Prozent	88,65	122,85 RM.
100 Prozent	101,75	145,80 RM.

Zu diesen Sätzen treten bei Schwerbeschädigten Zusatzrenten zwischen 8 und 42 Reichsmark im Monat, mit Kinderzuschlägen von 9 Mark für jedes Kind, bei pflegebedürftigen Pflegezulagen zwischen 50 und 125 Reichsmark im Monat. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Zusatzrenten der Beschädigten etwas gekürzt worden sind, so daß sich für die Zusatzrentenempfänger ein geringeres Mehr ergibt, als es die vorstehenden Zahlen zeigen. Es ist überhaupt zu beachten, daß diese zusätzlichen Renten infolge der strengen Voraussetzungen, an die sie gebunden sind, nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Versorgungsberechtigten erhält. Bei den Hinterbliebenen der von vorstehender Tabelle berührten Kriegesbeschädigten würde die Versorgung sich wie folgt gestalten:

	bisher	künftig
Witwen mit 40 Prozent der Vollrente	27,15	37,10 RM.
Witwen mit 50 Prozent der Vollrente	33,85	37,10 RM.
Witwen mit 60 Prozent der Vollrente	40,70	44,50 RM.
Halbwaisen	17,00	18,55 RM.
Witwen	27,15	29,65 RM.
Elternpaar bei Verlust eines Sohnes	33,95	37,10 RM.

75 bis 80 Prozent der Witwen erhalten zu diesen Bezügen eine Zusatzrente von 17 oder 34 Reichsmark im Monat, für jede Witwe 10 Reichsmark. Die Erhöhung der Zusatzrente beträgt hier 2 bis 4 Reichsmark im Monat. Die Eltern erhalten zu ihrer Rente immer eine Zusatzrente, die beim Elternpaar künftig 20 Reichsmark im Monat beträgt. Sie ist um ganze 45 Pfennig im Monat erhöht worden. Wer diese Rentenlage aufmerksam liest, wird erkennen, daß die Neuverteilung der Kriegesversorgung für die Beschädigten unzulänglich ist und für die Hinterbliebenen direkt eine Herausforderung bedeutet. Die Kriegesopfer werden darauf bei den nächsten Wahlen hoffentlich die rechte Antwort zu geben wissen.

Die verbannte Opposition

Radek, Trotski, Sinowjew, Kameneff und andere Oppositionsführer wurden in entlegene Gegenden verbannt.



„Früher hat uns Väterchen Zar nach Sibirien verbannt... Diesmal fußs sozusagen unsere eigene bolschewistische Theorie.“

Vernichtung der Trotskisten

Stalins Verbannungaktion

Die Frankfurter Zeitung gibt eine Meldung der United Press über die Maßnahmen der Sowjetregierung gegen die linken Oppositionsführer wieder. Die Einzelheiten werden als aus zuverlässiger Quelle stammend bezeichnet: Neben Trotski sind nicht, wie es zuerst hieß, 29, sondern 51 Gegner Stalins zur Verbannung verurteilt worden. Unter diesen befinden sich jedoch weder Kameneff noch Sinowjew. Der Bekannte soll vielmehr mit der Abfassung einer Schrift gegen Trotski beschäftigt sein und sich so die Strafflosigkeit verdienen. Die Gemahrgeliebten sind auf drei Jahre nach den entlegendsten Orten, die größtenteils viele Hunderte von Kilometern von den nächsten größeren Städten gelegen sind, verbannt worden. Für ihren Unterhalt gewährt ihnen die Regierung monatlich die Summe von neun Rubeln (etwa 18,50 Mark). Die Verbannten werden weit voneinander untergebracht. Ein Teil von ihnen befindet sich bereits unterwegs.

Trotski selbst sollte mit einem Regierungsauftrag in das Gouvernement Astrachan gehen. Er weigerte sich jedoch mit der Erklärung, seine Anwesenheit in Moskau sei wichtiger. Zur Zeit ist er noch in Moskau und betont, er werde sich nur mit Gewalt nach Astrachan schaffen lassen. Der frühere Volkskammer in Paris, Katschinski, wird nach Exilort am Weißen Meer verbannt. Der Oppositionsführer Smilga, der seit sechs Monaten in Chabarowsk in Ostibirien als Leiter der dortigen Projektionskommission Nationalrat, muß in diesem entlegenen Orts verbleiben. Sapronow, der Führer der äußersten Linken, wird an die Negabucht verbannt. S. S. S. S., der, wie, zur Verbannung des Handels mit den Vereinigten Staaten beigetragen hat, wird nach Semipalatinsk in Turkestan und Sosnowski, der Leiter der Brigade der Brande, nach Sibirien verbannt. Iwan Smirnow, ein höherer Beamter des Verkehrsministeriums, erhält Kaspisk am Kaspischen Meer. Wladimir Smirnow von der Projektionskommission ein Dorf im Ural, der Journalist Worowski in Wladiwa einen Aufenthalt angewiesen. Unter den übrigen Verbannten befinden sich auch Trotskis besonderer Schützling, Professor Wiktor Elsin. Sehr milde kam Wladiwa, der frühere Handelsbeauftragte in Paris, davon. Stalin beorderte ihn nach Astrachan, um dort den Wollmarkt zu organisieren. Wladiwa lehnte zunächst mit der ironischen Erklärung ab: Das erstmal, als ich überhaupt mit Schafen zu tun gehabt habe, war, als ich mich im Gegensatz zu der Stalingruppe stellte. Ich bin daher wirklich nicht für den Wollhandel geschaffen. Schließlich hat er sich doch bereitgefunden, den Posten zu übernehmen.

Den unmittelbaren Anlaß zu den Massenverhaftungen haben Zwischenfälle in den Fabriken der Bezirke Moskau und Bogorodsk gegeben, wo die Arbeiter die Erneuerung der Tarifverträge mit der Regierungserwaltung zu den alten Sätzen verweigerten und günstigere Bedingungen verlangten. Diesen Konflikt führte Stalin auf unzulängliche Treibereien der Opposition zurück. Er entsandte den Generalsekretär der Reichskammer an Ort und Stelle, um Frieden zu stiften. Jedoch verlief diese Mission ergebnislos.

Das Berliner Tageblatt bringt eine eingehende Darstellung über die Deportation der sowjetrussischen Oppositionellen aus der Feder Georg Scheffers. Die russischen Berichte Scheffers wurden nicht selten unseren Darstellungen von der kommunistischen Presse als authentisches Material gegenübergestellt, so daß nunmehr wohl auch die sächsischen Arbeiterzeitung diese Tatsachen nicht mehr abzustreiten vermag. Während sonst die kommunistische Presse sehr schnell und zuverlässig von den Sowjetinstanzen informiert worden ist, hängt sie gegenwärtig völlig in der Luft. Die SWZ. verweist sich auf eine Meldung des Wolff-Bureaus, die offensichtlich inspiriert ist und in der die Deportationen nur indirekt angedeutet werden. Am wichtigsten scheint Paul Wäcker eine Darstellung der Teil. Union zu sein, und zwar aus Rownow, also der Hauptstadt des litauischen Litauens. Die Meldungen dieses Berichterstatters sind besonders berichtigter Natur. Insbesondere soweit sie die Sowjetunion betreffen. Aus diesem Grunde wandern sie bei uns kategorisch in den Papierkorb. Hatte doch dieser heiligtige Teil-Union-Korrespondent in Rownow letzthin mitgeteilt, daß die bekannte Nordostkonferenz der sozialistischen Parteien der Randstaatsgebiete, die, wie unsere Leser wissen, in Berlin stattgefunden hat, kurzerhand nach Rownow verlegt. Im übrigen sind durch die obigen Darstellungen heute bereits die Leugnungsverfuche der SWZ. Lügen gestraft. An der Tatsache der Verbannung kann nicht gezweifelt werden, so daß nunmehr auch die Rote Fahne eine Umstellung vorzunehmen gezwungen war.

Eingeständnis der Roten Fahne

SPD Berlin, 12. Januar. (Radio.)

Die Rote Fahne, die gestern noch die Verbannung der bolschewistischen Oppositionsführer nach Sibirien frech zu leugnen versuchte, sagt heute in einem längeren und zum Zwecke der Verschleiierung geschriebenen Artikel, daß die in der Nacht befindlichen Bolschewisten Rußlands nur ihre „proletarische Pflicht“, wenn sie gegen die Opposition vorgehen, die sie verbannen. Das Blatt vertritt gleichzeitig höhnisch, daß es auch Arbeiter gäbe, die 500 Kilometer von der Eisenbahn entfernt ihr arbeitsloses Leben fristen müßten. Natürlich bestesse ein gewaltiger

Unterschied zwischen diesen Kommunisten und den Trotskisten, die durch ihre Handlungen eine Kluft zwischen sich und der Partei aufgerissen hätten. Aber nach der Meinung des kommunistischen Blattes müßten diese Trotskisten dem Sowjetstaat sogar noch dankbar sein, wenn er ihnen überhaupt noch eine Möglichkeit gebe, sich im Rahmen des proletarischen Staates zu betätigen. Es sei im übrigen auch absolut möglich, daß außer anderen oppositionellen Gruppen auch Anhänger Sinowjews dieses „schwere Los“ der Arbeit in Sowjetinstitutionen außerhalb Moskaus auf sich nehmen müßten.

Diese Auslassungen laufen auf eine glatte Bestätigung dafür hinaus, daß für ehemals anerkannte und verdiente Bolschewisten heute die Methoden des Jankismus in Anwendung gebracht werden, und zwar mit dem einen Unterschied, daß die Verbannung jetzt gleichbedeutend ist mit Zwangsarbeit.

Um die Moskauer Kandidatur

Der Vertreter der Bolschewischen Zeitung hat den Oberpräsidenten Koste über seine Stellung zur Annahme einer Reichstagskandidatur interviewt. Koste erklärte dazu dem Ausrufer des bürgerlichen Blattes:

„Ich bin als Reichstagskandidat nicht aufgestellt worden. Richtig ist lediglich, daß an mich wiederholt die Frage gerichtet worden ist, ob ich eventuell geneigt sein würde, zu kandidieren. Das habe ich nicht grundsätzlich abgelehnt, und lehne ich nicht grundsätzlich ab. Wenn ich jetzt lese, daß meine Kandidatur für die Sozialdemokratische Partei untragbar sei, und unvorstellbar großen Stimmenverlust zur Folge haben würde, so ist das lediglich eine Auffassung, die aus Kreisen kommt, die früher meine härtesten politischen Widersacher waren.“

Die Unterurufe stehen in einem merkwürdigen Widerspruch zu der Tatsache, daß ich aus den verschiedensten Teilen des Reiches immer wieder gedrängt werde, in Versammlungen zu sprechen. In den verhältnismäßig wenigen Fällen, in denen ich solchen Anforderungen folgte, wiesen die Versammlungen riesenhaften Besuch auf. Es ist mir hinterher wiederholt ausdrücklich in Dankschreiben bestätigt worden, daß die erzielten Erfolge nicht zuletzt meiner Wirksamkeit zu danken gewesen seien. Ich sehe dem Spektakel in einem Teil der Presse mit heiterer Gelassenheit zu und denke nicht daran, mich auf Auseinandersetzungen vorerst einzulassen.“

Das ist Koste, wie er lebt. Sowohl uns bekant, sind die Widerstände gegen eine Aufstellung Kostes nicht nur in den Kreisen vorhanden, die früher Koste's schärfste Widersacher waren. Mit einer einzigen Ausnahme hat sich, soweit wir zu übersehen vermögen, nur eine Zeitung im Sinne einer Koste-kandidatur ausgesprochen. Das war das Organ Sotomanns, die Rheinische Zeitung, die zu einer entsprechenden Meldung des Pressebüros (S. 12) schrieb:

„Wir fügen dem hinzu, daß wir die Rückkehr Koste's in die Reichstagsaktion begrüßen würden. Er hat durch die Niederhaltung der Anarchie mehr für die Arbeiter getan, als je die Kommunisten werden können. Der Tod Liebknechts und Rosa Luxemburgs ist nicht seine Schuld. Ueber diese Tragödie zu jammern, haben die Kommunisten am wenigsten Anlaß.“

Danach verweist die Rheinische Zeitung über den Kampf der Bolschewisten gegen die russische Opposition. Sie erklärt zum Schluß:

„Wir wissen demgegenüber (ein Dementi der B. Z. am Montag, Die Red.), daß zahlreiche Sozialdemokraten des Wahlkreises Hannover den Wunsch haben, Koste zum Reichstag aufzustellen.“

Uns ist nicht bekannt, ob diese letzte Meldung den Tatsachen entspricht. Zum mindesten wäre nicht verständlich, warum dann Koste im Kreise Em. S. Weser Propaganda macht. Im übrigen bezeugt seine Mitwirkung in dem neuen Lutherverein, daß sich an seiner Grundeinstellung nichts geändert hat, woraus sich weiterhin ergibt, daß auch wir auf unserm Standpunkt unverändert beharren müssen. Und wir stehen damit bei weitem nicht allein. Die Bolschewische Zeitung brachte gestern die Nachricht über einen Beschluß des Stettiner Bezirksvorstandes. Der Wahlkreis Stettin gehörte früher nicht eben zu den Hochburgen der USPD. Trotzdem äußerte sich, wie wir dem Stettiner Parteivorstand entnehmen, der Vorsitzende des Bezirks, der Reichstagsabgeordnete Genosse Schumann, über die geplante Koste-kandidatur wie folgt:

„Eine Kandidatur Koste wäre eine starke Beschwerung des Wahlkampfes. Wir müssen den Parteivorstand ersuchen, seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß Koste nicht als Kandidat aufgestellt wird. Wer sich mit unsern schärfsten Gegnern verbindet, lehnt eine gemeinschaftliche Arbeiterklasse ab.“

Nach einer weiteren Darstellung des Stettiner Volksboten wurde die Meinung des Bezirksvorstandes in folgender Weise zusammengefaßt:

„Eine kurze Aussprache zeigte, daß die verantwortlichen Funktionäre der hiesigen Parteioffiziere mit den Auslassungen des Bezirksvorstandes vollkommen einverstanden sind. Es wurde einstimmig beschlossen, das Geschehen des erweiterten Bezirksvorstandes im Falle Koste im Sinne des Referenten an den Parteivorstand in Berlin zu richten.“

Wenn Koste die Meinung breiterer Parteikreise nicht verlassen will, was aus seiner Antwort an den Pressevertreter der Bolschewischen Zeitung unumwunden zu ersehen ist, dann hat der Parteivorstand die um so dringendere Pflicht, entsprechend den Stettiner Anträgen Klarheit zu verschaffen. Im übrigen dürfte der Parteivorstand und wohl auch Koste von den Auffassungen der wichtigsten Parteibezirke im Wahlkreis Weser-Em. eingehend genug unterrichtet sein.

Bundesverratsprozess Schreck u. Genossen

Romödie der Bezungen — Sonderbare Untersuchungsrichter — Die Fälschungen noch im Gefängnis festgesetzt

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages wird der Angeklagte Koch zur Person vernommen. Er ist der Sohn eines Lokomotivführers; er hat nach einer dreijährigen kaufmännischen Lehrzeit zunächst als Dreijährig-Freiwilliger von 1894 bis 1897 bei einem Infanterieregiment gedient. Von 1903 an hielt sich Koch in England auf. Er verlor nach Ägypten auszuwandern. Koch arbeitete dann als Kellner in Deutschland, nachdem er 1900 geheiratet hatte. Am 2. August 1914 wurde Koch zum Heere eingezogen, das er erst am 21. November 1918 wieder verlassen konnte. Vorliegen der: In den Akten ist davon die Rede, daß Sie infolge Ihrer Kriegserlebnisse überzeugter Pazifist geworden sind. Können Sie das mit zwei Worten aufklären? Koch (lächelnd): „Das ist wohl kaum mit zwei Worten zu machen!“

Dann entrollte der Angeklagte ein farbenreiches und grauenvolles Bild seiner zahlreichen Kriegsergebnisse. Im Jahre 1918 wurde Koch von der Reichsregierung für Heimatdienst als Redner beschäftigt. Angeblich hat er sich in Gemeinschaft mit mehreren andern Mehrheitssozialdemokraten — er war inzwischen der SPD beigetreten — im Dienste dieser Organisation bewährt. Im Jahre 1919 wurde Koch von einem Auto überfahren. Seitdem leidet er an nervösen Beschwerden und zeitweiser Nervenschwäche. Durch den Unfall wurde er stellunglos. Eine Zeitung arbeitete er nun für das Sozialwissenschaftliche Rednerarchiv (Sowtrada). Damals kam Koch mit den Abgeordneten Riffan und dem Deputierten Gerlach in Verbindung. Der Mitangeklagte Schulz machte Koch mit Schreck bekannt, der einen Schrecksgelassen suchte. In der Person Schrecks kamen die drei zum erstenmal zusammen.

Zu Probe diktierte Schreck dem Koch ein militärisches Protokoll. Schon dieses erste Dokument soll Koch abhelfend den Franzosen übermitteln haben.

Koch bestreitet das. Allerdings hätte er sich Notizen gemacht, aber zunächst lediglich aus privatem Interesse. Für die Anfertigung dieses ersten Protokolls erhielt Koch von Schreck 10 Mk. Fast jeden Tag mußte Koch nun für Schreck Schreibarbeit leisten. In der Person diktierte Schreck vornehmlich; abends liesserte Koch die Notizen im Café Jitka ab. Schulz habe zu Hause Druckunterlagen gehabt, mit denen ein Druck für Schreck gearbeitet habe. Einmal habe Schulz ihm auf sein Verlangen ein gedrucktes „Weltblatt zur Behandlung geheimer Akten“ mitgebracht. Koch will Schulz darauf aufmerksam gemacht haben, daß die ganze Sache nicht geheuer und fauler sei. Dieser erklärte Koch, daß die Arbeiten auf Gehalt des Hauptmanns Reinecke vom Reichswehrministerium eingestellt würden. Nach dem Inhalt der Protokolle war dieser Offizier Verbindungsmann zwischen Ministerium und W. H. Verbänden. Nach einiger Zeit beschäftigte Schreck den Koch erneut. Er mußte aus Zeitung alle Notizen und Artikel, die militärisches enthielten, herausheben und arbeitsfertig machen. Dann wurde auf die Aktenbogen gedruckt: „Herrn Hauptmann Reinecke zur Kenntnis!“ Koch mußte zwischenzeitlich auch Briefe an die vielen Freundinnen seines Auftraggebers schreiben.

Eines Tages diktierte Schreck dem Koch einen Brief an Hauptmann Reinecke nach Zinnowitz. Darin wurde mitgeteilt, daß Schreck seine Aussagen ohne Zustimmung Reineckes nicht von der Reichswehrstelle erhalten könne. Obwohl Schreck oft viel Geld mit Freundinnen verjubelte, beachte er Koch für dessen Dienste immer fähig mit sehr oder zwanzig Mark. Schreck war in seiner Person nur unter dem Namen Dr. Schhardt bekannt. Auf diesen Namen habe er von bayrischen Behörden einen Paß erhalten, um den Verfolgungen der Kommunisten zu entgehen, die ihm nachstellten, da er einen der ihnen, Anarcho-Schreckhölzer, erschossen hätte. Der Koch in den Protokollen, rechtsabwärts, verbande, wie Wehrwolf, Oberfeldwebel, Hauptmann, Reichsflagge, Stahlhelm, Jungde u. a. erwähnt sah, und außerdem bei Schreck noch einen Briefwechsel mit Schhardt, Ludendorff und anderen Aufzählungen bemerkte, wurde angeblich sein vorerwähntes Gewissen geweckt. Deshalb habe er aus pazifistischen und patriotischen Erwägungen diese Angelegenheiten den Franzosen mitteilen wollen, um den Schwierigkeiten, die diese Verbände in Verbindung mit der Reichswehr der deutschen Republik bereiten würden, zuvorzukommen.

Vorliegen der: „Warum sind Sie nicht mit dem Material zum Reichswehrministerium gegangen, wenn Sie Schreck entlarven wollten?“

Koch: „Man mußte feinerzigst äusserst nichttaulich sein. Grinste ich nur an die D. C. und an die Memorable.“

Die Vernehmung des 26 Jahre alten Angeklagten Schulz gestaltete sich kurz. Schulz ist mit einer Nichte des Beschuldigten Koch verlobt. Er lernte Schreck durch Schachspielen im Café Jitka kennen. Später hat er eine Handdruckenmaschine vertrieben, die in seiner Behausung aufgestellt und dort für Schreck drucken lassen. Er ist des Meineids angeklagt, da er vor dem Untersuchungsrichter unter Eid befunden hatte, den Aufenthalt Kochs nicht gekannt zu haben.

Die Vernehmungen zur Sache

Der Angeklagte Schreck gibt jetzt eine andre Darstellung der Vorgänge als während der 2 Jahre 4 Monate dauernden Untersuchung! Er habe niemals von Polen die horrenden Summen erhalten und wieder verschwendet, wie die Anklage und manche Zeugen behaupteten. Es würden Entlastungszeugen auftreten, die er im Sommer 1925 anbringen würde. Die Beziehungen zu politischen Kreisen hätte er nur gepflogen, weil ihm diese Leute sympathisch waren. Deshalb habe er auch die Protokolle mit Hilfe Kochs aufgestellt und einen vaterländischen Verteidigungsplan ausgearbeitet.

Vorliegen der: „Haben Sie doch nicht immer drumherum. Sagen Sie einmal klar und offen, wie Sie zu den ganzen Geschäften überhaupt gekommen sind!“

Schreck erklärt, daß er sich auf eine Zeitungsanzeige in der nationale Männer für vaterländische Betätigung gesucht wurden, unter Chiffre gemeldet habe. Er möchte sich daraufhin an eine Berliner Adresse wenden, die er auch heute noch nicht nennen könne. Von dort wurde er zunächst aufgefordert, für nationale Zwecke Geld zu sammeln. Es sollte ein Fonds für die Arbeitskommandos gegründet werden. Gestützt auf die A. S. sollte eine nationale Diktatur errichtet werden. Tatsächlich habe er 1800 Mk. sammeln können und diese Summe auch an jene Berliner Adresse abgeliefert. Nachdem er sich auf diese Weise vertrauenswürdig gezeigt hatte, habe man ihn näher ins Vertrauen gezogen. Ein anderer Vertrauensmann, ein Apotheker, hätte ein wichtiges Dokument des Reichswehrministeriums in die Hände gebracht. Ein Brief dieses Schriftstüdes zu neutralisieren, wurde an alle ausländischen Vertretungen ein anonymes Schreiben geschickt, in dem vor dem Ankauf von Fälschungen, die in Kürze angeboten würden, gewarnt wurde. Im März, April und Mai 1925 will Schreck für seine nationale Tätigkeit von jener Berliner Stelle monatlich 1000 Mk. Gehalt bekommen haben. Wegen der Geldsammlungen wäre es dann zu einem Koch gekommen.

Vorliegen der: „Es ist festgestellt worden, daß von mehreren Ihrer Denkschriften im Reichswehrministerium nichts bekannt ist. Woher haben Sie die Unterlagen zu diesen Denkschriften, die in Ihren Abschriften von hohen Offizieren wie Bod von Wülffingen und andern unterzeichnet waren?“

Schreck: „Die Unterlagen habe ich im wesentlichen hier zur Hand. Sie bestehen zum größten Teil aus Broschüren und vor allem Zeitungsausschnitten!“

Verteidiger Kochs: „Wie konnte dieses Material, das uns heute neu ist, während der Untersuchungsbefragung in den Händen Schrecks bleiben?“

Vorliegen der: „Der Untersuchungsrichter hat dieses Material mit Absicht dem Angeklagten geflossen, da die sich daran

Rüstungen und Krieg

3 Milliarden Mark für Flottenbau

12. Januar.

Im Flottenbauauschuss des Repräsentantenhauses unterbreitete gestern Marineminister Wilson ein Flottenbauprogramm für die nächsten fünf Jahre mit einer Gesamtausgabe von 750 Millionen Dollar. Das fünfjährige Programm sieht den Bau von 25 10 000-Tonnen-Kreuzern, 5 Flugzeugmutter Schiffen, 9 großen Zerstörern und 32 U-Booten vor.

Wilson betonte in seinen Ausführungen über das Bauprogramm, daß ein Seerüstungswettbewerb weder in der Absicht des Präsidenten noch in der der Regierung liege. Das vorliegende Programm schaffe eine Flotte, die den Schutz der amerikanischen Bürger im Ausland, eine Zustucht für die bei Unruhen, die Verteidigung der Handelsseefahrtswege und des Heimatlandes sicherstelle. Jede Verzögerung in der Annahme des Programms würde Amerika von der Flottengleichheit mit England noch weiter entfernen, als dies jetzt bereits der Fall sei. Die angeforderten 25 Kreuzer sollen je 10 000 Tonnen Verdrängung haben und mit achtzigstündigen Geschützen ausgestattet werden. Zusammen mit den bereits in Bau genommenen acht Schiffen gleicher Größe und den bereits gebauten 10 Kreuzern von je 7500 Tonnen werde die amerikanische Flotte über 43 moderne Kreuzer verfügen.

Die Rüstungspolitik der Vereinigten Staaten haben in der Begründung ihrer Vorlagen von den Militaristen der älteren imperialistischen Staaten gelernt. Fast auf das Wort die gleichen Lebensarten wurden früher gebraucht, wenn es in Deutschland oder in irgendeinem anderen imperialistischen Staat der Welt neue Rüstungspläne durchzuführen galt. Und ebensowenig wie sie dem Frieden und der Verteidigung der Handelsseefahrt gegolten haben, ebensowenig sind die neuen Kreuzer, Unterseeboote und Zerstörer für diese Aufgabe bestimmt. Sie haben nur einen Sinn für den, der mit hundertprozentiger Gewissheit mit einem kommenden Krieg rechnet. Und die mehr als drei Milliarden Mark allein für Flottenrüstungen lohnen sich nur dann, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten entschlossen ist, bis aufs Äußerste gerückt in diesen Krieg einzutreten.

Das ist die tatsächliche! Trotz allen Gerübes von der „Kehlung des Friedens“ und trotz des Vorstehens eines neuen Weltfriedenspactes muß die Arbeiterklasse sich klar sein, daß

knüpfenden Arbeiten Schrecks im Gefängnis zu seiner Ueberführung dienen könnten. Denn Schreck hat noch im Gefängnis so viele Fälschungen begangen, daß die Untersuchung dadurch erschwert wurde! Schreck: „Ich wiederhole, daß die militärischen Denkschriften im wesentlichen von mir allein verfaßt wurden!“ Der Angeklagte bezeichnet die ganze Angelegenheit zum Schluß sehr treffend als eine Komödie des Irrsinn!

Einheitsstaat und Verwaltungsreform

Nach privater Information, die Wolffs Bureau übergibt, hießt das Reichskabinett am Mittwochabend eine Besprechung ab. Es wurden organisatorische Fragen erörtert, die mit der bevorstehenden Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Länder über die Verwaltungs- und Verfassungsreform zusammenhängen. In politischen Kreisen nimmt man an, daß dabei auch die Gründung des Bundes zur Erneuerung des Reichs behandelt wurde, dessen Beförderungen ja mit dem Fragenkomplex der Ministerpräsidentenkonferenz in jährlicher Verbindung stehen. Die Besprechungen des Reichskabinetts über die Vorbereitung der Ministerpräsidentenkonferenz sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Hakenkreuz und Sowjetstern

Blutiger Zusammenstoß in Stettin

SPD Stettin, 11. Januar

Am Dienstag kam es am Schluß einer nationalsozialistischen Versammlung zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Als der Redner der Nationalsozialisten das Schlußwort ergreifen wollte, stimmten die Kommunisten die Internationale an. Darauf kürzten sich die Hakenkreuzler mit Tätlichkeiten, Stößen und Biergläsern auf die Kommunisten und schlugen auf sie ein. Bei dem Kampf wurde das gesamte Inventar demoliert, die Türen und Fenster zertrümmert. Als Polizeibeamte einschreiten wollten, schlugen die beiden kämpfenden Parteien gemeinsam auf sie ein. Die Polizeibeamten gaben Schreckschüsse ab, die dazu führten, daß der Tumult abebbte. Als politische Verstärkungen eintrafen, saßen sie nur noch die Nationalsozialisten vor; die Kommunisten waren bereits verschwunden. Sämtliche Hakenkreuzer wurden verhaftet und ins Polizeipräsidium übergeführt. Zwei von ihnen waren so schwer verletzt, daß sie sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Auf der Seite der Kommunisten soll es 12 Verletzte gegeben haben. Bei der politischen Durchsicherung der Hakenkreuzer wurden gefunden: vier Gummitüppel, eine Pistole mit vier Schuß, ein Trommelrevolver mit sechs Schuß, zwei Scheintodpistolen, zwei Teilschlager und drei Dolche.

Rückzug des Oberreichsanwalts?

Stettin-Goldfeld freigelassen

Hamburg, 11. Januar.

Der vor kurzem auf Veranlassung des Oberreichsanwalts verhaftete frühere deutsche Offizier Stettin-Goldfeld, der im Jahre 1918 während der Baltikum-Expedition gegen die Baltikum-Truppen kämpfte, wurde heute vormittag aus der Haft entlassen. Goldfeld hatte durch seinen Rechtsbeistand dem Reichsgericht eine Haftbeschwerde überreicht. Der Oberreichsanwalt hat aber heute, ohne die Entscheidung des Reichsgerichts abzuwarten, von sich aus die Haftentlassung Goldfelds ausgesprochen. Goldfeld hat durch seinen Rechtsbeistand Anzeige wegen willkürlicher Anschuldigung eingereicht.

Wie der Vormwärts meldet, hatte sich der Oberreichsanwalt noch vor wenigen Tagen gegenüber den Forderungen nach Haftentlassung Stettin-Goldfelds schroff ablehnend verhalten. Es ist also anzunehmen, daß die allseitige scharfe Kritik, die dem Vorgehen des Oberreichsanwalts in der Defensivität geübt worden ist, diesen bewegen hat, doch den Rückzug anzutreten.

die Imperialisten der Vereinigten Staaten drauf und dran sind, ihre Stellung als beherrschende Weltmacht weiter auszubauen und zu befestigen — sollte es was es wolle. Die Flottenrüstungen sind eine sehr deutliche Mahnung vor allem an England und Japan, sich den U.S.A. Plänen nicht hinderlich in den Weg zu stellen.

Torpedo-Flugzeuge

11. Januar.

In Kreisen des Luftfahrtministeriums verlautet, daß im Auftrage dieses Ministeriums ein neuer Flugzeugtyp gebaut wird, der in der Lage ist, mit großer Geschwindigkeit vom Lande, vom Wasser oder von der Luft aus auf dem Wasser zu landen. Das Flugzeug ist ein Apparat mit einer 400 PS-Maschine und modernen Sicherheitsvorrichtungen. Sein Spezialwert ist die Verbesserung von Torpedos von 80 Zentimeter, die es mit großer Genauigkeit abfeuern kann. Durch besonders konstruierte Flügel soll die Maschine in der Lage sein, nach Durchführung seiner Aufgabe sehr schnell vom Wasser hochzuheben. Die Geschwindigkeit wird mit etwa 120 Meilen in der Stunde angegeben. Der Gesamtradius soll sehr groß sein. Als Verteidigungswaffe gegen Anariffe soll ein großes Maschinengewehr eingebaut werden.

Das gemordete Nicaragua

Managua, 11. Januar.

Bei einem Angriff eines amerikanischen Marineflugzeuges auf Ausländische, die sich nördlich von Quilali zu konzentrieren versuchten, wurden neun Ausländische getötet und drei verwundet. Das Flugzeug zwang die Ausländischen durch Bombenwürfe, sich zu zerstreuen. Der Kommandeur der amerikanischen Marinegruppen in Nicaragua erklärte, es würden künftig regelmäßig Flugzeuge dorthin entsandt werden, wo Ausländische auftauchen.

Managua, 11. Januar.

Die Stadt Somotillo in Nicaragua, die, wie bereits bemerkt, in die Hände von Revolutionären gefallen war, wurde von den Regierungstruppen wieder eingenommen.

Jetzt keine Untersuchung

Washington, 11. Januar.

Im auswärtigen Ausschuss des Senats ist man übereingekommen, bis zum panamerikanischen Kongress in Habana keine weiteren Schritte hinsichtlich der Entwicklung über eine Untersuchung der in Nicaragua betriebenen Politik der Washingtoner Regierung zu unternehmen.

Die Erde wird kleiner!

Luftschiffverbindung England—Amerika

Aus London wird gemeldet:

Das auf Rechnung der englischen Regierung im Bau befindliche neue Luftschiff R 100 wird bei der Fertigstellung im Sommer dieses Jahres von einer Privatgesellschaft übernommen werden, die dem reichhaltigen Luftschiff-Passagier- und Postdienst England—Amerika noch Ende des Sommers einzurichten beabsichtigt, falls die Probeflüge zufriedenstellend ausfallen.

Die Transaktion ist dadurch ermöglicht worden, daß die Baufirma sich bei Abschluß des Kontrattes mit der Regierung eine Option für den Ankauf des Luftschiffes zum Selbstkostenpreis von 450 000 Pfund Sterling gesichert hatte. Diese Option wird zugunsten einer neu zu gründenden „Atlantic Air Company“ ausgeübt, die mit einem Kapital von 7 Millionen Pfund Sterling arbeiten soll. Der Direktor des Unternehmens, der englische Luftschiffbauer, Korvettenkapitän Burny, der als konventioneller Abgeordneter dem Parlament angehört, schiffte sich heute nach New York ein, um die dortige Agentur einzurichten.

Kapitän Burny hat bereits mit dem englischen Generalpostmeister ein Abkommen abgeschlossen. Für die Beförderung von Briefen ist ein Sonderzuschlag von 6 d auf das gewöhnliche Porto vereinbart, für die Beförderung von Paketen ein Sonderzuschlag von 2 sh pro Pfund.

Das Luftschiff wird Passagiere zu folgenden Preisen zwischen London und New York befördern: 80 Pfund Sterling pro Bett in einer Vierbettkabine; 100 Pfund Sterling pro Bett in einer Zweibettkabine; 120 Pfund Sterling pro Bett in einer Einzelkabine.

Die geschätzte Fahrzeit beträgt 48 Stunden von England nach Amerika und 38 Stunden von Amerika nach England. Für die Weltreise soll der Weg über die Azoren und die Bermuda-Inseln gewählt werden. Nach Indienienstellung der R 100 ist geplant, sofort ein zweites Luftschiff von doppelter Größe und größerer Geschwindigkeit zu bauen.

Poincarés Kommunisten-Rolle

Die gefeierte Sensation!

Paris, 12. Januar.

Während die Kammer erst heute am Ende der Sitzung über das Schicksal der fünf verurteilten kommunistischen Abgeordneten beschließen und die Entschädigung darüber treffen wird, ob sie während der letzten Sitzungsperiode der Kammer, und sogar während des Wahlkampfes im Gefängnis gehen müssen, hat sich gestern ein unerwarteter Theatercoup ereignet. Der Hauptführer der kommunistischen Verurteilten, der Abgeordnete Cahin, erschien gestern mittig in den Wandelgängen der Kammer und erklärte, daß er bei der entscheidenden Debatte über sein und seiner Genossen Schicksal das Wort ergreifen werde.

Sie kommen heute

SPD Paris, 12. Januar (Radio).

Vom Zentralkomitee der kommunistischen Partei sind Cahin und Ballant, Couturier bestimmt worden, an der heutigen Kammer Sitzung teilzunehmen und das Wort zu ergreifen. In welcher Richtung sich ihre Ausführungen bewegen werden, zeigt ein Leitartikel, Cahins in der heutigen Humanité. Schon einmal und zwar bei der Ruhrbesetzung — so führt Cahin aus — hat Poincaré Strafverfolgung kommunistischer Abgeordneter wegen ihrer Kampagne gegen dieses Abenteuer verlangt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Herre in Leipzig
Verantwortlich für den Ankerdienst: Hugo Schöndorf in Leipzig
Druck u. Verlag: Leipziger Buchverlag „Kommunistischer Verlag“ Leipzig

Gesunde Nerven, B'n' Körperkraft erhöhen die Leistungsfähigkeit! Beste Erfolge durch Salonerphat, bestes Geschenk für Jedermann. Allein Kölnia-Salomo Apotheke, Postverand Grimma'sche Straße

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Palmen Garten
mit dem weltberühmten Palmenhaus
Heute Abend ab 8 Uhr
Vornehmer Gesellschafts-Ball
Konzertmeister Waldo Oltersdorf
Eintritt: Herren 1 Mk., Damen 50 Pf.
Jahres-Abonnenten haben freien Zutritt!
Ganggeld wird nicht erhoben

Naumann-Bräu
Morgen Freitag ab mittag 12 Uhr:
Groß. Karpfen-Essen!
ff. Naumann-Bock ff.

Weißwand
neben Krystalpalast
Heute bis Sonntag ab 5 Uhr
Nur 4 Tage 4
Das große Lustspiel, von dem ganz Leipzig spricht!
Der fröhliche Weinberg
Nach dem gleichnamigen Bühnenstück von Carl Zuckmayer. In den Hauptrollen: Lotte Neumann, Camilla von Holay, Carl de Vogt usw.
Ein blendendes Lustspiel! Außerdem das abwechslungsreiche Beiprogramm.
Anfangszeit 5, 7 u. 9 Uhr
Nur bis einhelllich Sonntag.

Goldener Helm
Morgen Freitag abends 7 Uhr
Großer Ball
In der Diele das beliebte Anna-Trio.
Sonntag, den 18. Februar: **Großer Helm-Maskenball**
L.-Eutritsch, Straßenbahn 14, 16 u. 21. Fernr. 53483

4 gute Angebote!
Hartgrieß aus der Hofmühle Bionert 30 Pfund
Delikat.-Sauerkohl 10 Pfund
Pflaumenmus rein, gut gewürzt 50 Pfund
Bienen-Honig garantiert rein 1,20 Glas
Gebr. Kiesel, Leipzig.

Rind und Schwein macht immer satt
Willst Du 'nen billigen Hasen kaufen, mußt zum wilden Türken laufen.
Auf Has' und Gans man Hunger hat
Einen **1000 Stück** garantiert frisch ge-
schlachte prima Hasen
Hasen, gestreift, per Stück nur 6 Mk.
Sofort ist es am saftigsten, fettesten und vollfleischigsten, für Kranke leicht verdaulich.
Prima Dresdner Halermastgänse
Pfund nur 1,30 halbe u. viertel Pfund 1,40 Mk.
Rohhühner Pfund 1,25, Hirschblatt Pfund 1,25, Rücken, Keule Pfund 1,80, fettes Suppen-Hühner per Pfund 1,45.
Wilde Kanin, getreift, per Stück 2,50.
Breite Straße 2, am Kuchengarten
Ecke Dresdner und Breite Straße.

Der Arbeiterführer 1928
gehört mit seinem reichen Inhalt in jede Arbeiterfamilie.
Zu haben in den Buchhandlungen der Volkszeitung u. bei den Ausverkäufern. Der Verlag
Richard Lipinski, Leipzig C 1, Königsstr. 12

Verleih
von Gesellschaftsanzügen
Baumgärtel
Königsplatz 9, I

"Dicke Gärtner"
100 Stück 1,50
1000 Stück 14,50
Zigarren-Gärtner
Reichstr. 13

Achtung! Keine gefrorenen, sondern nur frische Dresdner Mastgänse Freitag u. Sonnabend, Pfund 1, - . Marktalle, Galerie, Stand 100

Leser der Volkszeitung
bezieht auch bei Entkäufen auf Inserate seiner Zeitung!

Ämtliche Bekanntmachungen
Die Maul- und Klauenseuche in Döitzsch ist erloschen.
Die sämtlichen für den Bezirk angeordneten Schutzmaßnahmen werden aufgehoben.
Leipzig, am 11. Januar 1928.
Die Amtshauptmannschaft.
Bergau Die Abschleife findet von dieser Woche ab auf Montag, Donnerstag und Freitag statt
Bergau, am 11. Januar 1928.
Der Stadtrat.

Markthallenstraße 6
Es lohnt sich immer bei uns den Fleischbedarf zu kaufen!
ca. 150 Schweine
werden ausgepfundet

Markthallenstraße 6

wie es kommt.	Pfd. 90
Fettes durchwachsendes Schweinefleisch	Pfd. 80
Pökelschweinekamm und -rücken	Pfd. 1,25
Nieren	Pfd. 1,00
Rohes Schmalz	Pfd. 1,00
Schmer und Fettes	Pfd. 85
Kalb- und Rindfleisch	Pfd. 90 b. 95
Brust und Kamm	Pfd. 1,00
Koulen und Nieren	Pfd. 1,10 b. 1,20
Frisch eingetretenes Rindfleisch (argentin.)	Knochen- od. Stückenfleisch Pfd. 30 zum Kochen Pfd. 70, 80, 50 z. Brat. Pf. 90, 85, o. Knoch. Pf. 1,00, 95 Roastbeef Pfd. 1,00
Hammelfleisch (argentin.)	Ragout Pfd. 70 b. 75 Brust und Kamm Pfd. 80 b. 85 Keulen und Rücken Pfd. 90 b. 1,00
Unsere Wurst- und Fleischwaren-Abteilung bietet in reichhaltiger Auswahl vorzügliche Qualitäten zu außerordentlich billigen Preisen:	
Roll-, Nuß- u. Mäuschensinken	200
Zerweiht- u. Salamiwurst	200
Zervelatwurst, Grobschnitt	Pfd. 1,60
Leberwurst beste haus- / schlaecht Pf. 1,40	Knackwurst Pfd. 1,30
Buttwurst Pfd. 1,00	Mollwurst Pfd. 1,40
Süßwurst Pfd. 1,30	Jagdwurst Pfd. 1,40
Preßkopf Pfd. 1,30	Knoblauchwurst Pfd. 1,00
Täglich frische warme Knoblauchwurst Portion m. Semmel 25	

Wiederverkäufer Sonderpreise!

Groß-Fleischerei **Richter & Fischer** Wurst-Fabrik

Deutsch. Monistenbund
Ortsgruppe Leipzig
Freitag, den 13. Januar, im Südbrau, Ecke Zeltzer u. Braustraße
Vortrag
von **Dr. S. Bernfeld, Berlin**
Die Kirche als sozialpsychologische Erscheinung.
Freie Aussprache
Eintritt 60 Pfz.
Dr. S. Bernfeld
Sonnabend, den 14. Januar, 20 Uhr, im „Alten Schützenhaus“
Parteiernühen
Alle Genossinnen u. Genossen ladet hierzu herzlich ein **Der Vorstand**

Bitte schicken Sie den Text Ihrer **Anzeige**
bis 9 Uhr vorm. des betreffenden Tages ein, damit wir sie wunschgemäß und **wirkungsvoll** gestalten können!

Sorgfalt Sauberkeit Billigkeit
das sind die Grundsätze unserer lang-jährig erprobten und so beliebten **Lebensmittel-Abteilung!**

Unser Schlager!
Frisches Rindfleisch schön durchgeschlagen
Kochfleisch Pfd. 85
Kamm od. Hohe Rippe Pfd. 95
Gulasch Pfd. 1,05
Schmortfleisch Pfd. 1,25
Rouladen Pfd. 1,30
Rosatbeef o. Knochen Pfd. 1,35

Frisch. Schweinefleisch
Bauch, Rücken o. Keule
Fettes mit Schmer Pfd. 88
mit Schmer Pfd. 88

Frisches Kalbfleisch
Pfefferfleisch Pfd. 95
Rücken od. Keule Pfd. 1,20

Frisches Hammelfleisch
Kochfleisch Pfd. 95
Rücken oder Keule Pfd. 1,15

Diverses
Gekochtes halb u. halb Pfd. 88
Gehacktes gar. rein Rind Pfd. 88
Pökelfleisch Schweinekeule od. Backe Pfd. 88

Gefrierfleisch
Rindkochfleisch Pfd. 58
Schmortfleisch o. Knoch. Pfd. 95
Gulasch Pfd. 85
Nochmals der große Schlager **Gänse** Pfd. 85

Wurstwaren
von nur ersten Firmen frisch eingetroffen!
Landleberwurst Pfd. 95
Speckwurst eine Spez. Pfd. 98
Fetter Speck deutsche Ware Pfd. 98
Schwarzfleisch deutsche Ware Pfd. 1,35
Schinkenspeck deutsche Ware Pfd. 1,42
Fleischwurst eine Spezial. Pfd. 1,35
Jagdwurst eine Spezialität Pfd. 1,35
Mettwurst wie Teewurst nach Braunschweiger Art, eine Spezialität Pfd. 1,35
Blutwurst nach Münchner Art Pfd. 1,85
Gek. Schinken 1/4 Pfd. 48
Rohr Schinken 1/4 Pfd. 58

Molkerei-Butter Pfd. 88
Echter Emmentaler 1,38
Schweizer

Kristall-Zucker Pfd. 27
Kaffee 1/2 Pfd. 1,20
Weinbrand-Verschnitt 30% 2,48
Muskateller 1 Ltr. 1,38

Bitter-Schokolade 1-Pfd.-Block 98
Vollmilch-Schokolade, Qualität, Marke Bendorff, 3 1/2 lb. & 5 lb. 98
Süße Apfelsinen 10 Stück 38
Kranzfeigen 3 Pfd. 95

Suppen-Hühner 1,25
Starke Hasen 5,75
gestreift Stück

Braunschweiger Qualitäts-Konserven
Jg. Schnittbohnen 2-Pfd.-Dose 65
Schnittbohnen 4-Pfd.-Dose 1,08
Prinzeß-Bohnen 2-Pfd.-Dose 1,10
Jg. große Bohnen 2-Pfd.-Dose 95
Karotten 2-Pfd.-Dose 50
Tomaten-Püree 2-Pfd.-Dose 80
Das gute vom Kyffhäuser 80
Spinat 4-Pfd.-Dose 65
Erbsen m. Karott. 2-Pfd.-Dose 85
Gemüse-Erbsen 2-Pfd.-Dose 85
Junge Erbsen 2-Pfd.-Dose 80
Pflaumen 2-Pfd.-Dose 75
Apfelsinen 2-Pfd.-Dose 75
Birnen Frucht, 2-Pfd.-Dose 1,10

Erdbeer- od. Aprikosen-Konfitüre 2-Pfund-Elmer 1,55

Leipziger Allerlei 2-Pfund-Dose 95

Orangen- oder Kirsch-Konfitüre 2-Pfund-Elmer 1,35

Ananas (extra Qualität) 2-Pfund Dose 1,65 1,35

Dreifucht-Marmelade 2-Pfund-Elmer 98

Kaiser-Schoten 2-Pfund-Dose 1,75

Bayr. Pfifferlinge 2-Pfund-Dose 95

Stangen-Spargel extra stark, callf. 2-Pfd.-Dose 2,98

Pflaumen-, Kirsch-, Johannbeere-, Himbeer-, Aprikosen- oder Erdbeer- mit Apfel-Marmelade 2-Pfund-Elmer 1,08

Holländ. Matjesheringe 10 Stück 48
Hering in Gelee große Dose 48

WU
Gebr. A.G.
Alle schriftlichen und telephonischen Bestellungen werden prompt erledigt. - Ruf: 70941. - Verkauf soweit Vorrat.

Niedrige Löhne sind Diebstahl an der Allgemeinheit

(ZS) Noch nie ist der Vorstoß der niedrigen Löhne von offizieller Seite, und zwar von einem Minister einer hochbürgerlichen und ausgesprochen kapitalistischen Regierung, ein solcher Schlag verübt worden, wie durch den Jahresbericht des Arbeitsministers der Vereinigten Staaten, Davis, der schlechte Löhne einfach „als Diebstahl am Publikum“ bezeichnet. Wir entnehmen den Ausführungen von Davis nachstehende charakteristische Stellen:

Die Krise in Polnisch-Oberschlesien

Die Streikaktion auf einzelnen ostoberschlesischen Hüttenwerken wegen Einführung des Achtstundentages nimmt größeren Umfang an. In der Blomarkthütte streikten bereits 300 Arbeiter, in der Hohenlohe-Hütte arbeiten die Arbeiter nur 8 Stunden, ohne daß die Bewirtschaftung dagegen einzuwirken wagt, da sonst die gesamte Belegschaft mit der Arbeitsniederlegung droht.

„Subiel Freizeit“ für die Jugend

Die Deutsche Arbeitgeberzeitung hat erfahren, daß in dem Berliner Bezirk Friedrichshagen eine Jugendhütte aufgemacht werden soll, für die die Bezirksversammlung kürzlich 10.000 Mark bereitstellte. In der Begründung für die betreffende Vorlage ist gesagt worden, daß man der drohenden geistigen Verflachung der Jugend entgegenwirken müsse, da diese besonders für die Schulentlassenen die Gefahr enthalte, allzuleicht ungesunden Einflüssen zu unterliegen.

Am Lohn und Arbeitszeit englischer Textilarbeiter

Die englischen Baumwollspinnereien möchten die Krise der Baumwollindustrie durch eine Neuordnung der Produktion und der Verkaufspreise überwinden. Um ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zurückzugewinnen, wollen sie die Verkaufspreise ihrer Produkte um 25 Prozent herabsetzen. Dazu wäre aber die Senkung ihrer Produktionskosten nötig.

Der Streik in den Berliner Wurstfabriken ist nunmehr beendet worden. Die Löhne der Fleischergesellen werden ab 1. Januar um 7 Pfennig erhöht; für die übrigen Gruppen tritt eine Erhöhung der Löhne von 5 Prozent ein.

Zu den Arbeitszeitverlängerungen im Ruhrbergbau erzählt die Arbeiterzeitung, daß die Forderungen der Arbeiter in der Schanzschicht mit den Betriebsräten dieser Felsen wegen eventueller Überarbeit zwar Fühlung genommen haben, daß sie aber nicht beschlüssen, von ihrem „Recht“ auf Überarbeit Gebrauch zu machen.

Das Lohnjahr 1927

Geringe Steigerungen

Das Schlichtungswesen für die Unternehmer

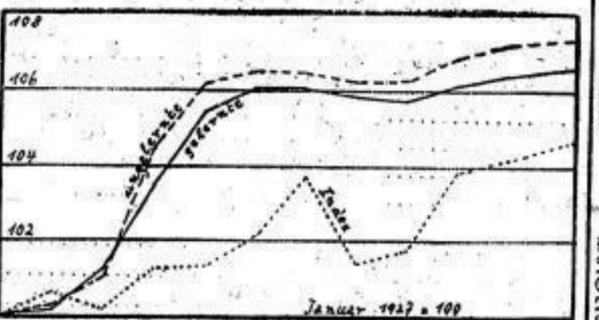
Während des Jahres 1927 hat sich die Konjunktur in Deutschland ständig gebessert. Soweit diese Konjunkturbesserung in einer Erleichterung der Arbeitsmarktlage zum Ausdruck gekommen ist, bedeutete sie auch eine Entlastung der gewerkschaftlichen Bewegung von einem Druck, den jedes große Heer von zu billigen Bedingungen zur Verfügung stehenden „freien“ Arbeitskräften ausüben muß.

Es gibt verschiedene Methoden, den Erfolg der gewerkschaftlichen Tätigkeit zu messen. Wir beschränken uns heute auf die Lohnfrage und betrachten diese von der Seite aus, die durch die Nachwirkungen des statistischen Reichsamtes über die Tariflöhne in Deutschland beleuchtet wird.

Table with columns: 1927, Wochenlöhne (gelernte Arbeiter, ungelernete Arbeiter), Lebenshaltungsindex (in Prozent von 1913, in Prozent vom Januar 1927).

In der zweiten und dritten Spalte der Tabelle sind die jeweiligen Monatsdurchschnittslöhne auf den Januarlohn bezogen und in dieses Verhältnis in Prozenten dargestellt. Es ergibt sich daraus, daß im Verlauf des Jahres 1927 bis zum Dezember eine Lohnsteigerung für gelernte Arbeiter von 6,8 Prozent und für ungelernete Arbeiter von 7,4 Prozent eingetreten ist.

In den letzten beiden Spalten der Tabelle vergleichen wir die Zahlen, die über die Bewegung des Lebenshaltungsindex des statistischen Reichsamtes im Verlauf des Jahres 1927 unterrichten. Betrag danach die Verteuerung der Lebenshaltung im Januar 1927, auf das Jahr 1913 bezogen, 44,8 Prozent, so war dieser Steigerungssatz im Dezember sogar 51,8 Prozent.



Das vorstehende Diagramm, in dem die aus den Einzelzahlen der obestehenden Tabelle ersichtliche Entwicklung graphisch dargestellt ist, läßt erkennen, daß die Steigerungslinien sowohl für die Löhne, als auch für den Lebenshaltungsindex sehr nahe beieinander liegen.

Daß die gelernten Arbeiter in Deutschland eine Erhöhung ihrer Tariflöhne nach deren reger Kaufkraft um nur 1,88 Prozent erzielen konnten, und daß die ungelerneten Arbeiter mit 2,85 Prozent nur wenig darüber hinauskommen.

Diese Lohnentwicklung ist absolut unzureichend. Im wesentlichen blieb die Regelung der Tariflöhne auf der Reallohnbasis zu Anfang des Jahres stehen. Herr Brauns hat keine Veranlassung gesehen, der Arbeiterschaft „Gehalts“ zu machen, und dafür die Unternehmer, wie es in deren Jargon immer so schön heißt, „unerträglich zu belasten“.

Wir hatten uns auch dabei wiederum an die Feststellungen des statistischen Reichsamtes unter Berufung auf dessen Erklärung, daß alles geschehen ist, um die Lohnstatistiken Ergebnisse seit 1924 mit denen für das Jahr 1913 „annähernd vergleichbar“ zu machen.

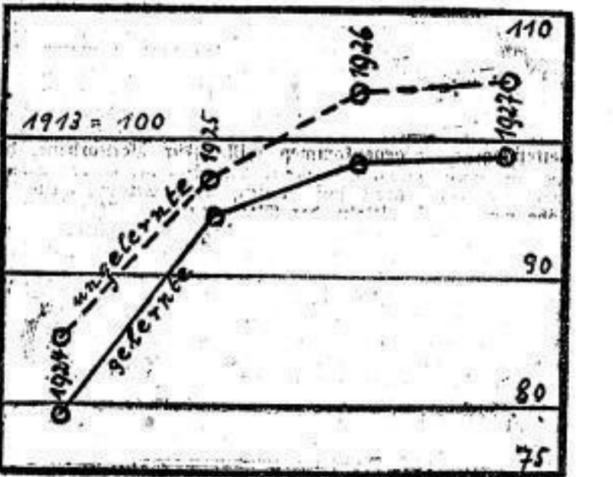
Table with columns: Jahresdurchschnitt, Wochenlöhne (gelernte Arbeiter, ungelernete Arbeiter), Lebenshaltungsindex (in Prozent von 1913, in Prozent von 1910), Reallohne (gelernte Arbeiter, ungelernete Arbeiter) in Markt, Prozent von 1910.

Die Durchschnittszahlen des Jahres 1927 stehen erheblich über denen des Jahres 1913. Diese Tatsache verliert aber vollständig an Bedeutung schon bei einem einfachen Blick auf die dritte Reihe der Tabelle, die die Jahresdurchschnittszahlen des Lebenshaltungsindex, prozentual bezogen auf das Jahr 1913, enthält.

Man kann bei den ersten beiden Reihen der Tabelle aufpassen, daß im Jahre 1924 sogar die Reallohne der ungelerneten Arbeiter noch unter denen des Jahres 1913 standen (die der ungelerneten Arbeiter eine Kleinigkeit darüber), während der Lebenshaltungsindex für dieses Jahr eine Verteuerung der Lebenshaltung gegenüber 1913 um 27,8 Prozent nachwies.

Daß die deutsche Arbeiterschaft in dem ersten Nach-Inflationsjahr mit Reallohnen abgespült wurde, die für gelernte Arbeiter nur 73,3 Prozent und für ungelernete Arbeiter 84,9 Prozent der Reallohne von 1913 betragen.

Es wird unseren Lesern, soweit das bisher noch nicht geschehen war, aus diesen Zahlen klar werden, warum die Redaktion der Leipziger Volkszeitung sich wiederholt mit aller Schärfe gegen Versuche ausgesprochen hat, die Verbesserungen der Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu messen durch einen Vergleich der heutigen Löhne mit denen des Jahres 1924.



iner bildhaften Deutlichkeit, die für die Klarstellung dieser Zusammenhänge wünschenswert ist. Es ergibt sich demnach, daß trotz der seit 1924 erfolgten Steigerung der Reallohne

für gelernte Arbeiter der Reallohn im Durchschnitt des Jahres 1927 noch unter dem Reallohn von 1913 lag, während die ungelerneten Arbeiter etwas darüber hinausgekommen sind; im Jahre 1926 um 3,4 und im Jahre 1927 um 4,6 Prozent.

Die Arbeiterschaft hat alle Verantwortung, diese Zahlen und die ihnen entsprechenden Diagramme mit Erbitterung zu betrachten. Jeder weiß, daß in diesen Lohnverhältnissen die Tätigkeit der Schlichtungsinstanzen schließlich entscheidend gewesen ist.

Freiwilligerweise hat die Regelung der Lohnverhältnisse in Deutschland im Jahre 1927 aber auch noch eine andere, eine außer-tarifliche Seite. Es ist ganz zweifellos, daß es im Anschluß der Konjunktur weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft möglich gewesen ist, ihre Löhne über das Tarifniveau zu steigern.

Es hat also eine Steigerung der tatsächlichen Durchschnittslöhne über die durch die amtlichen Zahlen bezeichnete Höhe stattgefunden.

Insofern hat die Praxis den „Willen des Gehebers“ Brauns ignoriert. Das heißt, das geschah seitens der Unternehmer nicht freiwillig. Derjenige, der weiß, in welche Fälle von Einzelkämpfertätigkeit sich die Gesamttätigkeit der Gewerkschaften in der Praxis auflöst, der kann etwa abschätzen, in wie hohem Maße die Ausschreitung des Lohnniveaus der Tarifverträge auf gewerkschaftliche Tätigkeit zurückgeht.

Polophon glänzend

Rekordjahr 1927

Niefenanteil des Finanzkapitals

Die Aktiengesellschaft Polophonwerke in Wahren bei Leipzig, die jülicher Polophon-Werke firmierte, fühlte seit einiger Zeit das Bedürfnis, ihre Kapitalkraft zu steigern. Obwohl es der Firma möglich gewesen ist, im Jahre 1927 ein Darlehen von 2.040.000 Mk. aus dem Jahre 1925 von der Amsterdamer Bankfirma Teizer & de Mattos erhalten hat, zurückzuführen, und obwohl die Leitung betont, daß ihre Bilanz per 31. Dezember 1927 eine erheblich bessere Liquidität aufweisen werde als die letzte Bilanz aufwies, hielt sie es für notwendig, erhebliche Mittel neu zu beschaffen. Es wurde deshalb eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, die vor einigen Tagen in Berlin, wo sich die kaufmännischen Bureaus der Firma befinden, stattgefunden hat, und in der eine Erhöhung des jeakt 10.000.000 Mark betragenden Aktienkapitals auf 12,5 Millionen Mark beschlossen wurde.

Bei dieser Gelegenheit war die Direktion gezwungen, eine Reihe von Angaben zu machen, die der Öffentlichkeit unter anderen Umständen noch längere Zeit vorenthalten geblieben wären, da die ordentliche Generalversammlung des Unternehmens erst im Juni stattgefunden braucht. Die bürgerliche Presse versteht nur die Meldungen über die Polophon-Generalversammlung mit Überschriften wie: „Ein Rekordjahr bei Polophon“, „Glänzende Aussichten bei Polophon“. Die Börse hat den diesen Artikelüberschriften entsprechenden Tatbestand gleich in klingende Münze umgesetzt. Der Kurs der Polophonaktien, der ohnehin schon sehr hoch stand, stieg in Berlin von 211 Prozent am 4. Januar auf 230 Prozent am 10. Januar.

Die kapitalistische Presse hat zu ihrem Überschriftenjubiläum alle Veranlassung. Die Bilanz der Polophonwerke für den 31. Dezember 1927 ist zwar nicht bekanntgegeben worden. Und die Mitteilungen der Direktion in der Generalversammlung bewegten sich deshalb auch meist nur in allgemeinen Redewendungen. Aber es kamen doch auch genügend positive Tatsachen zum Vorschein. Der Umsatz der Firma ist von 12,52 Millionen Mark im Jahre 1926 auf 21 bis 22 Millionen Mark, also

um mehr als 9 Millionen Mark gleich etwa 75 Prozent gestiegen.

Die Arbeiterzahl der Polophonwerke wird im Handbuch der deutschen Aktiengesellschaften noch für Mitte 1927 auf 1530 Angestellte und Arbeiter veranschlagt. Bis zum Ende des Jahres ist eine Vermehrung der Beschäftigtenzahl auf etwa 3000 Angestellte und Arbeiter erfolgt. Eine 70prozentige Umsatzsteigerung im ganzen Jahre 1927 bedeutet unter diesen Umständen auch eine beträchtliche Erhöhung der Produktionsleistung.

Für die Aktionäre kommt das darin zum Ausdruck, daß die Dividende, die für das Jahr 1926 auf 8,08 Millionen Mark Aktienkapital 9 Prozent betrug, für die 10,06 Millionen Mark Aktien, die im Jahre 1927 dividendenberechtigt waren, „nicht unter 12 Prozent“ betragen wird. Gleichzeitig wurde in der Generalversammlung der Polophonwerke mitgeteilt, daß „erhebliche Abschreibungen“ trotz gestiegener Dividende möglich sein würden. Das heißt nach den heutigen Gepflogenheiten der kapitalistischen Bilanzierungspraxis, daß erhebliche Gewinne, die außer den für Dividenden in Anspruch genommenen etwa 1,2 Millionen Mark vorhanden sind, verbleiben werden.

Ueber das Geschäftsjahr 1927 wurde von der Direktion weiter mitgeteilt, daß „trotz nicht unerheblicher Investitionen und trotz der Einrichtung von Tag- und Nachtarbeiten“ die Gesellschaft nicht immer in der Lage war, der Nachfrage in vollem Umfange zu genügen. Dazu haben nicht wenig die Abmachungen beigetragen, die die Polophonwerke Ende 1926 mit der Brunswick-Walke-Gölander Co. in Chicago und Newport und mit der WEG in Berlin und der mit dieser verbundenen amerikanischen General-Electric Co. (der früheren Edison-Gesellschaft) getroffen haben. Diese Abmachungen betreffen die gemeinsame Ausnutzung der bestehenden und zu errichtenden Fabriken für die Herstellung von Sprechmaschinen und Schallplatten im Auslande, die gemeinsame Verwertung der Plattenmatriken, den Austausch von Fabrikationsmethoden, Erfahrungen und Patenten. Für die Zukunft erwartet die Polophonwerke eine weitere Ausdehnung des Geschäftes nicht nur aus diesen Geschäftsverbindungen, sondern vor allem auch durch „in Vorbereitung befindliche, epochenmachende Neuerungen“ auf dem Arbeitsgebiete der Firma.

Der für die Tätigkeit der Polophonwerke zur Verfügung stehende Firmenkonzern umfaßt nach der Ablosung der Dux-Automobilwerke folgende Firmen, deren Aktien bzw. Anteile sämtlich im Besitz der Polophonwerke befinden: Deutsche Grammophon-Akt.-Ges. in Berlin, Grammophon-Spezialhaus G. m. b. H., Polophon-Grammophon-Vertriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Kraft-Beckens G. m. b. H. in Leipzig (für Wanduhren, Standuhren, Hausuhren und Sprechmaschinengehäuse), Polophon-Sprechmaschinen und Schallplatten G. m. b. H. in Wien, Nordist Polophon A. S. in Kopenhagen.

Für die Aktionäre der Polophonwerke, noch mehr aber für die mit der Firma in Verbindung stehenden Kreise des Finanzkapitals, bedeutet die jetzt erfolgende Kapitalneuausgabe eine erhebliche Gewinnchance. Von den etwa 2,5 Millionen Mark neuen Aktien erhält ein deutsches Bankkonsortium unter Führung der Bankhäuser Gebrüder Arnhold in Dresden und C. S. Kreyschmer in Berlin einen Anteil in Höhe von einer Million Mark zum Kurse von 125 Prozent mit der Verpflichtung, diese Aktien den alten Aktionären im Verhältnis von zehn zu eins zu 100 Prozent abzugeben. Die deutschen Banken profitieren dabei die für sie sicherlich nicht besonders beachtenswerte Summe von 50.000 Mark. Die Aktionäre machen bei einem Uebernahmefurs von 130 Prozent und einem Börsenkurs von 230 Prozent auf je 100 Mark Nominalbetrag an Polophonaktien einen Sonderertrag von 10 Prozent, der einer Extradividende in derselben Höhe entspricht. Das ist, da diese 10 Prozent der zu erwartenden Dividende von 12 Prozent zugeschlagen werden müssen, immerhin allerhand. Das beste Geschäft macht allerdings die schon erwähnte holländische Bank Teizer & de Mattos.

Als diese Finanzierungsbank den Polophonwerken im Jahre 1925 das Darlehen von 2,04 Millionen Mark gewährte, bedang sie sich an den zukünftigen Kapitalerhöhungen einen bestimmten Anteil unter bestimmten Bedingungen aus. Bereits als die letzte Kapitalerhöhung der Polophonwerke um 2 Millionen Mark durchgeführt wurde, machte das holländische Bankhaus auf Grund dieser Vereinbarungen einen Ertragsgewinn von rund 275.000 Mark. Von der diesmaligen Aktienneuausgabe wird nach Amsterdamer der größere Teilbetrag von 1,5 Millionen Mark gegeben. Das genannte

Bankhaus übernimmt diesen Betrag zu 150 Prozent und wird auf ihm, da es sicherlich in Amsterdamer geringeren Kurs erzielt wird, als er in Berlin verzeichnet wurde (230 Prozent),

ein Plus von 1,2 Millionen Mark

machen, das es mit der Polophon-Gesellschaft halb und halb zu teilen hat.

Auch die Aussichten der Polophonwerke werden bei dem Rekordabschluß für 1927 einen erheblichen Vorteil davontragen. Aufsichtsratsmitglieder der Polophonwerke sind: der Berliner Bankier Martin Schiff (Bankhaus C. S. Kreyschmer), der Berliner Bankier Hans Arnhold, der die Gebrüder Arnhold in Berlin vertritt, der Leipziger Justizrat Dr. Konrad Jund und der Reichsminister a. D. v. Kaumer in Charlottenburg. Diesen vier Herren ist durch den Gesellschaftsvertrag der Polophonwerke eine recht erhebliche Lantime gesichert. Sie bekommen pro Kasse und Jahr zunächst einmal 10.000 Mark. Nachdem vom Reingewinn 5 Prozent dem Reservefond überwiesen, und auf die Aktien 4 Prozent Dividende ausgeschüttet sind, erhalten sie von dem verbleibenden Reingewinn nochmals 10 Prozent. Ihr Anteil am Reingewinn wird für 1927 nach den bisherigen Erklärungen der Direktion mindestens 80.000 Mark betragen.

Jedes Aufsichtsratsmitglied der Polophonwerke wird für die sicherlich sehr anstrengende außerordentliche Tätigkeit im Jahre 1927 einen „Entschuldigungslohn“ von mindestens 2.000 Mark davontragen.

Die Arbeiter der Polophonwerke werden von alledem sicherlich mit der „Genugtuung“ Kenntnis nehmen, daß alle diese für die Aktionäre, Finanzleute und Aufsichtsratsmitglieder der Polophonwerke so angenehmen Tatsachen auf ihre Tätigkeit zurückzuführen. Vielleicht geben ihnen unsere Darlegungen auch Veranlassung, einmal gründlich zu überlegen, was bei diesen glänzenden Geschäften für sie abgefallen ist.

Freude bei Zimmermanns

Am Mittwoch fand mit einiger Verspätung die Generalversammlung der Leipziger Pianofabrikanten- und Phonofabrikanten Hupfeld-Gebrüder Zimmermanns statt. Es wurde der erste Geschäftsbericht nach der Verschmelzung vorgelegt und die Bilanz per 30. Juni 1927. Am wesentlichsten für die Aktionäre war dabei die Mitteilung, daß auf das heute 4,5 Millionen Mark betragende Aktienkapital dieselbe Dividende, nämlich 10 Prozent, bezahlt wird, die in dem vorherigen Geschäftsjahre auf die 2,5 Millionen Mark Aktienkapital der Firma Zimmermanns bezahlt worden ist. Die Geschäftsergebnisse sind aber weit besser gewesen, als die gleichbleibende Dividende vermuten läßt. Es wurde mitgeteilt, daß die Warenbestände „in gewohnter positiver Weise bewertet“ wurden, d. h. also wohl, daß in ihnen noch ein erheblicher Ueberfluß herrscht. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß die Grundstücke und Bauten in der Bilanz der vereinigten Firmen mit einem niedrigeren Betrage erscheinen, als in der vorherigen Bilanz der Firma Zimmermanns allein. Es sind recht erhebliche Abschreibungen erfolgt, deren Resultat sich auch darin zeigt, daß eine ganze Reihe von Bilanzposten auf eine Mark herabgesetzt wurden. Die Aussichten der Hupfeld-Zimmermannswerke wurden in der Generalversammlung auch weiterhin günstig beurteilt. Die Zwischenbilanz per Ende Dezember 1927 zeigt eine weit höhere Liquidität als der jetzt genehmigte Abschluß für 1927/28. Der Umsatze hat sich im laufenden Geschäftsjahre 1927/28 verdoppelt.

Stellenangebote

Achtung!

Komiker, Duettisten
Tänzer (innen)
Sänger (innen)
Vortragskünstler
Schauakte jeder Art

vermittelt kostenlos

Artistenbörse

Wächterstrasse 26, H. II
Ruf 18624

Junger unverheirateter Schlosser oder Monteur

für Reparatur und Montage von Salzmotoren u. Sagenanlagen nach Berlin gesucht.

Meldungen nur von Bewerbern, welche auf die Maschinen gelernt oder gearbeitet haben. Offerten unter F 27 an die Exp. dieses Blattes, Taubauer Strasse 19/21.

Einfahrer für Lumpen

stellt ein A. Müller, Arndtstrasse 22.

Schulfreie Mädchen, fräftigen jüngeren Arbeiter

lowis Behrlinge stellt sofort ein Rauchwaren-Zurichterei
Curt Beyer, Giessersstr. 85/87

Verkäufe

Von Herrschaften wenig oder gar benutzte Herren- u. Damen-Garderobe Maßarbeit neuwertig, zum sehr billigen Preis. Frack, Jackett u. Smoking-Anzüge in billigen Preisen.
Friedmann, Ranstädter Steinweg 13, I. Etz. u. Berl.-Telek.

Original Mosberg Maurer- und Zimmerer Hosen stark Ekkardt, Sophienstrasse 10. Teppiche - Ueber alles Anhang in 10 Minuten. (siehe hier) Teppichhaus Agay & Co., Frank a. M. Schwanen Strasse 17/75b

Gebr. Mahmalini auf nähend Moth, Frankfurter Str. 22

Wir bieten in dieser Woche aus eigener Schlachtung preiswert an:

Schweinefleisch

Schulter, Keule, Metere..... Pfund 1.10
Kamm..... Pfund 1.20
Rücken..... Pfund 1.30
Lende und Schnitzel..... Pfund 1.80
Bauch ohne Zulage..... Pfund 96 g
Höftrücken und Kamm..... Pfund 1.30

Kalbsteif

Keule, Rücken, Mierenbraten mit Knochen..... Pfund 1.40
Keule, Rücken, Mierenbraten ohne Knochen..... Pfund 1.75
Leber..... Pfund 2.00
Schnitzel..... Pfund 2.00
Wesselfleisch..... Pfund 1.10
Kalbschayen..... Pfund 90 g

Rindfleisch

Bauch und Flanke..... Pfund 1.16
Hoherippe, Bug und Kamm Pfund 1.24
Bratenfleisch und Roastbeef mit Knochen..... Pfund 1.28
Bratenfleisch und Roastbeef ohne Knochen..... Pfund 1.52
Lende..... Pfund 1.80
Roulade..... Pfund 1.52
Gehacktes..... Pfund 1.32
Leber..... Pfund 1.52
Herg, Metere und Schwing..... Pfund 1.16

Lammfleisch

Bauch und Schulter..... Pfund 1.16
Keule und Rücken..... Pfund 1.24

Zalg ausgefassen..... Pfund 60 g

Speck..... Pfund 1.20	Lambiebertwurf Pfund 1.00	Wurstfett..... Pfund 60 g
Schwarzfleisch Pfund 1.48	Lambblutwurf Pfund 1.00	Bratenfett b. Zukullabratosen Pfund 1.32
Schnitzfleisch Pfund 1.60		

Konsumverein

Leipzig-Blagwitz u. Umg. - E. G. m. b. H.

Die Benutzung unserer Einrichtungen ist Nichtmitgliedern untersagt

Ausnahmen in allen Geschäftsstellen

Qualitative Gummi-Waren
Bestellte gratis
Gustav Grünler
Zeulenroda i. Thür.
Untere Sandt.

Sprech-Apparate
Dr. Ton, An-u. Telephon
nach Vereinbarung.
Schiffplatz a. Markt.
Musik-, Coderaphon
Uferstr. 12, a. Nordst.

Gute Gelgen!
Vorzüglich im Fou
Lauten, Gitarren,
Mandolinen, Akkor-
Zithern, Zitat, Mando-
linen, Schallergeräten
sehr billig
• Teilzahlung •
• oh Preisaufschlag •
Wald, Kein Laden.

TEILZAHLUNG
enorm billige Preise
MÖBEL
1/10
Anzahlung
bis
2 Jahre
Kredit
KOMPLLETTE ZIMMER
EINZELMÖBEL-KÜCHEN
TEPPICHE-KORBEN
KINDER-WAGEN

Beamt und Festangestellte ohne Anzahlung!
PETER & Co
KATHARINEN-STR. 4 - I. U. II. STOCK

Diverses
Ueberzieher
Partei-
verleumdung
10. Januar im
Balkhaus.
Um Rückgabe
erlaubt
P. Ehrlich
Leipzig
Balkhaus
Zimmer 54.

vertauscht!

Masken-Kostüme
für Damen u. Herren
in größter Auswahl
billig zu verleihen.
Brau, Gesellschafts-
ausgabe Richter,
Berliner Straße 8

Wohnungen
Gerulst. Braut gar
B. 1. Etz. für 1. Gadr.
1.2 leere Zimmer m.
Kochg. Differ. b. 31.
H. 29 Exped. b. 31.
Taubauer Str. 19/21.

Zinrate
für die fällige
Kammer be-
stimmt erbit-
ten bis spät
9 Uhr vormittag
am Erbscheinanstaa

1 od. 2 leere Zimmer
von kinderlos Ehepaar, beide berufstätig,
ge sucht. Preisoff. ab. unter G 28 an
die Exp. die. Bl. Taubauer Str. 19/21.



Wandern und Reisen

Rheinfahrt

III.

Koblenz—Cochem—Eifel—Natal—Köln.

Eine kaum zu bewältigende Fülle von Erlebnissen wird den Reisetouristen der fünfte Reisetag bringen. In großen, offenen Autobussen werden etwa 200 Kilometer zurückgelegt. Wir verlassen das Rheintal, das sich gleich unterhalb Koblenz zur großen Keimleber bucht erweitert und danach bis zum Siebengebirge nur von mäßig zum Strom abfallenden Höhen begrenzt wird. Unsere Fahrt wird eine Mosel-, Eifel-, Ahr- und Siebengebirgsfahrt in einem, indem wir einen großen Bogen westwärts schlagen.

Leider ist es nicht möglich, durch die blauen Moselberge stromauf bis Trier zu fahren und von dieser schönen alten Stadt aus die Römerstraße über die Eifel nach Köln zu benutzen. Unser Ziel muß an der Mosel das im Schutze einer alten Reichsburg angelegte Cochem sein, etwa 50 Kilometer von Koblenz entfernt. Von hier aus geht es hinauf zu den Eifelhöhen. Ueber Ulmen kommen wir allmählich durch die Voreifel nach Reiberg in die vulkanische Hochfläche. Hier liegen überall erloschene Vulkane, die Krater teils mit Wasser gefüllt, in Seen (Mare) verwandelt. Dann mit seinen drei Waren müssen wir leider weitab links, den Saarher See ebenso weit rechts lassen.

Bergeshöhe steht hier oben neben Bergeshöhe. Von weiten Heidelägen öffnet sich dem Blick ein grünes Waldtal nach dem andern. Vom Hochfelsberg (674 Meter) kommen wir bald zur Ahrburg (678 Meter) und zur Hohen Ahr (746 Meter), dem höchsten Berg der Eifel. Ueber Wernau erreichen wir dann das Ahrtal, und flussabwärts bei Remagen den Rhein. Noch einmal umfängt uns an der Ahr der romantische Zauber aller Weingebirge im Westen des Reiches: dunkle Waldeshöhen neben den helleren Terrassen der Weinberge, durchschimmernd der blaue Schiefergrund.

Romantischer Zauber wie oft um uns auf der Fahrt von Bingen bis zur Ahrmündung! Ein Naturzauber, der uns nicht hindern wird, auch die sozialen Tatsachen zu sehen. Kleinbesitz neben Kleinbesitz in Landwirtschaft und Weinbau. Der Kleinbesitz verbunden mit harter Arbeit in den Weinbergen und auf großen Feldern. Verbunden mit Armut, die mancherlei Industrie anregt in der Hoffnung auf billige Arbeitskräfte. Billige und willige Arbeitskräfte! Billig in der Demut des katholischen Glaubens, dessen Manifeste uns immer wieder an den Straßen als Kapellen, Heiligenhäuschen, Leidensstationen begegnen. Als Horie dieses Glaubens Ködter mit Kleinfeldern an Land, in ihrem Gebirge durchaus nicht jener Armut entsprechend, die im Land ringsum Schicksal der Massen ist.

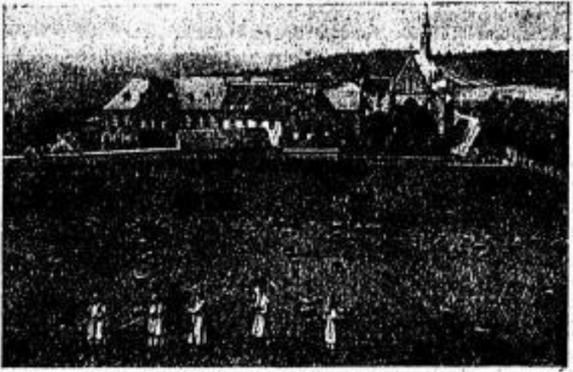
In sinkenden Abend taucht auf der Fahrt nach Köln das Siebengebirge auf, dessen letzter Ausläufer zum Rhein als Drachenfels majestätisch über Königswinter steht. Ueber uns auf

der Höhe des Kobderberges, eines alten Vulkans, der Rolandshögen. Sanfter die Landschaft. Godesberg, die Gartenstadt. Bonn dann, die Geburtsstadt Beethoven's. Und schließlich Köln, die Stadt der Kirchen und Kapellen:

„Es steigt des Domes Schattenmaße Mit Blumenzier und Turmesknäuel Welksüchtend aus dem Lärm der Gasse, Verleuchtend flammend der Tag darauf.“

Und dann zwei Tage Köln. Die Preßla Ausflüge zurück nach Königswinter, nach Bonn und Godesberg. Eventuell weiterwärts ins Wuppertal, ins Bergische Land. Eventuell nach Düsseldorf und weiter abwärts zum Niederrhein. Eventuell zum Rhein-Ruhr-Winkel der großen Industrie. Ein jeder nach seinem Geschmack und — Gelbbeutel.

Die Rheinreise, die von der Reifestelle des RW vom 1. bis 9. September 1928 durchgeführt wird, bringt alle Teilnehmer zu zweitägigem Aufenthalt nach Köln und der Preßla, ohne den im Reiseprospekt erwähnten Mehrbetrag von 10 Mark.



Trappistenkloster Mariawald in der Eifel

Das Reiseprogramm

hat eine wesentliche Umgestaltung erfahren, die eine bessere Ausgestaltung im Interesse der Reisetouristen bedeutet. Wir vermindern die Zahl der Eisenbahnkilometer um mehr als 200, vermehren dagegen die Zahl der Autobuskilometer um etwa 80 und bieten zwei Tage Rheinfahrt. Sonnabend, 1. September 1928: Abends Abfahrt von Leipzig, Hauptbahnhof.

Sonntag, 2. September: Ankunft in Frankfurt am Main, Führungen durch die Stadt. Uebernachtung.

Montag, 3. September: Nach dem Frühstück Fahrt im Autobus über Darmstadt und die Bergstraße nach Heidelberg. Ankunft dort mittags. Führungen durch die Stadt, zum Schloß und zum Bergfriedhof. Uebernachtung.

Dienstag, 4. September: Nach dem Frühstück per Eisenbahn nach Mannheim. Kurze Besichtigung. Dann mit Sonderbahn nach Bingen. Dort Ausflüge. Uebernachtung.

Mittwoch, 5. September: Nach dem Frühstück Fahrt mit Sonderbahn nach Koblenz. Ausflüge. Abends Zusammensein mit den dortigen Genossen. (Vortrag des Genossen Schaak-Köln über die Rheinlande.) Uebernachtung.

Donnerstag, 6. September: 9 Uhr Abfahrt mit Autobus moselwärts nach Cochem, weiter durch die Eifel über Reiberg nach Ahrnach, durchs Ahrtal nach Remagen, am Rhein vorbei über Rolandsee, Godesberg und Bonn nach Köln. Ankunft abends. (Gepäck wird mit Sonderwagen direkt nach Köln befördert.) Unterwegs Picknik im Walde, geliebt von der Konsumgenossenschaft Hoffnung in Köln. Uebernachtung in Köln.

Freitag, 7. September, und Sonnabend, 8. September: Besuch der Preßla, Führungen und Ausflüge. Die Kölner Genossen halten sich als Führer zu Besichtigungen und Ausflügen bereit. Zusammenkunft mit den Kölner Genossen im Gürzenich, dort Rheinischer Abend.

Rückfahrt Sonnabend, 8. September, abends spät. Ankunft in Leipzig Sonntag, 9. September, vormittags etwa um 11 Uhr.

Man bezahlt

für die Reise Leipzig — Frankfurt — Heidelberg — Mannheim — Bingen — Koblenz — Köln — Leipzig

ab Januar 1928	7 × 17,15 Mark = 120,— Mark
ab Februar	6 × 20,10 Mark = 120,60 Mark
ab März	5 × 24,30 Mark = 121,50 Mark
ab April	4 × 30,50 Mark = 122,— Mark
ab Mai	3 × 41,— Mark = 123,— Mark
ab Juni	2 × 62,— Mark = 124,— Mark
ab Juli	1 × 125,— Mark = 125,— Mark
ab August	1 × 126,— Mark = 126,— Mark

Für spät erfolgende Meldungen mit dem Vorbehalt: Soweit nicht bereits die Höchstzahl erreicht ist.

Berksammlungskalender

Donnerstag, 12. Januar 1928.

Bund sog. Freidenker, Ortsgruppe Guben, Rest. „Stadt Borna“ 20 Uhr.

Freitag, 13. Januar 1928.

Bund sog. Freidenker, Ortsgruppe Großschlocher, Lindengarten, 20 Uhr.

SPD-Ortsverein Markranstädt, Volkshaus, 20 Uhr.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Welschkohl mit Kartoffelstücken 30 ¢, Kasseler mit Hammelfleisch 65 ¢, Gefülltes Schweinestück mit Kartoffeln 60 ¢, Kalbsbraten mit Kompott 1,30 — Morgen: Gekochte Hammelkoteletts mit Nüssen 1,25, Kasseler Rippensteak mit Grünkohl 1,20

Die Frauenwelt

... eine unentbehrliche Helferin und Beraterin jeder Arbeiterin, der Frauen des Anstaltens- und mittleren Beamtenstandes. Alle Frauen u. jungen Mädchen, die sich mit der Frauenwelt bekannt gemacht, die ihren hohen praktischen und idealen Wert für sich erkannt haben, wollen sie nicht mehr in ihrem Hause missen und jählen zu dem großen treuen Helfertrio, der von Heft zu Heft um viele Hunderte wächst.

Die Frauenwelt

erschient 14täglich. Jedes Heft schließt die vielseitige Modenschau. Selbst ist die Frau ein, jedes zweite Heft enthält außerdem eine vierseitige, reich illustrierte Sonderbeilage Kinderland.

Preis pro Heft mit Schnittmusterbogen 40 Pfennig. Alle Ausdräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Tauscher Str. 19/21

Abt. Buchhandlung

Wichtiges bühnenmäßiges

1. Heft

2. Heft

3. Heft

4. Heft

5. Heft

6. Heft

7. Heft

8. Heft

9. Heft

10. Heft

GEG

Aus unserer eigenen Fabrik in Stendal.

GEG-Gemüsekonserven

Junge Erbsen	1-Pfd.-Dose	MR. 0,55
Junge Erbsen	2-Pfd.-Dose	MR. 1,00
Junge Erbsen, mittelfein	1-Pfd.-Dose	MR. 0,65
Junge Erbsen, mittelfein	2-Pfd.-Dose	MR. 1,20
Junge Erbsen, fein	1-Pfd.-Dose	MR. 0,85
Junge Erbsen, fein	2-Pfd.-Dose	MR. 1,20
Junge Erbsen mit Karotten	2-Pfd.-Dose	MR. 1,00
Gemüse-Erbsen	1-Pfd.-Dose	MR. 0,80
Gemüse-Erbsen	2-Pfd.-Dose	MR. 0,85
Junge Schnittbohnen	1-Pfd.-Dose	MR. 0,45
Junge Schnittbohnen	2-Pfd.-Dose	MR. 0,75
Junge Schnittbohnen	5-Pfd.-Dose	MR. 1,70
Stangen-Schnittbohnen	2-Pfd.-Dose	MR. 1,15
Wachsbreihbohnen	1-Pfd.-Dose	MR. 0,55
Wachsbreihbohnen	2-Pfd.-Dose	MR. 0,95
Reispfänger, fein	2-Pfd.-Dose	MR. 1,20
Reispfänger, mittelfein	2-Pfd.-Dose	MR. 1,80
Gemüse-Milchzunge	2-Pfd.-Dose	MR. 1,00
Gemüse-Milchzunge	1-Pfd.-Dose	MR. 0,55
Pfifferlinge	1-Pfd.-Dose	MR. 0,75

GEG-Früchtekonserven

Birnen, ganze Frucht	1-Pfd.-Dose	MR. 0,85
Birnen, ganze Frucht	2-Pfd.-Dose	MR. 1,50
Birnen, halbe Frucht	1-Pfd.-Dose	MR. 1,00
Birnen, halbe Frucht	2-Pfd.-Dose	MR. 1,90
Pflaumen mit Stein	1-Pfd.-Dose	MR. 0,55
Pflaumen mit Stein	2-Pfd.-Dose	MR. 0,95
Pflaumen ohne Stein	1-Pfd.-Dose	MR. 0,65
Pflaumen ohne Stein	2-Pfd.-Dose	MR. 1,20
Heidelbeeren	2-Pfd.-Dose	MR. 1,45
Heidelbeeren	1-Pfd.-Dose	MR. 0,80
Stachelbeeren	1-Pfd.-Dose	MR. 0,75
Stachelbeeren	2-Pfd.-Dose	MR. 1,35

Konsumverein

Leipzig-Plagwitz und Umgegend, G. m. b. H.

Abgabe nur an Mitglieder
Aufnahmen in allen Verteilungsstellen

Gewerkschaftliche Anzeigen

Ortsausschuß des A. D. G. D. Leipzig
Volkshaus, Seiber Straße 32, Fernruf 34021

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Ortsbureau: Leipzig, Seiber Straße 32, Fernruf 122 60.

Mittwoch, den 18. Januar, 20 Uhr, im Volkshaus, großer Saal: **Mitgliederversammlung - Vorführung des Films: Großstadt Berlin.** Eintrittspreis zu dieser Veranstaltung 25 Pf. Karten sind bei allen Funktionären und im Ortsbureau zu erhalten. Angehörige unserer Mitglieder haben unter Vorlage einer Eintrittskarte ebenfalls Zutritt. Vollzähligen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Donnerstag, den 26. Januar, 19.30 Uhr, im Volkshaus, großer Saal: **General-Versammlung, Tagesordnung:** 1. a) Bericht der Geschäftsleitung, b) Bericht des Kassierers, c) Bericht der Revisoren, 2. Neuwahl der Ortsverwaltung, 3. Behandlung von Anträgen, Anträge, die auf die Tagesordnung der General-Versammlung gestellt werden sollen sind spätestens bis Donnerstag, den 19. Januar, im Verbandsbureau einzureichen. Zur Teilnahme an der Ortsverwaltungswahl können nur Mitglieder zugelassen werden, die mit ihren Beiträgen nicht länger als 4 Wochen im Rückstande sind. Zutritt zur General-Versammlung nur unter Vorlegung des Mitgliedsausweises. Die Ortsverwaltung.

Familien-Nachrichten

Am 6. Januar verschied mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der **Steindruckerk, Herr**

Karl Richter

Auf Wunsch des Entschlafenen geben wir dies erst nach erfolgter Einschließung bekannt.
Leipzig-Thonberg, den 9. Januar 1928
Reitzenhainer Straße 140, I.
In stiller Trauer
Lina Richter geb. Westram
Karl Richter und Frau
Martha Richter, 3 Enkelkinder.

Nach langem, schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden, verschied plötzlich und unerwartet im Diakonissenhaus zu L-Lindenu im Alter von 23 Jahren, 20 Tagen, meine liebe, gute Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, die Mutter ihres Kindes

Margarete Münch

Leipzig-Leutzsch, Weststraße 12.
In tiefer Trauer **Fr. Anna verw. Münch**
nebst Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 14. Januar, 2 Uhr, auf dem Leutzscher Friedhof statt.

Die ungeliebte Erzellenz

Man würde ihm den ehemaligen Offizier auch ansehen, wenn nicht auf dem Türschild seiner Wohnung stünde „General der Infanterie“.

Ueberhaupt diese Wohnung!

Ein Dienstmädchen in selbigen Hauskleid von militärischem Zuschnitt öffnet, nach ihrem Gradabzeichen zu urteilen, besleibt sie den Rang eines Brigadefeldwebels. Sie führt dich in ein Empfangszimmer, das mit Kriegserinnerungen von oben bis unten vollgepfropft ist, und meldet dem Hausherrn deine Ankunft, mit Hilfe eines Feldtelefonens. Nach einer Weile wird irgendwo eine Leuchtkugel abgeschossen, zwei spanische Reiter gleiten zur Seite, in der lautlos geöffneten Tür erscheint die hohe Gestalt der Erzellenz und bittet dich ins Arbeitszimmer, äusschend einem betonierten Gefechtsunterstand nachgebildet. Generalsstabsoffizier mit Kränzen, Weh-Häufel, Kriegstrophäen, Handgranatentisten (mit Weinflaschen gefüllt), besonders originell eine Miniatur-Haubtze, mit der die Erzellenz kunstgerecht nach allen Lehren der Ballistik Pfefferminz-Lügelchen sich in den Mund schiebt, denn er leidet zu seinem großen

Schmerz an bösem Mundgeruch. Die befreundeter Artillerie-Oberst hat ihm die sinnreiche Vorrichtung konstruiert. In einer Ecke des Raumes liegen zwei Weibehunde, wie üblich mit dem Genfer Kreuz unkenntlich gemacht; in einem Käfig hoch halt der Brieftaube ein Papagei in den Kriegesorden.

Als der Hausherr ihn begrüßt: „Guten Morgen, Dentel!“ —

Schnarrt der Vogel: „Guten Morgen, Erzellenz!“
Da juckt die Erzellenz schmerzhaft zusammen und sagt: „Eine schöne Schweinerei hat uns heute da eingebracht mit seiner neuen Verordnung. Was glauben Sie, wie schwer es fällt, dem unvernünftigen Vieh hier die neue Anrede „Herr General“ beizubringen! Seit vierzehn Tagen quäle ich mich nun ab, wie Sie sehen, ohne Erfolg. So etwas reißt auf, mein Lieber.“

Und er griff zu der Riste mit den Raufampfmitteln. hs.

Einverlebung der Stadt Hocht nach Frankfurt. Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hat dem Eingemeindungsvertrag mit der Stadt Hocht zugestimmt. Das höchste Stadtparlament hat gleichzeitig dem Vertrag ebenfalls seine Zustimmung gegeben. Durch diesen Beschluß sind die Grundbedingungen für eine Neugestaltung des rhein-mainischen Wirtschaftsgebietes geschaffen.

Stahlhelmkamerad Frank

Dem Kameraden Frank in Düsseldorf wurde für erhebliche materielle Beiträge die Ehrenmitgliedschaft des Bundes 4 im „Stahlhelm“ verliehen.

Was ist denn los, um Gottes willen, was macht der „Stahlhelm“ für'n Geschrei? — Will er die Juden paarweise töten Nach Feind-List: fromm, fröhlich, frei? — — —!

Zum Himmel schmettern Gedanken: Wird hier ein neuer Putsch probiert? Sie kommen feierlich und wieder Und blond und deutsch, auf neu Isotier!

Den Kameraden gilt's zu ehren, Herrn Frank, Barnabe Frank — Herr Frank will ihn nicht bekehren — Er knüpft sich seine Böse vor!

Kabiau.

Unser Fleisch

ist von einer guten Qualität. Es wird mit besonderer Sorgfalt gepflegt und ist trotzdem ungemein billig! Nachstehende Preise zeigen es deutlich:



Kalb- und Schweinefleisch

Pfefferfleisch	Pfd. 1.—
Brust	Pfd. 1.20
Kamm	Pfd. 1.20
Kuile	Pfd. 1.35
Niere	Pfd. 1.35
Rücken	Pfd. 1.20
Koteletten	Pfd. 1.50
Schnitzel	Pfd. 2.40

Geflügel

Eisbein	Pfd. 78
Schweinebauch	Pfd. 85
Schweinschule	Pfd. 85
Schweinschinken	Pfd. 1.10
Schweinefleisch	Pfd. 1.05
Schweinekoteletts	Pfd. 1.25
Fettes u. Schmalz	Pfd. 85
Gehacktes, gemischt	Pfd. 70
Schweineschnitzel	Pfd. 1.00
Gehackt. Schweinefleisch	Pfd. 1.20
Fr. Bratwurst Stück	35 Pfd. 1.20

Hammelfleisch

Suppenfleisch	Pfd. 60, 50
Hohe Rippe	Pfd. 70
Schmorfleisch oh. Knochen	Pfd. 1.10
Rouladen	Pfd. 1.20
Lende ohne Knochen	Pfd. 1.30
Roastbeef oh. Knochen	Pfd. 1.20
Goulasch	Pfd. 80
Gehacktes	Pfd. 60
Hammelfleisch	Pfd. 1.—
Hammelfleisch	Pfd. 85
Hammelfleisch	Pfd. 85
Hammelfleisch	Pfd. 85

Rindfleisch

Kochfleisch	Pfd. 1.35, 1.15
Goulasch	Pfd. 1.20
Schmorfleisch oh. Knochen	Pfd. 1.35
Rouladen	Pfd. 1.45
Lende	Pfd. 2.—
Roastbeef	Pfd. 1.80
Zunge	Pfd. 2.—
Gehacktes	Pfd. 1.30

Wild- und Geflügel

Gänse	Pfd. 1.30, 95
Enten	Pfd. 1.40
Suppenhühner	Pfd. 1.43
Brathähnchen	Pfd. 1.48
Hasen gestreift	Stück 6.75, 4.75
Hirschbrücken im ganzen	Pfd. 1.60
Hirschkeule im ganzen	Pfd. 1.63
Hirschblatt im ganzen	Pfd. 1.—
Hirschragout	Pfd. 80, 50

Wurstwaren

Bockwürstchen, 3-Stek.	Dose 50
Gek. Schinken	¼ Pfd. 48
Blut- od. Leberwurst	Pfd. 80
Mackl. Knackwurst	Pfd. 1.10
Schinkenspeck	Pfd. 1.42
Schwarzfleisch	Pfd. 1.35
Servelatwurst	Pfd. 1.48
Mettwurst	Pfd. 1.60
Teewurst	Pfd. 1.50

Hammelfleisch

Ragout	Pfd. 1.10
Bauch	Pfd. 1.10
Koteletts	Pfd. 1.20
Rücken	Pfd. 1.20
Rehblätter	1 Pfund 1.35
Knoblauchwurst	1 Pfund 1.20

„Und billige Lebensmittel“

Kolonialwaren

Zucker, gemahlen	Pfd. 27
Sparwürfelzucker	1-Pfd.-Pak. 38
Tafelreis	Pfd. 30
Mischobst	Pfd. 50
Calli. Pflaumen	Pfd. 90, 60
Weiße Bohnen	4 Pfd. 85
Linsen	4 Pfd. 95
Bruchreis	5 Pfd. 1.—
Schokoladenpulver	1 Pfd. 60
Kakao, gar. rein	1 Pfd. 80
Tee, ausgew.	¼ Pfd. 1.75, 1.25, 85
Kaffee gebr.	¼ Pfd. 1.40, 1.20, 1.10
Kaiseranzugmehl, 5-Pfd.-Beutel	1.75, 1.55, 1.35
Aprikosen, getr.	Pfd. 1.40, 1.10
Hering in Gelée	1 Pfd. 45
Rollmops	¼ Liter-Dose 88

Konserven

Karotten, geschnitten	1/2-kr.-Dose 38
Rote Botten	85
Erbsen mit Karotten	90, 70
Gem. Gemüse	1.25, 95
Pfifferlinge	1.20, 85
Junge Wachbohnen	85
Gemüse-Erbsen	85
Junge Erbsen	80
Kaiserschoten	1.75
Spargelkypse grün I.	2.90
Stangenspargel, dünn	2.45
Calli. Stangenspargel	2.95
Apfelmus	75
Mirabellen	1.35
Reinschinken	1.50
Aprikosen, ¼ Frucht.	1.85
Bratheringe	¼ Liter-Dose 88

Konfituren

Weinbrand-Kirschen 100-Gr.-K.	50
Bonbon-Mischung	1 Pfd. 60
Vollm.-Nuß-Schokol.	200-Gr.-T. 85
Husten-Mischung	Pfd. 70
Crème-Pralinen	Pfd. 75
Gem. Bonbon	Pfd. 80
Schokolad.-Brezeln	10 Stück 85
Vollmilch, Halbsüß, Sahnen-	schokolade 3 Tafel. & 100 Gr. 85
Blockschokolade	Pfd. 85
Vollmilch-Schokolade, Felix auf	
Reisen	3 Tafeln & 100 Gr. 95
Punschbohnen	Pfd. 1.20
Bensdorp-Kakao	Pfd. 95
Raspelschokolade	Pfd. 1.20
Gewürz-Essiggurken	¼ Liter-Dose 95

Butter, Fett etc.

Margarine	Pfd. 82, 58, 54, 50, 48
Kokos Speisefett	Pfd. 33
Vollmilch	Dose 60
Amerik. Schmalz	Pfd. 85
Molkereibutter	¼ Pfd. 85
Allert. Molkereibutter	¼ Pfd. 85
Allert. kleinste Dänische	¼ Pfd. 1.10
Hamadoukese	Stück 48
Bergkäse	Stück 35
Lilphurger Käse	Pfd. 74
Tilsiter Käse halbfett	Pfd. 85
Camembert, Vollfett Schachtel	85
Kohl-Emmentaler o. Rindekart.	85
Schweizerkäse	Pfd. 1.48
Echter Emmentaler	Pfd. 1.80
Kronensardinen	¼ Liter-Dose 88
Hering in Gelée	¼ Liter-Dose 88

ALTHOFF



„Madame kauft ein“

Dem deutschen Bürgerium geht es elend, hundesehend. Die Steuern sind hoch, es wehlt kaum, wieviel es hinterziehen muß, um auf seine Rechnung zu kommen. Die Arbeiter sind unverzähmt, verlangen sogar höhere Löhne. So hat es der Sorgen viele. Jetzt sind bekanntlich die Tage der Inventurausverkäufe, und, Jammer über Jammer, Madame und Monsieur, Ehefrau und Ehemann der Bourgeoisie, beginnen mit dem Mißfall ihrer „notwendigsten“ Einkäufe. Wie das geschah, berichtet eine bürgerliche Zeitung. Die Sache beginnt mit einem kleinen, zweifelhafte Rundgang durch die verschiedenen Warenhäuser. Der Ehemann ist schon ein bißchen sehr geknickt. Wir geben jetzt der bürgerlichen Zeitung das Wort, auf das uns keine tendenziöse Schilderung vorgeworfen wird:

„Du siehst ja so blaß und so unglücklich aus?“ fragte sie dann ganz erlautet den Herrn Gemahl. „Ich habe Hunger“, antwortete er ganz jämmerlich, „Ausgezehrt!“ war Madames Antwort, „gehen wir zunächst Mittagessen.“ — Sie gingen. — Das Mittagessen für zwei Personen in einem für Madame angemessenen Lokal mit einer angemessenen Flasche leichtem Moselwein kostete 12,50 M.

„So“, sagte Madame, „nun wollen wir Einkäufe machen.“ Stundenlang sucht Madame, jagt Verkäuferinnen treppauf treppab, quält sie mit ihren Wünschen, und kauft nicht. Sie hat Zeit, ihr „Beruf“ ist ja das Nichtstun. Und es geht weiter:

„Aber wir haben doch Zeit, für mich jetzt nicht!“ antwortete Madame ungehalten. Monsieur schwieg und eilt weiter. Sie bewilligte weitere vier Kaufhäuser mit je vier Etagen und nun trat die Katastrophe ein: Monsieur fand einige Krawatten hübsch und — kaufte sie. Er erinnerte sich, daß er einige Oberhemden brauchte und — kaufte sie. Ihm fiel ein, daß er Strümpfe brauchte und — kaufte sie. Rasierseife, Klingen, ja, eine neue Haarbürste — kaufte er. Richtig, mit der alten, abgenutzten Krawatte konnte er nicht mehr gehen, und die Handschuhe playten schon in allen Nähten. Er kaufte, kaufte, kaufte.

Man kann nicht sagen, daß der Herr bescheiden oder sparsam ist, doch seine Frau?

„Du, hör mal“, sagte Madame bescheiden, „ich brauche unbedingt etwas Puder und einige Stücke französische Seife.“ Monsieur führte sie in ein entsprechendes Geschäft. Eine Viertelstunde verging, Madame wählte zwischen vier verschiedenen Pudersorten und sechs Seifenarten. Monsieur wartete geduldig.

Man sieht aus dieser Schilderung die dumme Larve, das leere Strohhalm der Bourgeoisie, ihren geistigen „Horizont“ heraus. Dazu wird weiter über dieses traurige Familienleben, „das Volk in der Arbeit“, wie einmal ein deutscher Dichter das deutsche Bürgerium benannte, berichtet:

Als sie dann in der Drochste sah, um nach Hause zu fahren, begann Madame nicht ohne Schärfe in der Stimme: „Ich stelle fest, daß ich nicht das geringste gekauft habe, obgleich ich, wie du ja weißt, bringend ein Abendkleid, ein Nachmittagskleidchen, zwei Paar Schuhe, Teeservice für zwölf Personen, Pyjamas — überhaupt alles brauche.“

Damit aber nun keiner vermeint, daß etwa das traurige Familienleben für dauernd gestört ist, wird weiter geschrieben: „Ich mache dir einen Vergleichsvorschlag“, erwiderte Monsieur besänftigt, „ich lade dich zum Abendbrot ein und morgen machst du allein deine Einkäufe.“ — „Einverstanden“, sagte Madame gnädig, und damit war der Fall erledigt. — Wieviel hat der diesjährige Inventurausverkauf Monsieur gekostet? Die Beantwortung dieser Frage lehnt er ab aus steuerlichen Gründen.

Wir können also beruhigt sein — die Inventurkäufe von Madame gehen weiter. Und wieviel der Ehemann insgesamt ausgegeben hat, sagt er nicht von wegen der Steuerhinterziehung. Von wem er dieses Geld hat, daß er es nicht auf der Straße fand, wissen wir. Es wird schwerer und dürftiger verdient, als es dann leicht und schnell von anderen, den Ruhmgebern der Ausbeutung, ausgegeben wird. „Madame kauft ein“, der Prolet bezahlt's! Fred.

Kriegsopfer und Mieterbeschulden

Wie uns der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen (Gau Freistaat Sachsen) mitteilt, hat er bei Anwesenheit der Vertreter der Kriegsopfer aus dem Bereiche der fünf Kreishauptmannschaften zu der Frage des Mieterbeschuldengesetzes sowie zur Frage der Aufwertungssteuer Stellung genommen. Die Kriegsopfer, die zum überwiegenden Teile Mietwohnungen innehaben, sind in außerordentlichem Maße an der Ausgestaltung bzw. Aufrechterhaltung des zur Zeit bestehenden Mieterbeschuldengesetzes beteiligt.

Der Reichsbund hat die anschließend zum Abdruck kommenden Entschlüsse angenommen und dem Gesamtministerium sowie dem sächsischen Landtag übermittelt. Die Kriegsopfer hoffen, daß die Mehrzahl der Abgeordneten sich die berechtigten Wünsche zu Eigen machen wird.

Die Vertreter des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen aus dem Bereiche der fünf Kreishauptmannschaften wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen den Abbau der Mieterbeschuldengesetze und insbesondere gegen eine Wiedereinführung eines Kündigungsrechtes. Bis zur Schaffung eines sozialen Reichswohnwirtschaftsgesetzes, das als Dauerrecht auch für die Handels- und Gewerbebetriebe gelten muß, ist der Mieterschutz aufrechtzuerhalten.

Die Vertreter wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen die Behandlung der Belange der Wohnungs- und Bodenwirtschaft in dem Wohnungsausschuß des Reichstages und auch im sächsischen Landtag.

Zur Frage der Aufwertungssteuer fordern die Vertreter der Kriegsopfer die Abschaffung der Aufwertungssteuer durch eine Wohnungsbauabgabe und eine Steuer vom reinen Bodenwert. Sie wenden sich deshalb gegen den Entwurf einer Gebäudenutzungssteuer, soweit in ihm von der besonderen Wertverhaltenssteuer die Rede ist. Damit die Gebäudenutzungssteuer im übrigen einen Übergang in ein gesundes Steuersystem bildet, muß sie folgenden Forderungen entsprechen:

Gerichtliche Entscheidungen über Arbeiterentlassungen

Freistlose Entlassung als unbillige Härte

Fehlerhafte Bedienung einer Maschine (J. R.) Der § 81 Abs. 1 des Betriebsvertrages enthält unter Ziffer 4 eine Bestimmung von größter praktischer Bedeutung. Danach können die Arbeitnehmer im Falle der Kündigung durch den Arbeitgeber binnen 5 Tagen nach der Kündigung Einspruch erheben durch Anrufung des Arbeiters- und Angelegenheitsrates, wenn die Kündigung sich als unbillig, nicht durch das Verhalten des Arbeitnehmers oder durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte Härte darstellt. Darüber, wann nun eine solche Härte vorliegt, besteht naturgemäß zwischen Unternehmer und Arbeitern regelmäßig Streit; denn es stehen sich da die Interessen scharf entgegen. Da der Arbeiter auch nie wissen kann, wie sich das Gericht gegebenenfalls zu der Frage stellen wird, unterläßt mancher Arbeiter die Geltendmachung seiner Ansprüche, verläßt den Betrieb, ohne den Betriebsrat anzurufen, und liegt dann unter Umständen längere Zeit auf der Straße. Es ist deshalb von großem Wert, zu erfahren, wie die Gerichte, insbesondere die Landesarbeitsgerichte und das Reichsarbeitsgericht, die Bestimmung des § 81 des BVB auslegen.

Das Landesarbeitsgericht Nürnberg hat in einem Urteil vom 30. September 1927 (veröffentlicht in der Juristischen Rundschau 1927, S. 1305 Nr. 2021) folgenden Fall behandelt: Ein Arbeiter war von dem Unternehmer freistlos entlassen worden, weil er den Ellenhammer fehlerhaft bedient hatte. Dadurch war ein Unfall verursacht worden. Der Arbeiter hatte sich jedoch festgemacht an den Arbeiter- und Angelegenheitsrat, und dieser hatte gegen die Entlassung Einspruch erhoben. Der Unternehmer hatte den Arbeiter aber trotzdem nicht wieder eingestellt, im Gegenteil, er hatte in das Abgangszeugnis des Arbeiters geschrieben, die Entlassung sei erfolgt wegen eines von dem Arbeiter verschuldeten Unfalles. Der Arbeiter hatte infolgedessen vier Wochen lang nicht einmal Arbeitslosenunterstützung erhalten und war fünf Monate arbeitslos geblieben. Das Landesarbeitsgericht erklärte nun in seiner Entscheidung, es liege keine vorschriftsmäßige Bedienung des Hammer vor, wenn der Arbeiter den Sicherheitshebel nicht umgelegt habe beim Festklemmen des sog. „Falldären“, denn er habe das so gelernt, und die Arbeiter, denen er unterstellt gewesen sei, hätten das lange Zeit hindurch stillschweigend geduldet. Da der Unternehmer keinerlei Gesichtspunkte geltend gemacht habe, aus denen ersichtlich wäre, daß die Verhältnisse des Betriebes in wirtschaftlicher, technischer oder organisatorischer Hinsicht die Kündigung angezeigt erscheinen ließen, so sei mit Recht Einspruch gegen die Kündigung erhoben worden. Das Gericht verurteilte dementsprechend den Unternehmer für den Fall, daß die Weiterbeschäftigung des Arbeiters abgelehnt werde, gemäß § 87 BVB zur Zahlung der dort vorgesehenen Entschädigung.

Zusammenrechnung der Beschäftigungszeiten

Kündigungsschutz für Angestellte (J. R.) Das Gesetz vom 9. Juni 1926 über die Fristen für die Kündigung der Angestellten ist in seiner Auslegung schon heute eines der meist umstrittenen Gesetze. Der § 2 des Gesetzes bestimmt: Ein Arbeitgeber, der in der Regel mehr als zwei Angestellte, ausschließlich der Lehrlinge, beschäftigt, darf einem Angestellten, den er oder — im Falle einer Rechtsnachfolge — er und seine Rechts-

vorgänger mindestens 5 Jahre beschäftigt haben, nur mit mindestens drei Monaten Frist für den Schluss eines Kalendervierteljahres kündigen. Die Kündigungsfrist erhöht sich nach einer Beschäftigungsdauer von 8 Jahren auf 4 Monate, nach einer Beschäftigungsdauer von 10 Jahren auf 5 Monate und nach einer Beschäftigungsdauer von 12 Jahren auf 6 Monate. Bei der Berechnung der Beschäftigungsdauer werden Dienstjahre, die vor Vollendung des 26. Lebensjahres liegen, nicht berücksichtigt. In der Rechtsprechung bestehen nun darüber, ob es rechtlich zulässig sei, zeitlich auseinanderliegende Beschäftigungen zusammenzurechnen, drei verschiedene Meinungen. Das Reichsarbeitsgericht hat mit einem Urteil vom 17. November 1927 diesem Streit ein Ende gemacht.

Dem Urteil lag folgender Sachverhalt zugrunde: Der Kläger war bei der beklagten Firma seit 1907 bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1914 beschäftigt gewesen; nach Beendigung des Krieges hatte er sich zwar sofort wieder bei der Firma gemeldet, konnte aber zunächst nicht wieder eingestellt werden. Erst Mitte Oktober bot sich dazu Gelegenheit. Der Kläger blieb dann bei der Firma bis zum 30. April 1927. Für diesen Termin war ihm von der Firma gekündigt worden. Der Kläger verließ sich demgegenüber auf die Schutzbestimmung des § 2 und verlangte sein Gehalt für Mai und Juni. Das Landesarbeitsgericht Hamburg und das Reichsarbeitsgericht erkannten zu seinen Gunsten. Nach der Meinung des Reichsarbeitsgerichts hat das Gesetz die Entscheidung über die Frage, ob eine Zusammenrechnung der einzelnen, getrennten Beschäftigungszeiten zulässig ist oder nicht, der Wissenschaft und der Rechtsprechung überlassen wollen, und es müsse diese Frage in jedem einzelnen Falle nach Lage der besonderen Umstände nach den Grundsätzen von Treu und Glauben entschieden werden. Im vorliegenden Falle sei die Unterbrechung der Beschäftigung des Klägers dadurch verursacht worden, daß er zum Heere eingezogen worden sei; nach der Beendigung des Krieges sei die Firma nach den Vorschriften über die Wiedereinstellung der Heerespflichtigen sogar verpflichtet gewesen, den Kläger wieder bei sich aufzunehmen. Wenn sie das nicht gemacht habe, so verstoße es auf jeden Fall gegen Treu und Glauben, wenn sie ihm nunmehr die durch ihre eigene Pflichtwidrigkeit verursachte Unterbrechung seiner Beschäftigungszeit bei ihr entgegenhalte, um ihn um einen weitgehenden Gehalt des Gesetzes zu bringen. Die Zusammenrechnung der Beschäftigungszeiten sei ganz allgemein dann zulässig, wenn ein gewisser innerer Zusammenhang der verschiedenen Beschäftigungszeiten vorliege.

Entlassung wegen „fiederlichen Lebenswandels“

(J. R.) Der § 123 Abs. 1 der Gewerbeordnung bestimmt unter Ziffer 2, daß gewerbliche Gesellen und Gehilfen vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung entlassen werden können, wenn sie sich eines Diebstahls, einer Entwendung, einer Unterschlagung, eines Betruges oder eines „fiederlichen Lebenswandels“ schuldig machen. Das Landesarbeitsgericht in Wismar hat nun in einer Entscheidung vom 10. Oktober 1927 (veröffentlicht in der Juristischen Rundschau 1927, S. 1308 Nr. 2022) mit Recht ausgeführt, daß von einem „fiederlichen Lebenswandel“ im Sinne dieser Bestimmung nicht schon dann gesprochen werden könne, wenn der betreffende Geselle oder Lehrling sich einmal eine Verfehlung zuschulden kommen lasse. Es müsse vielmehr eine allgemeine Neigung zu einem sittenwidrigen, fiederlichen Leben sichtbar sein.

Sie muß als Reichsteuer auf der Grundfläche der Bodenmenschen erhoben werden. Der Teil des Aufkommens, der für den Wohnungsbau Verwendung findet, ist auf mindestens 10 Jahre gesetzlich festzulegen. Die notwendige Ermäßigung des Teiles der Steuer, der für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet wird, muß mit einer gleichzeitigen und entsprechenden Senkung der gesetzlichen Miete verbunden sein; keinesfalls darf ein Abbau zu Gunsten des Hausbesitzes erfolgen. Für die Wohnungen der Kriegsbeschädigten, Sozial- und Kleinrentner, Kinderreichen und Erwerbslosen sind Steuererlässe bzw. Steuerermäßigungen vorzusehen.

Rachitis und Kindersterben

In Magdeburg hat man an 30 850 Schulkindern, einem Jahrgangsmaterial, wie es in Deutschland für solche Untersuchungen noch nie erreicht wurde, Untersuchungen über Rachitis angestellt. Wenn diese umfangreichen Untersuchungen der Zeitschrift für orth. Chirurgie zufolge zu dem Ergebnis kamen, daß nur 20 bis 30 Prozent der Schulkinder frei von Rachitis waren, so beweist das: Schlagend die ungeheuren Gefahren, die das soziale Elend für das Kind bedeutet. Denn das soziale Elend ist die Ursache dieser erschreckenden Verbreitung der Rachitis. Darum stellen die Kinder des Proletariats den weitaus größten Teil von diesen Tausenden rachitischer Kinder.

Besonders furchtbar erscheint uns dieses Ergebnis aber, wenn die Wissenschaft nachgewiesen hat, daß die Rachitis nicht nur eine Knochen-, sondern auch eine Allgemeinerkrankung ist und daß sie von entscheidendem Einfluß auf die hohe Sterblichkeit der Infektionskrankheiten, besonders der Masern, des Keuchhustens und der Lungenerkrankungen ist, worauf Dr. R. Degtowig jetzt in der Deutschen med. Wochenschrift hinweist.

Gewiß hat man auf der anderen Seite die Heilwirkung der ultravioletten Strahlen gefunden: Ja, man weiß auch, daß sogar bestrahlte Nahrung eine antirachitische Wirkung hat. Dennoch: daß solche Hilfsmittel gesucht werden müssen, ist traurig. Erst die

Jugend groß werden lassen ohne Luft und ohne Licht in erbärmlichen, dichten, mannswohnungsvorstadt, und dann nachher: Antirachitisbestrahlung! Die große Heilquelle für den Menschen ist die Sonne, und wenn sie in die Wohnungen strahlt, dann sind die ultravioletten Strahlen nicht mehr nötig. Und die Sonne ist billiger.

So haben lehrreiche Vergleiche der Rachitisfälle mit den Wohnungsverhältnissen eine genaue Parallele zwischen Krankheit und Lichtmangel festgestellt. Auch in kleineren Städten, wie Graz, kam man zu diesem Ergebnis. Das Problem Wohnungsnot-Jugendnot ist das gleiche überall, in allen Städten, in großen und kleinen.

Aus dem gleichen Lichtbedürfnis heraus sind auch Spielplätze eine soziale, gesundheitliche Notwendigkeit. Hätte unsere Jugend draußen und drinnen Luft und Licht: nicht nur Tausende rachitischer Kinder wären gesund, sondern auch so viele Kinder, die an Masern, Keuchhusten oder Lungenerkrankung gestorben sind, hätten bei diesem bestimmenden Einfluß der Rachitis auf die Sterblichkeit an diesen Krankheiten ihr Leben behalten.

Wirft mit im Sprechchor!

Am 4. März soll für unsere Jugendwehrlinder das Jugendwehlspiel „Seid geweiht“, von Bruno Schenck, durch den Sprech- und Bewegungschor des BVB ausgeführt werden. Die bisherigen Mitglieder des Chors sowie junge und alte Genossen und Genossinnen, die sich dem Sprechchor noch anschließen wollen, um an der Aufführung teilzunehmen, werden gebeten, sich am Freitag, dem 13. Januar, 20 Uhr, in der Schule, Postfachstraße 4, zur ersten Probe einzufinden.

Der vorbereitende Ausschuss für die Jugendwehlschule. Arbeiter-Bildungs-Institut.

Bei einem Straßenbahnzusammenstoß verletzt

An der Kanlzersstraße stehen am Mittwochnachmittag zwei Straßenbahnwagen so festig zusammen, daß beide Wagen erheblich beschädigt wurden. Die Scheiben der Wagen gingen in Trümmer. Leider wurden durch Gasplitters ein Wagenführer, eine Dame und ein Kind nicht unerheblich verletzt. Wenn ein Verschulden bei dem Zusammenstoß trifft, konnte noch nicht ermittelt werden.

Gräßlicher Selbstmord

An der Bahnhöfstraße an der Diekmannstraße in Leipzig-Kleinbischdorf ließ sich der 23 Jahre alte Arbeiter Alfred R. von einem rangierenden Güterzug überfahren. Dem jungen Mann wurde der Kopf vom Rumpf abgetrennt. Grinde zu dem Selbstmord sind nicht bekannt.

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich am 11. Januar 1928 in der 18 Stunde in der Wintergartenstraße. Ein 19jähriges Mädchen W. wurde von einem Auto angefahren und zu Boden geworfen. Das junge Mädchen erlitt dabei so schwere innere Verletzungen, daß es dem Krankenhaus-St. Georg zugeführt werden mußte.

Jugendlicher Räuber. Am 8. Januar gegen 22.30 Uhr versuchte ein unbekannter junger etwa 12 bis 14 Jahre alter Schüler, der eine blaue Schirmmütze und kurze Hosen trug, in der Mozartstraße einer Frau die Handtasche zu entreißen. Es gelang ihm nicht. Er ergriff hierauf sofort die Flucht und verschwand in der Richtung nach dem Gewandhaus. Eine weitere Beschreibung kann von ihm nicht gegeben werden. Zu seiner Ermittlung dienliche Angaben erbittet das Kriminalamt.

Arbeiterwohlfahrtskassen. Die Ausgabe der Gewinne im Werte von 2 und 3 Mark erfolgt täglich von 9 bis 18 Uhr im Sekretariat, Tauchaer Straße 19/21, Zimmer 2. Gewinnlisten sind in den Zeitungsfilialen der BVB zum Preise von 10 Pfennig erhältlich.

Sonder-Vorstellung für unsere Leser

Sonnabend, den 14. Januar nachmittags 3 1/2 Uhr im Krystall-Palast-Varieté die „Drei Fratellinis“ und das andere vollständige Abendprogramm

Die Eintrittspreise für diese Vorstellung sind wesentlich niedriger als die der allgemeinen Nachmittagsvorstellungen. Eintrittspreis: 1.50 M., 1 M. und 50 Pfennig. Eintrittskarten zu obigen Eintrittspreisen sind täglich von 11 bis 2 Uhr und von 8 Uhr nachmittags an der Varieté-Kasse gegen Voreinzahlung der Abonnementquittung zu haben.

Jahresanfang im Stadtparlament

Genosse Dr. Hübler einstimmig als Vorsteher gewählt

Zwei Neujahrsreden

Die Stadtverordneten begannen gestern mit ihren Arbeiten im neuen Jahr und nahmen die in der Gemeindeordnung alljährlich vorgesehene Neuwahl des Stadtverordnetenpräsidiums vor. Als Vorsteher wurde einstimmig Genosse Dr. Hübler wiedergewählt. Vor der Wahl des ersten Vizevorstehers gab der Kommunist Schneller eine längere Erklärung ab, die man vorher bereits im Kommunistenblatt lesen konnte und die die Besetzung des Stadtverordnetenpräsidiums durch Sozialdemokraten und Kommunisten verlangte. Ein Verlangen, das von der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt wurde, da es gegen jeden parlamentarischen Brauch verstößt. Als erster Vizevorsteher wurde entsprechend der Fraktionsstärke der Wirtschaftspolitische Enke und als zweiter Vizevorsteher der Kommunist Herrmann gewählt. Die Fraktionsplitter der Mitte, einschließlich des Nationalsozialisten, glaubten durch Bildung einer „Wahlgemeinschaft“ den zweiten Vizevorsteherposten ergattern zu können, was aber durch die Linke vereitelt wurde.

Zu Beginn der Sitzung hielt Genosse Dr. Hübler als Vorsteher des alten Kollegiums eine Rede, die eine Rückschau auf die Tätigkeit des Kollegiums im verfloßenen Jahre bot und eine Reihe Fragen berührte, an denen die Gemeinden stark interessiert sind. An der Spitze seiner Ausführungen gedachte der Vorsteher der Erwerbslosen und wies, gestützt auf Zahlenmaterial, nach, wie groß der Kreis der von der Erwerbslosigkeit im letzten Jahre Betroffenen in Leipzig ist, zeigte aber auch, welche Mittel von der Stadt zur Unterbringung aufgebracht worden sind. Der Vorsteher schlug auch das Thema „Einheitsstaat“ an und hob hervor, daß dieses Problem in engem Zusammenhang mit der Verwaltungsreform stehe, die den Gemeinden keine Beschränkung in ihrer Selbstverwaltung bringen dürfe. In scharf pointierter Rede wandte sich der Vorsteher insbesondere gegen die Angriffe, die von führenden Kreisen der kapitalistischen Wirtschaft gegen die Gemeinden wegen ihrer angeblichen Verschwendungssucht erhoben werden. Auch dem Rat wurde nichts geschenkt, der im letzten Jahre wieder viele Einsprüche gegen Stadtverordnetenbeschlüsse erhob und infolge seiner geradezu krankhaften Hastfertigkeit das Zusammenarbeiten mit dem Stadtverordnetenkollegium erschwert hat. Aus der Selbstherrlichkeit des Leipziger Rates gegenüber dem Stadtparlament geht die zwingende Notwendigkeit hervor, die Gemeindeordnung in dem Sinne umzugestalten, daß der Rat nur noch die ausführende Körperschaft der Beschlüsse der Gemeindeverordnetenversammlung ist.

Während der Rede des Genossen Hübler hielt es Herr Lieberich für angebracht, eine Menge oft sehr deplacierter Zwischenrufe zu machen. Obwohl das Leipziger Kommunistentoberhaupt nur die Hälfte der Hübler'schen Rede sich anhörte, machte es nicht weniger als über ein Duzend Zwischenrufe. Zu guter Letzt glaubte Herr Lieberich sein revolutionäres Gewissen gegenüber der einstimmigen Wiederwahl Hübler's als Stadtverordnetenvorsteher — die Kommunisten hatten mit fünf unferen Genossen gestimmt — dadurch zu salbieren, daß er erklärte, der neugewählte Vorsteher besäße nicht das Vertrauen der Kommunisten. Sie hätten ihn nur gewählt, um den Arbeitern einen Anschauungsunterricht zu geben. Jeder denkende Arbeiter lacht über solches gequälte Kommunistentergerebe.

Allgemein wurde die Neujahrsrede des Oberbürgermeisters mit einer gewissen Spannung erwartet, nachdem er in der ersten Sitzung des vergangenen Jahres den bekannten Zukunftsritt gegen die Volksschule unternommen hatte, von dem er angepöbelte zurückkehrte. Die Abstrafung, die sich an seine vorherige Neujahrsrede im Kollegium und auch in der Öffentlichkeit angeschlossen, scheint auf den Ober etwas erzieherisch gewirkt zu haben, denn er bemühte sich in seiner gestrigen Rede peinlichst, keine Angriffsfläche zu bieten. Gegenüber den kritischen Bemerkungen des Genossen Hübler in bezug auf die vielen Einsprüche des Rates und das von diesem sonst erschwerte Arbeiten der Stadtverordneten zog sich der Oberbürgermeister auf die Wangentaktik zurück, indem er dazu zu gut wie nichts sagte. Man kann wohl daraus schließen, daß auch im neuen Jahre der Rat mit seinem Oberhaupt sich gegen die Beschlüsse der Stadtverordnetenmehrheit, und seien es auch die unbedeutendsten, wenden wird, wenn sie dem bürgerlichen und Ratsinteresse zuwiderlaufen. Unterscheiden kann man, wenn der Oberbürgermeister meint, daß im Schulwesen mehr Verantwortung in die unteren Instanzen gelegt werden müsse. Ist das aber die eigentliche Meinung des Herrn Dr. Rothe, dann müßte er es z. B. bei der Zusammenfassung der gemischten Ausschüsse begrüßen, wenn Stadtverordnete und Vertreter der Bürgerschaft in den Ausschüssen in der Mehrheit vertreten wären. Doch der Ober besteht auf der partizipativen Zusammenfassung der Ausschüsse, will dem Rat das gleiche Vertretungsrecht sichern, und meint wohl, unter der Verantwortung der unteren Instanzen das Ratskollegium.

Nach der Neujahrsrede des Oberbürgermeisters zu urteilen, wird auch im neuen Jahre der Rat gegenüber den Stadtverordneten den selbstherrlichen Vormund spielen, und wo ihm dieses nicht gefällt, wird er die Gemeindefammar anrufen, die in ihrer Zusammenfassung in den allermeisten Fällen den Ratswünschen Rechnung tragen dürfte. So wird sehr oft das Verhältnis zwischen Stadtverordnetenmehrheit und Rat auch im neuen Jahre auf Rampe gestellt sein, daran kann auch nichts ändern, wenn Herr Dr. Rothe gestern davon sprach, sachlich zu bleiben.

Die Eröffnung der ersten Sitzung der Stadtverordneten im neuen Jahre erfolgte durch eine

Rede des Vorstehers, Genossen Dr. Hübler

Er entbot den Mitgliedern des Stadtverordnetenkollegiums und des Rates Neujahrsgrüße und führte u. a. aus:

An erster Stelle haben wir daran zu denken, die von dem Angländer der Erwerbslosigkeit betroffen worden sind, deren Anzahl als ein wesentliches Indiz für die allgemeine Geschäftslage betrachtet wird. Arbeitsuchende waren beim Deutschen Arbeitsnachweis gemeldet Ende Dezember 1928 38.820, 1927 22.972. Unterstützte Wollwerkslose (Hauptunterstützungsempfänger ohne Familienangehörige) gab es Ende Dezember 1928 24.871, 1927 14.810. Arbeitslosenempfänger: Ende Dezember 1928 2164, 1927 4128. Aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge bzw. Arbeitslosenversicherung wurden gezahlt vom Januar bis mit Ende Dezember 1928: zusammen 17.705 231 RM — 1927: 13.856.825 RM. Das Fürsorgeamt hat in offener Pflege unterstützt Ende 1928 15.840 Parteien = 23.596 Personen, Ende 1927 13.785 Parteien = 22.091 Personen.

In Unterstützungen wurden in offener Fürsorge gezahlt 1928 rund 10.200.000 RM, 1927 9.838.050 RM.

Auf politischem Gebiet kann das verfloßene Jahr nicht als ein Jahr erfüllter Hoffnungen, sondern als ein Jahr der Vorbereitungen bezeichnet werden. Wenn es den Bemühungen der Reichsregierung noch immer nicht gelungen ist, die Aufhebung der Befehls zur Erziehung, die europäischen Staaten außen- und innenpolitisch in eine Westverfassung bringt, die den Gedanken des wirklichen Friedens und der Völkerverständigung der Verwirklichung näherzubringen geeignet ist.

Den echnigsten Finanzausgleich hat das Jahr 1927 nicht gebracht und es wird ihn auch das Jahr 1928 nicht bringen. Eine

Lösung des Finanzausgleichsproblems

erscheint kaum denkbar ohne die gleichzeitige Durchführung der Verwaltungsreform. Die deutschen Städte, die an der Frage der Verwaltungsreform das größte Interesse haben, weil sie durch den jetzigen Zustand am schwersten bedrückt werden, stehen in dieser Frage in erster Reihe. Hierbei mußten notwendigerweise in erster Linie die besonderen Interessen unserer Stadt und die Frage des wirtschaftlichen Zusammenhanges von Mitteldeutschland zur Sprache kommen. Nezu einmütig hat sich Stadtverordnetenkollegium wie Rat im Sinne eines Ausschusses des Leipziger Wirtschaftsgebietes an Mitteldeutschland ausgesprochen, und mit Mehrheit hat man ein mehr oder minder entschiedenes Bekenntnis zum Einheitsstaate abgelegt. Allerdings nicht zum Einheitsstaate in dem Sinne, daß das Reich die Kompetenzen der Städte an sich zieht und die Selbstverwaltung der Städte durch eine zentralistische Bürokratie erstickt, sondern im Sinne einer Dezentralisation und Kräftigung der Selbstverwaltung. Das Ziel muß sein, daß das Reich einheitliche Grundsätze für die Verwaltung aufstellt, die Verwaltung selbst aber von den demokratisch organisierten Selbstverwaltungskörpern geführt wird.

Errichtung staatlicher Zentralbehörden, die den Rahmen aller öffentlichen Tätigkeit schaffen, die Exekutive selbst aber den in den Gemeinden und Gemeindeverbänden vereinigten Staatsbürgern überlassen.

In der städtischen Verwaltung und den An gelegenheiten des Kollegiums fällt in die Augen, je länger man die Wirkung der durch die Novelle vom 15. Juni 1926 geänderten Gemeindeordnung in der Praxis beobachtet, wie schwerfällig und umständlich die Geschäfte sich abwickeln. Es drängt sich die Überzeugung auf, daß die Körperkassenverfassung mit ihren beiden selbständig nebeneinanderarbeitenden Körperschaften, Rat und Stadtverordnetenkollegium, zahlreiche Doppelarbeit, Verzögerungen und Reibungen herbeizuführen geeignet ist. Obwohl die Gemeindeordnung in § 80 noch den Rat enthält, der Gemeindevertretung ist ausführendes Organ der Gemeindeverordneten. So ist doch dieser Satz durch die Bestimmungen in § 34 über die Notwendigkeit der Zustimmung des Rates zu Ortsangelegenheiten und den Haushaltplan betreffenden Beschlüssen und weiter durch das Einspruchsrecht des Rates nach § 85 und 86 so ausgefüllt,

daß der Rat sich als gleichberechtigte selbständige Körperschaft neben dem Stadtverordnetenkollegium fühlt. Der Rat ist durch das Gesetz nicht genügend, sich in seiner kommunalpolitischen Gesamthaltung der Meinung der Mehrheit in unserem Hause anzupassen. Er tut dies nicht gegenüber dem jetzigen Kollegium.

Zu sachlichen Konflikten führte die Neujahrsrede des Oberbürgermeisters, die zum Hauptthema die Leistungen der seit der Revolution im Fluße einer neuen Entwicklung begriffenen Säulen hatte. Die Gegensätzlichkeit zwischen der Auffassung des Rates und des Stadtverordnetenkollegiums hat sich insbesondere auch bei der Frage der gemischten Ausschüsse ausgewirkt, so beim Theaterausgleich und dem Ausschuh für Dienstraffachen. Die Differenz der Meinungen liegt darin, daß der Rat auf einer partizipativen Zusammenfassung der gemischten Ausschüsse besteht. Es läßt sich un schwer voraussetzen, daß die Stadtverordneten zur Aufgabe ihrer Kompetenzen durch Einsetzung weiterer gemischter Ausschüsse keine Neigung haben werden.

Das Kollegium hat erhebliche Arbeit geleistet, wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht. Eine Erhöhung der Fürsorge für die unteren Instanzen erreicht werden, daß der Rat für kleine Bedürfnisse von 80 Pfg. auf eine Mark erhöht wurde. Im übrigen schwebt wegen des weitergehenden Antrags der Stadtverordneten ein Einigungsverfahren.

Wegen der für die Ernährung der Stadt so bedeutsamen Errichtung eines Milchhofes sind übereinstimmende Beschlüsse über die Bildung einer M.G. und deren Modalitäten gefaßt worden.

Was den so überaus wichtigen Wohnungsbau anlangt, so können die Leipziger Verhältnisse nicht als günstig bezeichnet werden, da nach amtlichen Berechnungen in Leipzig noch rund 17.000 Wohnungen fehlen, wozu der jährlich hinzuwachsende Bedarf von 2000 Wohnungen kommt. In den Jahren 1918 bis 1926 sind insgesamt ganz oder zum Teil mit öffentlichen Mitteln 4763 Wohnungen neu erstellt worden. Die Zahl der 1927 unter Verwendung öffentlicher Mittel hergestellten Wohnungen beträgt rund 2500.

Aufgewendet hat die Stadt seit 1924 für eigenen Wohnungsbau rund 9 Millionen Mark aus Stammvermögen, außerdem hat sie Bauland im Werte von 5,3 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Für das neue Baujahr sind aus Mitteln der Aufwertungssteuer 1,3 Millionen Mark für städtische Wohnungen zurückgestellt.

Eine besondere Hervorhebung verdient die Neuregelung, die die Behandlung des Haushaltsplans im abgelaufenen Jahre erfahren hat, der in den Sitzungen des Plenums am 15. 17. und 20. Juni erledigt wurde. Freilich ist die Hoffnung, daß der Rat mit der Einlegung von Einsprüchen möglichst sparsam sein werde, nicht ganz in Erfüllung gegangen. Der Rat hat gegen 31 Beschlüsse zum Haushaltsplan vorsorglich Einsprüche erhoben.

In einem Punkte wird die Mehrheit des Hauses wie auch der Rat einig sein, daß sind die

Angriffe auf die Finanzgebarung der Gemeinden

und insbesondere der Stadt Leipzig. Allerdings ist es der Stadt gelungen, ihren Vermögensstand während der Infation aufrecht zu erhalten und einiges an Vermögen zu erwerben. Die Finanzlage einer Stadt beurteilt sich nicht allein nach ihrem Vermögensstand, sondern nach ihren Einnahmen und Ausgaben. Bezüglich der Einnahmen haben die Gemeinden den dringenden Wunsch, durch den Finanzausgleich Gewißheit über ihre Einnahmen zu erhalten. Was die Ausgaben anlangt, so müssen die wiederholten Vorwürfe über das Finanzgebahren der Städte die entschiedenste Zurückweisung erfahren.

Es kann nicht Unbilligeres geben, als das Reden über die sogenannte Verschwendung der Städte. Mit einer Auffassung, die selbst Schwimmbäder, Bädnerkassen, Sportplätze, Parklandschaften für Luxusausgaben erklärt, können wir nicht rechten. Alle Ausgaben, die der Gesundheit unseres Volkes, seiner Erziehung zum Gemeinwohl, seiner Befreiung aus den engen und schlechten Wohnungen heraus dienen, sind, richtig verstanden, produktive Ausgaben.

Denen, die bei jeder Gelegenheit die ungeheuren Ausgaben der Städte im Munde führen, muß immer wieder vorgehalten werden, daß nach den sehr sorgfältigen Berechnungen der Deutscher Städtevereine von 1926 von allen Ausgaben, die eine Großstadt zu machen hat, etwa 80 Prozent den Städten durch Reichs- und Landesgesetze zwingend vorgeschrieben sind. Von den verbleibenden 20 Prozent entfallen weiter auf unvermeidbare Ausgaben, wie Straßenreinigung, Straßenbau, Beleuchtung, Erhaltung von Gebäuden usw. mindestens 10 Prozent, so daß nur ein Spielraum von höchstens 10 Prozent bleibt, innerhalb dessen die Städte Luxus treiben und Sprünge machen könnten. Es ist schon eine nicht unbedenk-

liche Erscheinung, daß von den Ausgaben einer Stadt über 80 Prozent ihr in Gesetzen vorgeschrieben sind, auf die sie keinen Einfluß hat. Es bedeutet das ohne Frage eine Einengung der Selbstverwaltung und eine Herabminderung des Verantwortungsgefühls innerhalb der gemeindlichen Körperschaften. Nicht zu ertragen aber wäre es, wenn auch noch die verbleibenden 20 Prozent durch Reglementieren von außen der Selbstverwaltung entzogen und den Städten die Möglichkeit genommen würde, wenigstens innerhalb dieses Spielraumes ihren wichtigen sozialen und kulturellen Aufgaben gerecht zu werden. Für dieses Ziel zu arbeiten und uns einzusetzen, dürfen wir auch im kommenden Jahre nicht nachlassen.

Wahl des Präsidiums

Nach der Rede des Genossen Dr. Hübler übernimmt das lebensälteste Mitglied des Kollegiums, der Aufwarter Dr. Roach, den Vorsitz, damit die Wahl des Präsidiums erfolgen kann.

Genosse Dr. Hübler wird einstimmig durch Zuruf als Stadtverordnetenvorsteher wiedergewählt.

Vorher gibt der Kommunist Schneller eine Erklärung ab, in der er wider jede parlamentarische Gepflogenheit die Besetzung des Stadtverordnetenpräsidiums aus Sozialdemokraten und Kommunisten verlangt. Genosse Hübler übernimmt den Vorsitz, damit für das ihm durch die Wiederwahl bewiesene Vertrauen und erklart, bemüht zu sein, die Geschäfte unparteiisch zu führen. Auch ihm könnten Irrungen und Fehler unterlaufen. Mit der Wahl hätten die Stadtverordneten ihm zwar das Vertrauen, aber nicht die Gaben der Unschiefbarkeit geschenkt.

Als erster Vizevorsteher wird der Wirtschaftspolitische Enke und von den Kommunisten Herrmann vorgeschlagen. Von den 78 abgegebenen Stimmzetteln entfielen 68 auf Enke und 10 auf den kommunistischen Vorschlag. Enke ist als erster Vizevorsteher gewählt.

Als zweiter Vizevorsteher wird der Kommunist Herrmann und von der sogenannten Wahlgemeinschaft der Mitte, in der sich die Aufwarter, Wirtschaftsparteiler, Demokraten, der Nationalsozialist und der „Mittelsozialist“ zusammengeschlossen haben, Dr. Wallner vorgeschlagen. Der Kommunist Herrmann erhält 41 und Wallner 22 Stimmen. 10 Zettel sind weiß. Herrmann ist als zweiter Vizevorsteher gewählt.

Nach der Präsidiumwahl folgt eine

Rede des Oberbürgermeisters

Nach dem üblichen Wünscheustausch führte der Ober etwa aus: Wir sind uns darüber einig, daß die Gemeindeordnung durch die Stellung der beiden Körperschaften zueinander gewisse Reibungsflächen geschaffen hat. Der Rat als eine neben dem Kollegium bestehende Körperschaft glaubt oft, Beschlüsse der Stadtverordneten anzusehen zu müssen. Der Vorsteher hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die letzten Monate von Ruhen erfüllt waren, wie ist die Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden zu vereinfachen. Auf die unteren Instanzen muß mehr Verantwortung gelegt werden, um die höheren Instanzen zu entlasten. Und das betrifft hauptsächlich unser Schulwesen. Langsamte Verordnungen des Ministeriums gehen ein, die der Dezentral ohne weiteres selbständig erledigen könnte. Für die Gemeinden kommen ja nur dann Verwaltungsvereinfachungen in Frage, wenn der ihnen zugewiesene Aufgabenkreis verkleinert, mindestens nicht vergrößert wird.

Die zweite Frage, auf die ich eingehen möchte, ist die Finanzprobleme. Wir dürfen mit Stolz sagen, daß wir bisher im Gegensatz zu anderen Städten mit einer einzigen Auslandsanleihe von 20 Millionen Mark auskommen sind und wir seit der Revolution stets über ein geordnetes Finanzwesen verfügten. Wir dürfen weiter für unsere Sparfasse ein erfreuliches Fortschreiten verzeichnen. Wir sind Ende dieses Jahres an 80 Millionen Sparanlagen herangekommen. Geordnete Finanzverhältnisse wird es auch im neuen Jahre noch nicht geben, da der Finanzausgleich am 1. April 1929 zustandekommen soll. Wir sind also auf dieselbe Grundlage wie bisher angewiesen, obwohl wir infolge der Befolungsreform zwangswiese mehr Ausgaben haben. Die Balancierung des Etats dürfte demnach große Schwierigkeiten bieten. Es muß den Städten die Möglichkeit gegeben werden, die Mittel für die Befolungsreform flüssig zu machen. Wir sind im Städtetag der Meinung, daß es zu einer besseren Ausnutzung der Geiräntesteuer kommen muß. Wir sind uns bewußt, daß Deutschland den anderen Ländern in der Höhe der Getränkesteuer wesentlich zurückbleibt. Das Braunkapital wird sich wehren, aber es kann die Belastung tragen.

Der Übergang des Arbeitsnachweises am 1. Oktober an das Reich ist einer der notwendigen Schritte, um weitere Aufgaben der Gemeinden dem Reiche zuzuwenden. Dieser wichtige Aufgabenkreis ist von den deutschen Städten durchgeführt und aus kleinsten Anfängen aufgebaut worden. Die Reichsanstalt übernimmt hier Einrichtungen, die als gut zu bezeichnen sind. Wenn die Übernahme aber auch schon erfolgt ist, so müssen wir betonen, daß sie vollständig geschieht. Den Gemeinden dürfen nicht kleine restliche Aufgaben auf diesem Gebiete überlassen bleiben. Diese Angelegenheit muß gleich ershöpsend geregelt werden.

Reorganisation der Stadtbank

Zu einem Nachtrag zur Sitzung der Stadtbank hatten die Stadtverordneten beschloßen, daß der Verwaltungsrat aus zwei Ratsmitgliedern und fünf Stadtverordneten sich zusammensetzen soll. Der Rat verlangte partizipative Zusammenfassung und hat Einspruch erhoben. Die Ausschüsse beantragen, auf dem Beschluß stehen zu bleiben.

Genosse Bauer führte aus, daß die Stadtverordneten beschloßen hatten, der Verwaltungsrat solle sich aus drei Ratsmitgliedern und fünf Stadtverordneten zusammensetzen. Die Frage der Zusammenfassung des Verwaltungsrates sei wichtig. Die Stadtverordneten geben wichtige Kompetenzen an den Verwaltungsrat und hier kann der Rat Entgegenkommen zeigen, um das Vertrauensverhältnis zu den Stadtverordneten zu fördern, zumal das Kollegium auf wichtige Rechte verzichtet. Genosse Bauer stellte nun folgenden Antrag:

„In die Stadtbankfassung und Sparsassenordnung ist an geeigneter Stelle folgende Bestimmung aufzunehmen:

Die Mitglieder des Rates und der Stadtverordneten im Verwaltungsrat der Stadtbank und die Direktoren und Angestellten der Stadtbank sowie Beamte, die bei der Stadtbank Dienst tun, haben Kantienem, Aufwendungsentschädigungen und sonstige Vergütungen für ihre Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglieder von Gesellschaften, an denen die Stadtbank dauernd oder vorübergehend beteiligt ist und in deren Aufsichtsrat die genannten Personen mit Aussicht auf ihr Amt oder Ehrenamt gewählt werden sind, an die Stadtbank abzuführen. Die Vereinnahmung hat auf einen besonderen Titel zu erfolgen und ist beim Jahresabschluss besonders auszuweisen.

Es bleibt dem einzelnen Aufsichtsratsmitglied überlassen, die ihm entstandenenbaren Auslagen bei der Stadtbank zu liquidieren. Soweit nötig, ist die Durchführung dieses Beschlusses durch Veränderung der Dienstverträge, unterzeichnetliche Anerkennung vor der Wahl u. a. sicherzustellen.“

Der Kommunist Ludwig unterstützte den sozialdemokratischen Antrag. Der Wirtschaftspolitische Komitee wollte den Abschlußtag

Wo ruft die Pflicht?

Kulturpolitischer Machtkampf

darüber spricht in öffentlicher Versammlung
Donnerstag, den 19. Januar 1928, 20 Uhr im
Central-Theater

Genossin Prof. Anna Siemsen, Rena

Funktionäre.

Großhändler. Sonnabend, den 14. Januar, 19 Uhr, sämtliche Funktionäre Sitzung in der Bibliothek. Die bisherigen Jugendfürsorgepfleger sind hiermit ebenfalls eingeladen.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Aben 1. Donnerstag, 17 Uhr, Heimabend für alle Kinder.

1927.

Sprechchor. Am Freitag, 19.20 Uhr, Probe zur Partysfeier in der 1. Volksschule, Pestalozzistraße. Alle Mitglieder des Sprechchors müssen erscheinen.

Mitglieder-Beratschungen

Zwenkau. Morgen Freitag, 20 Uhr, in der Sommerlust Jahresgeneralversammlung. Genosse Grunert, Leipzig, wird über Erwerbslosenfürsorge sprechen.

für die Stadtbank nicht gestoren lassen. Es kämen eben im Bankgewerbe Zeiten, wo bis zu 18 Stunden gearbeitet werden müßte. Der Aufwarter Wallner rüchelte mit mehreren Agitationsanträgen heraus.

Genosse Bauer mußte dem Aufwarter Wallner Leichtfertigkeit gegen über den Sparern vorwerfen. Wallner sei vier bis fünf Wochen bereits im Besitze der Vorlage. Wenn er heute pflöcklich mit Abänderungsanträgen hervortrete, so könne man deren Tragweite nicht übersehen. Deshalb sind die Sozialdemokraten nicht in der Lage, zuzustimmen.

Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen sämtliche bürgerlichen Stimmen angenommen; die Vträge Wallners gegen die Stimmen der Aufwarter im Verein mit denen der Kommunisten abgelehnt. Angenommen werden die Antragsanträge.

Das Bürgerium gegen die Erwerbslosen

Gegen den vom Kollegium angenommenen Antrag Freitag, den letzten Erwerbslosen bis zur 4. Lohnklasse und den verheirateten bis zur 8. Lohnklasse 10 Mark und für jeden Angehörigen 4 Mark einmalige Unterstützung zu zahlen, hatte der Rat Einspruch erhoben. Genosse Freitag wandte sich gegen das Bestreben des Bürgeriums, den Antrag des Ausschusses zu Falle zu bringen, bei dem gefahnen Bestreben zu bleiben. Die Unwissenheit des Bürgeriums, die Bedürftigkeit bei Deuten noch zu prüfen, deren Unterstützung noch unter dem Fürsorgebedarfsfall liegt, beleuchtete unser Redner an dem Beispiel eines Ehepaars, das in Lohnklasse 4 10,92 Mark Unterstützung bekommt, während die Fürsorge allein 11 Mark für Nahrungsmittelkosten für notwendig hält! Genosse Freitag sagte den bürgerlichen Fraktionen unverblümt, daß die Ablehnung des Antrages nur beweisen würde, daß sie nur dann etwas für die Erwerbslosen übrig haben, wenn sie in Massen auf der Straße stehen, und Tumulte und Unruhen zu befürchten sind. Ein Versuch Dr. Kunath's, die Darlegungen unseres Genossen zu entkräften, bot diesem neue Gelegenheit, an weiteren Beispielen die Richtigkeit seiner Behauptungen zu beweisen.

Da suchte der deutschnationale Handlungsgeschäftsmannretreter Krüger II die Situation mit der Behauptung zu retten, daß die

viele Erwerbslose hätten noch ein schönes Neben-einkommen, deshalb sei diese einmalige Unterstützung ohne besondere Prüfung der Bedürftigkeit unmöglich! Dafür erhielt er von dem Kommunisten Herrmann eine gründliche Abfuhr. Diese Ablehnung hindeute aber die Wirtschaftspolitischen nicht, ihre Arbeiterfeindschaft durch Ablehnung des Antrages zu dokumentieren. Die Mehrheit nahm ihn jedoch an und lehnte zugleich einen Einigungsanspruch ein, damit die Einigungsverhandlungen mit dem Räte geführt werden können. Erfolgt dabei keine Einigung, so hat die Gemeindekammer das letzte Wort zu sprechen.

Spiele, Sport, Körperpflege

Herr Ober, treiben Sie Sport?

Von Dr. Schröder, Breslau.

Eine verhängliche, aber durchaus berechtigte Frage. Es ist für jeden, der sich die Mühe nimmt, über die Arbeitsweise des Bedienungspersonals der Gasthäuser und Hotels nachzudenken, ohne weiteres einleuchtend, daß die Angestellten aller Zweige des Gastwirts- und Kaffeehausgewerbes und verwandter Betriebe in besonderem Maße schwersten Gefahren körperlicher, geistiger und seelischer Art ausgesetzt sind.

Wie soll sich nun der Arbeitersport dazu stellen?

Meines Erachtens haben die Organisationen des Arbeitersports aller Länder die stillschweigende Pflicht, den Angehörigen dieser Berufsgruppen Hilfe zu bringen gegen die für sie besonders große Gefahr der beruflichen Schädigung. Denn die gesamten Angestellten dieser Berufe gehören den proletarischen Klassen an, um so mehr, als auch heute der Mittelstand mehr und mehr vorproletarisert. Bringen wir also Hilfe durch die Ermöglichung der Betätigung in den Leibesübungen im Rahmen der Arbeitersportorganisationen.

Jedoch besteht ein starkes technisches Hindernis für die praktische Durchführung dieses Gedankens; die Eigenart dieses Berufes fesselt die Gasthausangestellten gerade abends und dabei oft bis in die späte Nacht hinein an ihre Arbeitsstätte; auch der Sonntag ist meistens nur ein oder zweimal im Monat frei. Es müssen also besondere Gelegenheiten für die Ausübung von Leibesübungen geschaffen werden, und zwar müssen diese vormittags oder an den zeitigen Nachmittagen stattfinden. Hier kommt uns die sonst wenig erfreuliche Angelegenheit, die Arbeitslosigkeit zu Hilfe. Namentlich in größeren Städten dürften genügend Vorturner usw. aus den Arbeiterturnvereinen in der Lage sein, die erste Ausbildung zu übernehmen. Später dürften aus den so zu Arbeitersportgenossen gewordenen Sonderportgruppen genügend Vorturner und Funktionäre heranzubilden sein, so daß der Betrieb schließlich selbständig fortgeführt werden könnte. Welche Spezialportarten besonders zu empfehlen sind, müßte von den Sportärzten den total gegebenen Verhältnissen entsprechend entschieden werden.

Auf diese Weise können wir die proletarischen Volksgenossen dieser Berufsgruppen einbezogen in die große Bestrebung der proletarischen Körperkultur.

Sporthygiene

Wenn man die statistischen Berichte, die die Gesundheitsämter herausgeben, aufmerksam verfolgt, so muß man feststellen, daß die meisten Todesfälle auf Tuberkulose zurückzuführen sind. Das

bei ist die Jugend am meisten vertreten. Wie kommt das? Die Tuberkulose — gewöhnlich Schwindlust genannt — ist eine Proletarierkrankheit. Hervorgehoben wird diese Krankheit durch die Wohnungsnot. Es ist ohne weiteres klar, daß, wenn in einem Zimmer 6—8 Personen, manchmal auch mehr zusammenhaufen, durch solche Zustände der Seuche der Boden bereitet wird. In einem Raume mit sozial Menschen sind die Luftverhältnisse die denkbar schlechtesten.

Wie kann man mit Erfolg diese Seuche bekämpfen? Eines der besten Mittel heißt: Sport treiben! Wenn der Arbeiter acht Stunden lang in der dumpfen Fabrikluft geschuftet hat, muß er heraus aus den engen Verhältnissen, hinaus auf die Sportplätze und sich nach Herzlust tummeln.

Spiel und Sport ist von tief einschneidender Bedeutung für die gesunde Entwicklung eines Industrievolkes. Langsam, aber sicher dringt sich in der großen Masse die Erkenntnis Bahn, wie man durch vernünftig betriebenen Sport sich körperlich und geistig frisch erhalten kann. Viele, die früher Gegner der Sportbewegung waren, sind heute zu begeisterten Anhängern geworden. Jeder kann den Sport betreiben, sei es Wandern, Turnen, Laufen usw., der ihm zusagt und wozu sein Körper besonders veranlagt ist.

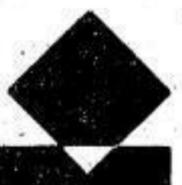
Um auf dem Gebiete der Sporthygiene mehr leisten zu können, muß trotz des Reichsbankpräsidenten Schacht vor allem der Ruf an Staat und Gemeinden ergehen: Schafft mehr Sport- und Spielplätze, denn die vorhandenen genügen noch nicht! Die Summen, die Staat und Städte ausgeben zur Bekämpfung der Tuberkulose, sowie für die Verforgung der frühzeitig dahinscheidenden Kranken, machen einen gewaltigen Betrag aus. Würde von dieser Summe nur ein Bruchteil genommen, um Sport- und Spielplätze zu schaffen, der Staat würde mit wucherhaften Zinsen dieses Kapital durch den Rückgang der Ausgaben für die Verforgung seiner Kranken und frühzeitig Siechen wieder einstreichen können. Man halte sich einmal vor Augen, was es für die Volksgesundheit bedeutet, wenn der Jugend, die in engen Wohnungen zusammengepfercht ist, in unmittelbarer Nähe Spielplätze zur Verfügung stehen. Selbst im Winter wird das Kind zu stundenweiser Erholung durch Sport und Spiel in frischer Winterluft verlost werden können und der engen Wohnung entfliehen. Für den Erwachsenen gilt dasselbe. Er soll nicht im Wirtshaus seine Zeit verbringen, sondern auf dem Sportplatz. Im Winter müssen die Turnhallen aufgesucht werden.

Die Hygiene hat vergebens versucht, gegen die gesundheitlichen Auswüchse der Mode Front zu machen; ein eigentlicher Erfolg hat sie nie zu verzeichnen gehabt. Erst der modernen Sportbewegung blieb es vorbehalten, den gesundheitschädlichen Modetorheiten, vor allem bei dem weiblichen Geschlecht, den Garaus zu machen. Eine Schwimmerin mit verhäutetem Brustkorb ist undenkbar und ein Sportmann kann keinen verdrückten Fuß gebrauchen. Sie sind also gezwungen, vernünftige Kleidung zu tragen.

So wichtig der Sport für die Volksgesundheit ist, ebenso wichtig ist er für die Volksmoral. Er wird zum Erzieher. Dadurch, daß die Jugend hinausgeführt wird in Luft und Licht, wird sie gesund und kampfbereit. Auch die Erwachsenen werden lebensfroher. Die Zeit, bei Sport und Spiel zugebracht, ist nicht verloren, sondern gewissermaßen ein Nahrungsmittel, das neue Kräfte gibt. Nicht allein ein gesunder Körper, sondern auch der harte Wille, der klare Blick und Ergebnisse sportlicher Betätigung. Ein so heranwachsendes Geschlecht wird der Träger einer höheren Kultur sein.

Die beste Bekämpfung

der Mundliteratur ist das Werben neuer Leser für die Volkzeitung!



Ein ganz großer Wurf!



Auch die älteren Schwestern der Massary-Privat sind reifer als gestern, sind vollkommen fat:
 Massary-Delft 5 Pf.
 Massary-Ritter 6 Pf.
 Massary-Diplomat 8 Pf.

Als wir Massary-Privat, die im engeren Haus- und Familiengebrauch seit Jahren erprobte 4-Pfg.-Zigarette der breiten Öffentlichkeit übergaben, waren wir um die Sympathien des rauchenden Publikums nicht bange.

Das Angebot in Zigaretten ist so gewaltig, daß sich eine neue Marke nur dann durchsetzen kann, wenn sie weit über den Durchschnitt hinaus Außergewöhnliches bietet. Auch gut Ding will Weile haben. Mittlerweile ist die Erkenntnis von der Überlegenheit dieser Massary-Zigarette in allen Kreisen durchgedrungen. — Hunderttausende wissen es nun und sagen es weiter:

Massary-Privat 4 S

ohne Mundstück- und mit Goldmundstück

Das ist Tabak!

Aller Länder Fahnen liegen den Massary-Marken bei. Wer sie nicht selber sammelt, erfreue ein Kunderherz damit!

Sächsische Angelegenheiten

Nochmals: „Ein Sieg der Ärzte“

Zu dem in der Sonnabendnummer vom 7. Januar 1928 veröffentlichten Artikel: „Ein Sieg der Ärzte“ erhalten wir aus ärztlichen Kreisen folgende Zuschrift:

Es wäre verfehlt, der Entscheidung des Oberlandesgerichts Dresden in dem amtsärztlichen Ordnungsfahrgang gegen Dr. Braune (wegen unterlassener Anmeldung bei dem ärztlichen Bezirksverein) allzu große Bedeutung beizumessen. Die Angelegenheit ist keine Ständes- oder gewerkschaftliche Organisationsfrage, sondern — und deshalb unterließ Dr. B. die Anmeldung — eine reine Perlemonnaisfrage. Die Kassen der Ärztereine sind leer, die Unterstützungsgesuche nicht genug verbienen, der Arzt und der Hinterbliebenen Blutarz gestorbener „Standostreuer“ laufen in Menge ein; deshalb sind die Vereine hinter jeder ärztlichen Seele her wie das Fegfeuer, auch wenn sie ärztliche Tätigkeit, also Heilbehandlung, gar nicht ausüben. Die Vereine wollten eben „Beiträge“, und nicht zu knapp, erheben. Beiträge zahlen wollte aber Dr. B. als beamteter Vertrauensarzt der Landesversicherungsanstalt nicht; jedoch die unklare Fassung des § 1 des Gesetzes vom 15. August 1904 (Ärzteordnung) verhalf dem Strafantragsteller zu einem neuen „Mitleide“, trotzdem dieser Herr sich mit Händen und Füßen wehrte, in einer ihm nicht genehmen Gesellschaft Platz zu nehmen und jährlich ohne Gegenleistung (er ist ja alterverfugt) circa 100 Mark abzuladen.

Weshalb gehört das Bestehen dieser hiesigen „Ärzteordnung“ auch zu den Unbegreiflichkeiten einer zu nächst richtigen Revolution, die mit diesem Klimbim aus der herrschenden wilhelminischen Kaiserzeit durch einen Hebeltrieb hätte schluß machen müssen. Der neue Landtag, der bestimmt wieder die „richtigen“ Erben der Revolution ans Ruder bringen wird, darf nicht zögern, schnellstens diese „Ärzteordnung“ dahin zu befördern, wohin sie gehört, in den Dreck.

In wirtschaftlichen Fragen hat die Entscheidung des Oberlandesgerichts keine Bedeutung, denn nach den Entscheidungen höchster Instanzen darf die Ständesorganisation im wirtschaftlichen Kampfe nicht benutzt werden. Zwar sind die Sächsischen „Helle“, aber die nichtbestehenden Ärzte haben 1925 im Kampfe gegen die Landesversicherungsanstalt diese „Helligkeit“ nicht bewiesen, indem sie den an der vollen Schlüssel liegenden Kollegen das Süppchen übers Wasser trugen, diesen die Schlüssel noch weiter füllten halfen und jetzt erst sehen, daß ihr Schlüsselchen genau so leer geblieben ist wie vorher, während die anderen sich vor Gutachten nicht retten können. Alles aus völlig unbegründeter Angst vor der drohenden Ständesorganisation! Da waren die Berliner Ärzte doch in Beurteilung der sog. „Standesinteressen“ etwas fixer und heller, sie erkannten schon 1923, daß das heilige Wort: „Standesinteressen“ heißt: Wahrung der Einkünfte von der Praxis. Idioten und Kernhaltung jeder Konkurrenz — und sie pfiffen auf Vertragskommissionen, Androhung ehrengerichtlicher Strafen, weil sie wußten, daß das humpie Waffen sind. Sie pfiffen und sind jetzt so stark, daß sie höhnen bei den letzten Ärztesammlerwahlen drei Siege errösten konnten.

Es ist also abzusehen, daß durch die Entscheidung des Oberlandesgerichts der Landesversicherungsanstalt die „Damensträuben“ angelegt werden können, denn:

- 1. daß die ärztliche Ständesorganisation für gewerkschaftliche Zwecke nicht mißbraucht werden,
2. dürfte sich jetzt die 1925 unter Druck „freiwilliger“ Zustimmung der unorganisierten Ärzte nicht mehr zeigen, weil bekanntlich gebrauchte Kinder das Feuer scheuen,
3. wird die Landesversicherungsanstalt jederzeit erfahrungsgemäße, tüchtige Ärzte finden, die sich nicht einschüchtern lassen durch ungeliebte Drohungen der im wirtschaftlichen Kampfe machtlosen Bezirksvereine.

Der sparsame Weber

Bekanntlich ist niemand so sparsamteilsbegierig wie die Leute von der Wirtschaftspartei. Die Herrschaften tun immer so, als wenn sie das allein richtige Rezept in der Tasche hätten, mit dessen Hilfe man die armen Mittelständler vom Steuerzahler befreien könnte. Nur scheint es sehr unglücklich zu wirken, wenn einmal ein Wirtschaftsparteiler einen Ministerstuhl erklammert. Das ist offenbar für so einen armen Kerl zu anstrengend, und deshalb leidet sein Gedächtnis und er vergißt die höchsten Sparmaßregeln seiner Partei. So scheint es auch dem unglücklichen Handelskammerpräsidenten a. D. Weber ergangen zu sein, den die Selbst-Koalition zu Sächsischen Finanzminister gemacht hat.

Vor einiger Zeit wollten die Wirtschaftsparteiler im Landtag wieder einmal zeigen, was für sparsame Leute sie sind, und sie stellten einen Antrag, in dem u. a. gesagt war, daß bis zur Verabschiedung des Gesetzes über die Besoldungsreformen freiwirtschaftliche Beamtenstellen nicht besetzt werden sollten. Auch der Besoldungs-

schuß des Landtages nahm eine Entschleunigung an, die forderte, daß Stellen und freierwerbende Stellen nur auf Beschluß des Landtages besetzt werden dürften, wenn der Wiederbesetzung das Gutachten des Präsidenten des Staatsrechnungshofes nicht entgegenläufe.

Jetzt hält der Herr Finanzminister Weber einmal Gelegenheit gehabt zu zeigen, daß er die Sparmaßregeln seiner Wirtschaftspartei in die Praxis umsetzen will. Die Vorstandsstelle des Forstamtes in Frankenberg war frei geworden, und da es sich hierbei um das drittkleinste Staatsforstrevier Sachsens mit einer Flächen-größe von nur 1148 Hektar handelt, so wäre es leicht möglich, dieses Forstrevier mit dem benachbarten 1617 Hektar großen Oberzossauer Revier zusammenzulassen. Herr Weber aber gibt in seinem Finanzministerblatt bekannt, daß die Stelle neu besetzt werden soll, und Interessenten werden aufgefordert, sich zu bewerben.

So ein armer Finanzminister ist eben zu sehr geplagt, und da soll er auch noch daran denken, was er bei der Wahlkandidatur versprochen hat und was seine Freunde im Landtag für Anträge stellten. Das ist wirklich jüdisch verlangt!

Das schlechte Beispiel des Ministers

Krug von Ribba, der sächsische Wirtschaftsminister, besitzt in Froburg ein Rittergut, dessen Teil von der Gemeinde zu Badewiesen gepachtet ist. Kürzlich hat nun die Teilpächtergemeinschaft des Rittergutes der Stadt mitgeteilt, daß in Zukunft statt 125 Mark Pacht jährlich 300 Mark zu bezahlen sind. Die Stadtverordneten fanden aber, daß zu einer Erhöhung der Pachtsumme nicht der geringste Anlaß vorlag; deshalb wurde beschloffen, zunächst einmal mit dem deutschnationalen Minister zu verhandeln. Da der Minister 30 000 Mark Grundbesitz, 3000 Mark Zinsenzulage und 2500 Mark Wohnungsgeld bezieht, dürfte er es auch nicht notwendig haben, den Pächtern in Froburg auf 240 Prozent zu verteuern.

Wenn der deutschnationalen Minister seinen deutschnationalen Freunden mit so schlechtem Beispiel vorangeht, braucht man sich über die fortgesetzten Preissteigerungen nicht zu wundern.

Für Grundsteuererleichterungen bei Wohnungsbauten

Der Allgemeine Sächsische Siedlerverband e. V. schreibt uns: Am 15. Januar 1928 ist ein Termin der Grundsteuer fällig. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat bereits vor Weichnachten einen Antrag eingereicht, wonach durch eine Verringerung des Gesetzes über die Steuer- und Gebührentreue von Wohnungsbauten vom 27. Mai 1926 die seit dem 1. Januar 1924 bezugsfertig gewordenen Wohnungsbauten, soweit sie unter das angegebene Gesetz fallen, auf 5 Jahre von der Grundsteuer befreit werden sollen. Durch diesen Antrag würde erreicht, daß die jetzt zu verzehrende Härte hinsichtlich der Höhe der Grundsteuer ein-weisen beseitigt wird. Der Allgemeine Sächsische Siedlerverband hat beim Finanzministerium beantragt, daß bis zur Erledigung dieses Antrages die Grundsteuer für die in Frage kommenden Wohnungsbauten jenseits gestundet wird. Das Finanzministerium hat diesen Antrag leider abgelehnt. Es heißt infolgedessen nichts weiter übrig, als daß die Siedler und Grundbesitzer, deren Wohnhäuser in der Zeit vom 1. Januar 1924 bis 1. März 1928 bezugsfertig geworden sind und die zur Grundsteuer nach ihrer Ansicht zu hoch herangezogen werden, der ihrem zuständigen Grundsteueramt bis zur Erledigung des Antrages der SPD-Fraktion um jenseits Stundung des Steuerbetrages nachsuchen.

Der Dresdner Rat protestiert gegen die Forderung der Wohnungswirtschaft

Auf Grund eines Beschlusses des Stadtverordnetenkollegiums, der den Rat ersucht, bei der Reichs- und Landesregierung gegen die Forderung der Wohnungswirtschaft vorstellig zu werden, hat der Dresdner Rat unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Müller beschlossen, bei der Reichsregierung und dem Reichstag durch eine Eingabe dahin zu wirken, daß alle Bestimmungen auf Forderung der Mieterhöhungsbestimmungen unterbleiben, darüber hinaus aber der Mieterfuß weiter auszubauen ist. Die Mieten sollen soweit gelenkt werden, daß sie mit dem Arbeiterlohn in Einklang stehen. Auch soll die Reichsregierung ersucht werden, in eine Prüfung darüber einzutreten, inwieweit die Mieten überhaupt mit dem heutigen Einkommen in Einklang stehen.

Die Reichshilfe für das östliche Erzgebirge

Wie berichtet wird, hat die Reichsregierung als Beihilfe des Reiches zur Wiederherstellung der Unwetterkatastrophen im östlichen Erzgebirge, die die Unwetterkatastrophen in der Nacht vom 8. zum 9. Juli 1927 verursacht hat, einen Beitrag von 1,97 Millionen Mark bewilligt und bereits ausgezahlt. Die Reichsregierung hatte ur-

springlich 1,97 Millionen Mark bewilligt und dann den Betrag auf 5 Millionen Mark erhöht. Dieser Betrag ist nunmehr auf fast das Doppelte erhöht worden. Der Gesamtschaden der Unwetterkatastrophen wurde auf weit über 30 Millionen Mark geschätzt, wobei der Schaden der Reichsbahn noch nicht mit berechnet ist.

Ein Auto vom Zuge erfasst

Am Dienstagabend ereignete sich in Weindöbha an dem Bahnhofsübergang ein schweres Unglück. Kurz ehe der von Dresden kommende Berliner Zug eintrafen mußte, fuhr ein Auto über die Bahnstraße. Als das Auto die Gleise überquerte, schloß der Schrankenwärter die Schranke, so daß das Auto nicht weiterfahren konnte. Als der Führer des Autos den herannahenden Zug bemerkte, sprang er aus dem Wagen. Der Schrankenwärter wollte den Zug vorwärts zum Halten bringen, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, was ihm jedoch nicht gelang. Die Lokomotive erfasste den Kraftwagen, schleuderte ihn zur Seite und zerstückelte die Kraftwagen. Der Schrankenwärter wurde von dem fortgeschleuderten Kraftwagen auf die Schienen geworfen, von dem Zuge, der trotz sofortigen Bremsens noch einige 20 Meter weiterließ, erfasst und buchstäblich in Stücke gerissen.

Eine vierköpfige Familie mit Gas vergiftet

Im Stadtteil Dresden-Nädnitz hat sich in der vergangenen Nacht das Ehepaar Eitel, angeschlossen in gegenseitigem Einverständnis, zusammen mit seinen beiden Kindern im Alter von sechs und zehn Jahren mit Gas vergiftet. Alle vier Personen sind tot. Der Grund zu der Tat liegt wahrscheinlich in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen.

Eine blutige Spultgeschichte

In Leubnitz bei Verbau war das Gerücht entstanden, es spruhe in einem Grundstück. Mehrfach hatte es nachts an Türen und Fenstern geklopft, ohne daß der Täter bemerkt wurde. Nun machte sich ein Farmer nach einer Anspielung des Spuks, auch einmal zu „spulen“. Er klopfte ans Fenster und rief aus. Bei der Wiederholung dieses „Spuks“ erhellte den Täter sein Schicksal. Ein Hausbewohner hatte sich auf die Lauer gelegt und verfolgte den ausreisenden Farmer. Es kam zu einer Schlägerei, das Gespinnst packte der Hausbewohner am Hals und ließ ihn nicht los. Darauf nach der Hausbewohner dem Farmer mit einem Messer in den Rücken, so daß das „Gespenst“ in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

Der sächsische Etat für das Rechnungsjahr 1928 ist fertiggestellt, er wird voraussichtlich in der nächsten Vollziehung des Landtages, die am Dienstag, dem 17. Januar, stattfindet, den Abgeordneten vorgelegt werden.

Verkehrsfragen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat zur Behebung aller Verkehrsfragen einen Verkehrsausschuß eingesetzt. Es wird gebeten, alle Wünsche und Beschwerden über das Verkehrsweisen an die sozialdemokratische Landtagsfraktion oder an den Vorsitzenden des Verkehrsausschusses, Genossen Karl Rauch, Zwidau, Bolzstr. 16, 1, zu übermitteln.

Zwidau. Der Tod unter der Hahnenfoune. Der Mühlenarbeiter Hergert hatte am Sonntagvormittag ein Bad genommen. Plötzlich erlitten aus dem Baderaum laute Hilferufe. Man fand den Badenden vollständig unter Wasser liegend vor; in der Hand hielt er eine Hahnenfoune, die ihm nur unter großen Schwierigkeiten entzogen werden konnte. Obwohl das Wasser sofort abgelassen wurde und ein herbeigerufener Arzt Wiederbelebungsbemühungen anstellte, war der Verunglückte nicht mehr zu retten. Es wird angenommen, daß sich Hergert im Bade mit der Hahnenfoune zu schaffen gemacht hatte und dabei Kurzschluß eingetreten war.

Tränen. Vorzeitiger Schuß. Im Steinbruch am Kolm ging ein Schuß vorzeitig los. Dabei erlitt ein Steinarbeiter Arm-, Bein- und Schädelbruch. An den schweren Verletzungen starb der Unglückliche.

Blauen. Blutiger Streit. Ein hiesiger Geschäftsmann griff einen anderen Geschäftsmann, von dem er vor einiger Zeit ein Geschäft gekauft hatte, mit einem Messer an und brachte ihm erhebliche Verletzungen bei. Beide waren bei der Bezahlung des Geschäftes in Meinungsverschiedenheiten geraten, da der Käufer sich für überverteilt hielt. Der Verletzte mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Wissen ist Macht. hatte Wilhelm Diekmann als Leitwort für die erste Arbeiterbildungsschule Berlin erfunden. Daselbst gilt auch für die Volkshochschulbewegung und für die Spitze des sächsischen Volkshochschulwesens. Das Volkshochschulheim Göltz Sächsenburg. Darum unterhalte auch die freie Volkshochschulbewegung! Kaiser Sächsenburg-Böhmisch-Böhmen 4. Februar. Preis 30 Pf. Gesamtsumme 50000 Mk. zu haben durch Gewerkschaften, Kollekturen und Geschäfte oder direkt durch Vertriebsstellen, Dresden-V., Wallenhausstraße 28.

Die Geburtsstunde des Friedens

Roman von Henry Boulaille.

Man dachte ein wenig an Herzensnöte, denn die Frau ist nicht wie die Erde, jenem treu, der sich ihr hingeeben hat. Die Frau ist nicht immer so beständig, so geduldig, und der Krieg hatte so lange gedauert, daß es betnahe unmöglich für die Frauen gewesen war, ihrem Verprechen treu zu bleiben. — Seine Frau hatte ihm wohl betrogen, den armen Kerl... Und man hatte es ihm sicher gesagt: es gibt immer gute Seelen, die das Schlechte sagen, anstatt es zu verheimlichen, besonders in solchen Fällen, wo das Wissen alles nur noch verwickelter und schlechter macht. „Das Teufelsweib kann nichts dafür“, sagte Magneuz, dieser arme Bateau hat von Natur ein so gehörntes Antlitz, daß ich selber, glaube ich, nur um zu wissen, was für eine Vogelischeuse seine Frau ist, ihm Hörner aufsetzen würde, um seine Krake nicht bligen zu strafen. Es müßte denn sein, daß sie zu glücklich wäre, unmöglich. Es steht ihm an der Stirn geschrieben, daß er ein Gehörnter ist. Warum richtet er sich nicht danach? Man hatte nun zwar Bateau nichts davon gesagt, aber seit vier Monaten war kein Brief mehr an ihn gekommen. Er hatte wohl jahrelang geschrieben. Die Briefe waren nicht zurückgekommen, aber es war auch keine Antwort erfolgt. Dahinter steckte etwas, hinter diesem Schweigen verbarg sich etwas.

„Wenn das Weib schweigt, so ist es nicht anständig geblieben.“ So hatte er sich zu dem Jurier geäußert, der hatte es ein paar anderen gesagt, die es wieder anderen erzählt hatten, und nun lagte die ganze Kompanie über sein eheliches Mißgeschick.

Er hatte den Jurier auch gebeten, durch den Hauptmann einen Brief schreiben zu lassen, denn „deshalb“ gab es keinen Urlaub. Jeder hätte sich für einen Jahrestag ausgesprochen, um einen Urlaub zu erhalten. Also konnte man niemandem Besorgungen. Man hatte ihm seinen Urlaub nicht abgefragt.

Das hatte ihm den Gedanken an einen Brief eingegeben. Der Sergeant hatte gesagt, daß er deswegen vorstellig werden wollte, hatte aber nichts getan. Trotzdem hatte er, von Gewissensbissen gequält, im Grunde kein schlechter Kerl, die Schuldigen in einem offiziellen gehaltenen Schreiben getadelt.

Sie hatte sich nicht gerührt. „Es ist ein Kreuz, sie schweigt noch immer... Armer Kerl!“, sagte der Unteroffizier ein wenig verzogen, als er sah, daß sein Brief keinen Erfolg gehabt hatte.

Bateau ging jeden Morgen zum Wagenmeister in der Hoffnung, daß er etwas für ihn hätte.

Endlich, eines Tages, war etwas gekommen.

Es war eine Traueranzeige. Sein Name war mit einer unbekannt oder doch gänzlich unbekanntem Handschrift geschrieben — jedenfalls erkannte er sie nicht wieder. Er war bleich geworden, hatte gedankt, sich entfernt und den Umschlag in der Straße geöffnet. „Sie wird doch nicht etwa gestorben sein, die Arme!“ Dann der Brief kam aus der Heimat.

Seine Hände zitterten.

Er vergaß bereits, daß er gelitten hatte, wunderte sich kaum, daß man ihm nicht von ihrer Krankheit Nachricht gegeben, beklagte sie, denn er hatte im Grunde ein gutes Herz, und seine gute Martha war ein Prachtweld und immer eine Mutterwitzin gewesen.

Als der Umschlag geöffnet war, hatte er eine grausame Enttäufung, ebenso grausam wie, in anderer Weise, die Bestätigung seiner Befürchtungen gewesen wäre.

Eine alte Nachbarin war gestorben.

Er hatte sich an die Mauer eines Wirtschaftshauses gesetzt. Er kam gar nicht darauf hinzuwirken und stand niedergedrückt an dieser Wand, zwei Schritte von der Eingangstür. Er meinte vor Wut.

„Das Teufelsweib... das Teufelsweib... was hat sie denn nur, was hat sie denn nur? Wäre sie lieber krepiert! Aber das wird sie mir büßen... Ich werde ihr schon helfen.“ Er sah seinem Zahn freien Lauf, den er so lange im tiefsten Innern zurückgehalten hatte. Dieses lange verzögliche Harren machte böse, und dieser Brief brachte den Becher zum Ueberlaufen.

Das Schreiben nahm sich wie ein über Scherz aus. Die Guten verlassen uns, die Schulle bleiben. „Armer Bateau, deine Frau setzt die Hörner auf, sie umfließt sich und laßt sich einen Preis um dich, sie hat gar keine Lust zu leben...“ Das schien ihm die Anzeige zuzufahren unter dem Dekamantel ganz anderer Worte. Er erkannte das, denn der Schmerz macht hellhörig. Er öffnete die Augen, und selbst wenn man nicht sehen will, muß man sehen, und er versuchte nicht länger, sich irgend etwas vorzumachen.

Sehr spät war er zu seiner Korporalschaft zurückgekommen. Hatte sich der Länge nach ausgestreckt, brummte jeden an, der zu ihm sprach, beschimpfte die ganze Welt und erging sich in Flüchen... er, der ja doch gläubig war — denn es gab keinen Gott. Wäre er sonst vor allen anderen so unglücklich gewesen? Keinem erging es so schlecht wie ihm: denn das Unglück, das man selber hat, verdirbt das der anderen. Immer zählt nur das eigene Elend.

Am nächsten Tage und auch an den folgenden wollte er nicht aufstehen, begnügte sich zu den Mahlzeiten mit einer Kruste Brot und einem Stück Käse, ah nur, um sich zu ernähren und nur deshalb, weil er in die Heimat wollte, um seine Aufgabe zu erfüllen — er wußte welche!

Nachher... Nachher... Er wußte nicht, was daraus werden würde, aber er dachte nicht daran, was nachher sein würde.

Er war krank geworden. „Das Beste ist“, hatte der Major gesagt, „ihn nach Hause zu schicken.“ Er lebte an einer Krankheit des Gemütes!

Wenn man ihm einen Urlaub gäbe, der ihn vom Militärdienst befreit, schlug er vor. Im Übrigen hatte er ein Anrecht auf einen Gesundheitsurlaub.

Der Hauptmann hatte diesen unterzeichnet.

So reiste Bateau ab, einige Monate früher, als seine Zeit um war.

Er war noch seinen Gedanken gerieft. Die Kameraden stellten untereinander Vermutungen an. „Er wird Dummheiten machen.“ „Er wird seine Frau umbringen. Da er fort ist, wird ja der Hauptmann, von ihm zu hören bekommen. Er hätte es sich auch denken können.“

Es verging indes vierzehn Tage, und man erfuhr nichts. Magneuz zog auf seine Weise die Moral aus dieser Geschichte. „Er war nur zu froh, hier loszukommen, und spielte den Dummen mehr als nötig, das war er ja so wie so nicht zu knapp, aber wenn diese „Stüffel“ erst mal losgehen, so sind sie uns Parisern weit über.“ Die verstehen's!

„Er gräbt jetzt die Erde um, seine Erde, und wir graben noch im Dreck.“ — So verhält es sich in Wahrheit.“ (Fortsetzung folgt.)

Böttcher wird geköpft

So beschließt die preussische Regierung

WTB Berlin, 11. Januar.

Nachdem sich der preussische Justizminister, wie bereits gemeldet, gegen eine Begnadigung des Raub- und Lustmörders Böttcher ausgesprochen hatte, hat gestern die Kabinettsitzung des Gesamtministeriums sich ebenfalls gegen das Gnadengesuch ausgesprochen, so daß die Hinrichtung Böttchers nunmehr unmittelbar bevorsteht.

Das preussische Staatsministerium legt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Der preussischen Koalition gehören zur Zeit an: 2 Sozialdemokraten, 2 Zentrumsleute und 3 Demokraten. Daß die beiden Sozialdemokraten, die Genossen Braun und Grzesinski, gegen die Entscheidung im Falle Böttcher gestimmt haben, ist für uns ebenso selbstverständlich, wie die Tatsache, daß die beiden Zentrumsminister, der Justizminister und der Wohlfahrtsminister, aus Gründen der Gerechtigkeit und der Wohlfahrt den Kopf des Böttcher verlangt haben. Der Beschluß des Staatsministeriums war aber nur möglich, wenn sich mindestens zwei von den drei Demokraten für die Köpferlei einsetzten. Wer war das? Gerade weil ein Teil der demokratischen Reichstagsfraktion und fast die gesamte demokratische Presse die Abschaffung der Todesstrafe fordert, hat die Öffentlichkeit ein Recht darauf, zu erfahren, wer von den drei demokratischen Herren, Finanzminister Höppler-Mohr, Kultusminister Becker, Handelsminister Schreiber, an der Entscheidung, die zu den jämmerlichsten Dokumenten der preussischen Koalition gehört, mitgewirkt hat.

Ein furchtbares Bergwerkunglück

100 Tote?

WTB London, 12. Januar.

Eine Erdränge-Weidung aus Cali (Columbia) vom 11. Januar besagt: „Infolge eines Einsturzes in dem Das-Goldminen-Bergwerk wurden in einer Tiefe von 300 Metern über 100 Bergleute eingeschlossen. Man fürchtet, daß sie alle tot sind.“

Weingärtner bleibt in Haft

WTB Berlin, 11. Januar.

Das Amtsgericht Charlottenburg hat nunmehr Haftbefehl gegen Generalkonful Weingärtner wegen des dringenden Verdachtes fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Brandstiftung, Erregung von Explosionen sowie Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz erlassen. Wegen der zu erwartenden hohen Strafe und Fluchtverdachts wird Weingärtner weiterhin in Haft gehalten.

Inzwischen hat der Gerichtshemiker Prof. Dr. Brünning ein vorläufiges Gutachten abgegeben, in dem als Ergebnis der Untersuchung festgestellt wird, daß die bereitgestellte Sprengstoffmenge für die Füllung von 2000 Nebelpatronen ausgereicht hätte, und daß die Aufbewahrung einer derartig großen Menge explosiver Chemikalien für die Umgebung der Weingärtnerischen Villa eine außerordentlich große Gefahr bedeutet habe.

Raubüberfälle

WTB Berlin, 11. Januar.

Ein schwerer Raubüberfall wurde am Mittwochvormittag kurz nach 11 Uhr, in der Bickenstraße 31 in Berlin-Moabit durch zwei Männer auf die Verwalterin Frau Giffout verübt. Die beiden

Verbrecher zeigten einen Ausweis mit Lichtbildern vor und gaben an, daß sie als Kriminalbeamte nach einem Meier Nachforschungen anstellen müßten. Als die Frau ihnen die Meierliste öffnete, fiel der eine von ihnen über sie her, schlug sie mit der Faust nieder und wirgte sie. Der Täter schleppte die Ueberfallene dann in den Korridor, wo sein Helfershelfer ihr einen mitgebrachten Wattenbausch in den Mund steckte. Während die Frau hilflos am Boden lag, erbrachen die Räuber den Wäscheschrank und erbeuteten daraus 700 Mark Reisgelder. Die Täter sind unerkannt entkommen. Erst nach einer halben Stunde wurden Hausbewohner auf das Wimmern der Schwerverletzten aufmerksam und alarmierten die Polizei. Die Täter müssen mit den drillichen Bekhältnissen vertraut gewesen sein.

Geständnis des Dölliger Räubers. Der am Dienstag im Schnellzug Müllchen-Berlin in Saalfeld ergriffene Posträuber Rudolf Larm hat gestanden, gemeinsam mit dem noch gefangenen Posträuber Johann Helm nicht weniger als zwei Postüberhebungen, vierzehn Geldschrankeinbrüche und neun andere Diebstähle begangen zu haben. Bei ihren Geldschrankeinbrüchen in Weimar und Dornburg haben die Verbrecher Sprengstoffe verwendet. Larm war bei seiner Verhaftung im Besitz eines von ihm selbst hergestellten Sprengkörpers, sowie einer Pistole mit 75 Schuß. Von den geraubten Geldern trug er nur noch wenig bei sich. Die beiden Räuber haben ihre Taten so raffiniert verheimlicht, daß sie in Jena ungeführt wohnen und arbeiten konnten, und nicht den geringsten Verdacht erregten.

Eine furchtbare Bluttat wurde von einer Verbrecherbande begangen, die in Mexiko in ein deutsches Farmerhaus eindrang. Die Frau des Besitzers, die gerade ihr wenige Monate altes Kind nährte, wurde nach furchtbaren Mißhandlungen an den Haaren vor das Haus gezogen und dort enthauptet. Das Kind wurde von den Räubern ebenfalls getötet.



frisches Fleisch

Seit Jahren nur 1. Klasse.
Seit Jahren das Beste und immer nur das Beste,
das bleibt auch in Zukunft unsere Richtlinie.

Pa. Ochsenfleisch		Pa. Kalbfleisch		Pa. Schweinefleisch	
Kochfleisch	Pfund 1.10	Keule n. 1.35 Kammfl.	1.25	Bauch	Pfund 85
Querrippe	Pfund 1.15	Brust	Pfund 1.20	Keule	Pfund 95
Hohe Rippe	Pfund 1.25	Pfefferfleisch	Pfund 1.00	Kamm	Pfund 1.05
Gratentfleisch	Kn. Pl. 1.35	Schnitzel	Pfund 2.20	Rücken	Pfund 1.10
Rouladen	Pfund 1.45	Nierenbraten	Pfund 1.35	Gehacktes	Pfund 1.10
Gulasch	Pfund 1.20	Wickelbraten	Pfund 1.35	Schmer	Pfund 90
Lende	Pfund 2.20	Haxen	Pfund 85	Rückenfett	Pfund 75
toastbeef	Pfund 2.00	Pa. Lammfleisch		Blabain	Pfund 78
Junge	Pfund 2.20	Keule n. 1.30 Rück. pl.	1.20	Köpfe	Pfund 45
Gehacktes	Pfund 1.00	Schulter	Pfund 1.15	Knochen	Pfund 40
		Bauch	Pfund 1.10		

Jeden Dienstag aus frischen hiesig. Schlachtungen Rindfleisch, Kalbfleisch, Flocke, Kalbbagrück, Kopffleisch, Kalbsfüße, fr. Schweineköpfe, Dickbeine zu den jeweils niedrigsten Marktpreisen

Vorzügliche Lebensmittel

Braunschweiger Qualitäts-Konserven

Gemüse-Erbsen	2-Pfd.-D. 85	Gem. Gemüse	2-Pfd.-D. 85	Birnen ganze Frucht	2-Pfd.-D. 1.25
Junge Erbsen	2-Pfd.-D. 85	Leipz. Allerlei	2-Pfd.-D. 95	Kirschen mit n. St.	2-Pfd.-D. 1.30
Jg. Erbsen mittel	2-Pfd.-D. 1.10	Leipz. Allerlei mittelfein	2-Pfd.-D. 60	Mirabellen	2-Pfd.-D. 1.35
Jg. Erbsen fein	2-Pfd.-D. 1.50	Spinat dick eingek.	2-Pfd.-D. 1.25	Stachelbeeren	2-Pfd.-D. 1.25
Würl.-Karotten	2-Pfd.-D. 40	Kohlrabi l. Scheib.	2-Pfd.-D. 75	Pflaumen-Sauer	2-Pfd.-D. 1.10
Jung. Karotten	2-Pfd.-D. 65	Sellerie l. Scheib.	2-Pfd.-D. 85	Praibeeeren	2-Pfd.-D. 1.50
Jg. Kl. Karotten	2-Pfd.-D. 90	Pflfferlinge	2-Pfd.-D. 95	Gemachte Früchte	
Schnitzbohnen	2-Pfd.-D. 85	Rosenkohl	2-Pfd.-D. 95	6 Frucht	2-Pfd.-D. 1.60
Schnitzbohnen l.	2-Pfd.-D. 85	Blumenkohl	2-Pfd.-D. 1.10	Erdbeeren l. Half	2-Pfd.-D. 1.65
Bruchbohnen	2-Pfd.-D. 85	Tomatenpüree	2-Pfd.-D. 55	Aprikosen ganze Frucht	2-Pfd.-D. 1.75
Bruchbohnen l.	2-Pfd.-D. 85	Apfelsmus	2-Pfd.-D. 85	Pflirsche ganze Frucht	2-Pfd.-D. 1.80
Junge Wachsbrechbohnen l.	2-Pfd.-D. 95	Pflaumen n. Stein	2-Pfd.-D. 78		
Haricots verts	2-Pfd.-D. 85				

Butter u. Käse	Kolonialwaren	Konfitüren
Allerf. Molkerei-butler	Weißer Bohnen	Bensdorf-Kakao
1/2 Pfd. 98	Grüne Erbsen	Pfd. 95
1/4 Pfd. 78	Viktorin-Erbsen	Block-Zchqk.
Edam Käse vollf.	1/2 gesch. Erbsen	Pfd. 1.10
1/4 Pfd. 33	Linsen	Milch-Nuß-Schk.
Holl. Blockkäse	Bruch-Reis	1/4 Pfd. 40
1/4 Pfd. 35	Voll-Reis	Pralin.-Mischg.
Gouda-Käse vollf.	Blue Rose	1/4 Pfd. 30
1/4 Pfd. 33	Makkaroni	Kokospflitter
Flisterkäse vollf.	Eiernudeln	Schokolade
1/4 Pfd. 35	Kalif. Pflaumen	1/4 Pfd. 40
Briekäse	Mischobst	Sahne-Creme-Pralinen
1/4 Pfd. 28		1/4 Pfd. 55
Emmentaler R.		Gebr. Mandeln
1/4 Pfd. 48		1/4 Pfd. 35
Allg. Stangenkäse		Mulz-Bonbons
Pfd. 68		1/4 Pfd. 20
Harzer Käse		Eucal.-Bonb.
1/4 Pfd. 1.35		1/4 Pfd. 22
Camembert, vollf. Schmelz		Mürbchen
1/4 Pfd. 17		1/4 Pfd. 20
Camembert, vollf. 5l. Schmelz		Oblaten-Lebk.
1/4 Pfd. 93		1/4 Pfd. 38

Weine u. Spirituosen	Pa. Hausmacher	Wurst- und Fleischwaren
1922er Madoc inkl. Fl.		Leber- u. Blutwurst
1.95		1/4 Pfd. 35
1923er St. Emilian		Jagdwurst
inkl. Fl. 1.95		1/4 Pfd. 35
1923er St. Estéphe		Moriadella
inkl. Fl. 1.95		1/4 Pfd. 35
1923er Chat. La Trin.		Preßkopf
inkl. Fl. 1.95		1/4 Pfd. 40
Weinbr.-Verschnitt		Knackwurst
38 Proz. 2.50		1/4 Pfd. 35
Corico, Maraschino, Blat- orange, Pfefferminze		Mettwurst
Fl. 3.00		1/4 Pfd. 35
Tarragona v. Faß Ltr.		Sardellen-Leberwurst
1.35		1/4 Pfd. 40
Griechischer Nektar v. Faß Ltr.		Trüffelwurst
1.50		1/4 Pfd. 45
Malaga Gold v. Faß Ltr.		Zungenwurst
1.70		1/4 Pfd. 45
Insel Sams v. Faß Ltr.		Polsische
1.85		1/4 Pfd. 35
Dürk. Feuerberg		Knoblauchwurst
v. Faß Ltr. 1.60		1/4 Pfd. 30
		Rauchfleisch
		1/4 Pfd. 35
		Roh. Schinken
		1/4 Pfd. 55

KAUFHAUS BRÜHL

Brüchbauerlatschen

Zwei nachgerätht von Erich Grisar.

Also das war so um die Jahrhundertwende herum, erzählte Blaukopf und hob das schlammige Glas, das er mit einem Zuge leerte. Wir bauten damals eine große Brücke über den Kongo.

Ein verdammtes Klima da unten, kann ich euch sagen. Aber es wurde Geld verdient; und dann, wenn du jung bist, willst du die Welt sehen. Sonst wäre ich nicht mitgefahren.

Als wir die Brücke soweit hatten, daß wir sie nicht konnten, lag der dicke Speckmann zu mir, ... ihr kennt doch den dicken Speckmann von der Union? Mit dem war ich unten ... Also er sagt: so, jetzt haben wir gewonnen.

Gewonnen? dachte ich und guckte ihn von oben bis unten an. Warm trugen wir die Riete ja wohl, sagte ich dann, und vorhalten will ich sie wohl auch, aber wie wollen wir die Köpfe drauf kriegen? Du kannst doch nicht den Döpper halten und zuschlagen zugleich.

Wenn das alles ist, warf Paul Grobhorn, der dicke Kesselschmid, dazwischen, so 'ne kleine Brückenmontage am Kongo, die kannst du für Klänge jeden Tag machen. Da will ich euch mal ein Ding erzählen, das ich mitgemacht habe.

Paul ließ sie noch ein wenig zappeln, dann fuhr er fort: So haben wir es gemacht? Wir schickten ein Telegramm nach Klänge und Müller um die Brücke in Dorskind im Hochstern wärmen. Sie bald die weißwarme war, wurde sie in Warte gepackt und mit dem Orient-Express runtergeschickt.

Daselbe dachte ich damals auch. Aber mein Monteur war nicht so dumme, wie ihr denkt. Naam, daß wir da waren und uns die Gegend so richtig begutachten hatten, sagt er zu mir: So, nun wollen wir anfangen. Ich guckte ihn an. Genau so 'n Gesicht wie du, Karl, muß ich damals gemacht haben, da nimmt er den Minimax, vom Schlitzen, rüht ihn auf und spricht los.

So, nun daselbe nochmal, sagte der Alte, und er sprachte dir den zweiten Bogen hin. So schon kannst du ihn nicht mit dem Hitzel spielen. Beim drittenmal sprachte er die Querverbände rein und beim viertenmal die Vertikalen. Einmal mit dem Minimax hin und her geschwenkt und die Brücke hatte den schönsten Belag.

Den selben Tag noch packten wir unsere Schlitten und fuhrten um. Und wenn inzwischen kein Tauwetter gekommen ist, könnt ihr heute noch über unsere Brücke gehen, wenn ihr mal in die Gegend kommt.

Vom Anflug des Sammeins

Die Lucy-Rieselhausen-Spende.

Durch die Zeitungen geht ein Aufruf, unterzeichnet von berühmten Namen, daß die Tängerin Lucy Rieselhausen ihre Mutter in größter Not zurückgelassen hat. Die Mutter habe der künstlerischen Laufbahn ihrer Tochter jedes Opfer gebracht. Spenden an die Deutsche Bank erbeten usw.

Selbstam es scheint sich noch nicht herumgesprochen zu haben, daß wohl jede Mutter ihren Kindern diese Opfer bringt, daß wohl jede Mutter unserer im Kriege gefallenen, hoffnungslosen Jungen diese Opfer gebracht hat. Wer sammelte für sie? Wer unterzeichnete für sie? Wozu ist nicht alle ihre Mutter in Not zurück? Unverschieden?

Eine Mutter, wie alle, brachte ihrer Tochter jedes Opfer. Gut. Die Tochter wurde Tängerin. Nicht eine beliebige kleine Kabarett-Tängerin, die, um sich zur Gage (die oft kaum für Schminke und Puder reicht) den Lebensunterhalt hinzuzuerdienen, die Kanariere neppen muß. Sondern erfolgreich, berühmt, international. Die gelehrten deutschen Bücher über Tanzkunst nennen ihren Namen, die mondänen ausländischen Zeitungen zeigen ihr Bild. Jacht um Jacht bringt neue Triumphe. Und die Gagen sind, zumal am Variété, für einen first class Star wahrlich nicht von Nappe.

Diese Tängerin nun kommt eines Tages ums Leben. Die Zeitungen nennen es: „auf tragische Weise“. Ich sehe keinerlei Traurigkeit darin, nur Verwirrung, wenn jemand — wie Lucy Rieselhausen es tat — neben eine offene Gasflamme eine offene Flasche Benzin stellt. Bedauerlich, gewiß. Traurig, gewiß. Aber nicht

tragisch. Tragische Todesarten gab es zwischen 1914 und 1918, bestaunlich.

Außer dem denkwürdigen Umstande, daß Lucy Rieselhausen in der Zeit ihrer Ruhmeslaufbahn sehr wohl in der Lage gewesen sein dürfte, für diese arme, nun zu bespinnende Mutter zu sorgen und so zu sorgen, daß diese Mutter nun nicht nötig hätte, das öffentliche Mitleid anzurufen ... außerdem aber läßt noch etwas anderes solch einen Aufruf unangebracht erscheinen:

Vor noch gar nicht so sehr vielen Jahren ging durch eben diese Zeitungen eine andere Notiz. Da wurde aufgerufen, eben diese Tängerin Lucy Rieselhausen, wenn sie je wieder nach Deutschland zurückkehre, zu boykottieren. Da wurde Borgis seit durchgehenden darauf hingewiesen, daß Lucy Rieselhausen im besetzten Gebiet wie Gott in Frankreich lebe, waterlandsbergelien vor englischen Offizieren tanze und frivoal geküßert habe vor den zahlungs-kraftigen Siegern zu tanzen sei weit anständiger und lukrativer, als vor deutschen Spielern. Geschmacklos, und gewiß ebensowenig tragisch wie ihr trauriges Ende. Aber ich hätte denselben Redakteur, der heute den lauzonanten Aufruf mitunterzeichnet und dessen Blatt, die Deutsche Allgemeine Zeitung, zu jener Zeit Stinnes gehörte und mit Gott für Rhein- und Ruhrpende kämpfte, damals hören mögen.

Lieben Leute, es ist nicht die Zeit solch sentimentaler Aufrufe. Wenn der Maurer Arno Schulze vom Gerüst stirbt und den Hals dabei bricht, wenn er ebenfalls keine Mutter in größter Not zurückläßt (es sind vielleicht noch sechs, acht minderjährige oder arbeitsfähige Geschwister da, ohne Vater, ohne Ernährer) und wenn diese Mutter ebenfalls jedes Opfer seiner Maurerlaufbahn gebracht hat, trägt kein Hahn danach, was aus der Mutter wird. Und ich möchte nicht behaupten, daß Mutter Schulze wegen der kleinen Unterstützung, die ihr unser Gesetz in ihrem Falle zukommen läßt, glücklicher daran wäre als die Mutter der Tängerin. Spart euch eure Sentimentalität.

Macht mit dieser deplacierten Sammlung nicht andere Sammlungen unmöglich. Und macht auch selber nicht lächerlich. Thea Reiman.

Erbbiologische Analyse und Vaterchaftsfeststellung

Wir haben in einer früheren Betrachtung (am 29. Dezember) gezeigt, daß das heutige deutsche bürgerliche Recht den Mann der Mutter des Kindes ohne weiteres für dessen Vater erklärt, sofern das Kind nur nach Eingehung der Ehe geboren worden ist und der Ehemann der Kindesmutter während der Empfängniszeit beigezogen hat; und Kraft Gesetzes wird — allerdings widerlegbar! — vermutet, daß er ihr innerhalb dieser Zeit beigezogen hat (§ 1591 Abs. 2 BGB). Der Umstand, daß während dieser Zeit auch noch ein anderer Mann der Frau beigezogen hat, ermöglicht noch nicht die Aufhebung der Ehezeit des Kindes. Der § 1591 Abs. 1 Satz 2 BGB bestimmt darüber wörtlich: „Das Kind ist nicht edelich, wenn es den Umständen nach offenbar unmöglich ist, daß die Frau das Kind von dem Manne empfangen hat.“

A. Der Mann erbringt den Nachweis, daß die Frau während der Zeit, wo ihr der Ehemann beigezogen hat, schon konzeptions-unfähig war, insbesondere daß sie schon bei Beginn des Geschlechtsverkehrs schwanger war.

B. Der Mann erbringt den Nachweis, daß er während der ganzen Dauer seines Geschlechtsverkehrs mit seiner Frau zeugungs-unfähig war.

C. Die Anwendung empfängnis-hindernder Mittel und der Nachweis, daß keine „immissio seminis“ — d. h. keine Einschleudung des männlichen Samens in die weibliche Scheide — stattgefunden habe, ist ebenfalls als Beweismittel zugelassen, doch lassen sich jene Umstände gewöhnlich nicht einwandfrei nachweisen.

D. Weist der Mann das Vorhandensein oder das Fehlen physiognomischer Ähnlichkeit nach, so erbringt er dadurch noch nicht ohne weiteres einen sicheren Beweis der offensibaren Unmöglichkeit der Abstammung von ihm. Eine Ausnahme besteht nur für den Fall, daß das Kind gewisse Eigentümlichkeiten zeigt, die nach dem heutigen Stand der Naturwissenschaften mit Bestimmtheit erkennen lassen, daß das Kind von einer der Rasse des Ehemanns angehöriger Person unmöglich erzeugt sein kann.

E. Der Ehemann weist nach, daß das Kind bei der Geburt einen solchen Keßelgrad erreicht hatte, daß es unmöglich aus einer Beiwohnung seinerzeit kommen kann, da diese Beiwohnung entweder viel früher oder viel später erfolgte.

Die gleiche Bedeutung hat der Ausdruck „offenbar unmöglich“ im Falle des § 1717 BGB. Dieser bestimmt, daß als Vater eines unehelichen Kindes derjenige gilt, der der Mutter innerhalb der Empfängniszeit beigezogen hat, es sei denn, daß auch ein anderer ihr innerhalb dieser Zeit beigezogen hat; eine Beiwohnung soll aber außer Betracht bleiben, wenn es den Umständen nach „offenbar unmöglich“ ist, daß die Mutter das Kind aus dieser Beiwohnung empfangen habe.

Wie schon in dem ersten Aufsatz erwähnt, haben nun aber die Naturwissenschaften in den letzten 30 Jahren auf dem Gebiete der erbologischen Forschung außerordentlich wichtige Fortschritte gemacht, die sich bei der geschlechtlichen Gestaltung des heute geltenden Gesetzbuches noch gar nicht ahnen lassen.

Die Erforschung der „Fingerpapilllinien“ und der für sie geltenden Berechnungsgesetze. Die Erblinien bestimmter Linien und Muster in den Pappillarlinien steht insbesondere durch die Forschungen von Poll und Bonnerie wissenschaftlich fest. Die Auswertung der Fingerabdrücke von Mutter, Kind und „Vaterchaftsverdächtigem“ kann gegebenenfalls zu dem Schluss berechnen, daß ein bestimmter Mann mit großer Wahrscheinlichkeit, ein anderer Mann dagegen mit mehr oder weniger großer Wahrscheinlichkeit als Vater des Kindes in Betracht kommt.

Die Erforschung gewisser körperlicher Anomalien und ihrer Vererbung kann ebenfalls für den Nachweis oder den Ausschluß einer behaupteten Vaterchaft herangezogen werden. Nach Meinung von Strachmann können mehrere solcher Erscheinungen in ihrer Gesamtheit im einzelnen Falle dazu führen, daß der Arzt mit wissenschaftlicher Exaktheit die Vaterchaft einer bestimmten Person zu einem bestimmten Kinde feststellt.

Die größte Bedeutung kommt in dieser Beziehung aber der Erforschung der Blutgruppen und ihrer Vererbung zu. Diese Forschungen sind insbesondere an die Namen des um die Jahrhundertwende am Rockefeller-Institut in New York tätigen Wiener Biologen Landsteiner, an die Namen der Biologen Janik und Mohr, von Dungen und Hirschfeld und Serzlein geknüpft. Man stellte fest, daß gewisse, gelblich-braune Menschenblut entnommene Sera, die sog. „Normalsera“, die Eigenschaften haben, anderen menschlichen Individuen entnommene rote Blutkörperchen zu Häufchen zusammenzuballen, zu „agglutinieren“, eine Erscheinung, die mit dem wissenschaftlichen Namen „Isoagglutination“ bezeichnet wird. Im Zusammenhang damit stand die weitere Beobachtung, daß die sog.

agglutinativen Fähigkeiten nicht bei allen Individuen gleich sind und daß man infolgedessen die Menschen in Bezug auf diese besondere Blutreaktion in vier Gruppen einteilen kann: A, B, C und D. Eine Agglutination im Verhältnis von Blutkörperchen und Serum, die zur selben Blutgruppe gehören, findet nie statt und außerdem ist die Blutgruppenzugehörigkeit ein konstantes Charakteristikum eines jeden Menschen. Sie verändert sich also auch nicht im Laufe seiner körperlichen Entwicklung, unter klimatischen Einflüssen, unter der Einwirkung selbst schwerster Krankheiten. Sie gehört — biologisch gesprochen — „zur Konstitution“, nicht „zur Kondition“. Die führenden Theoretiker auf diesem Gebiete, von Dungen und Hirschfeld, behaupten außerdem, daß die an den roten Blutkörperchen angeblich vorhandenen, das Zustandekommen der Agglutination wesentlichen Substanzen, die sog. „Agglutinogene“, bereits bei der Geburt des Kindes vollkommen vorhanden und entwickelt sind. Entweder sind beide Agglutinogene da oder das eine oder das andere fehlt oder es fehlen beide. Damit sind aber auch schon die Grenzen der praktischen Verwertbarkeit der Blutgruppenforschung für die Vaterchaftsfrage festgestellt: Hat A. B. das Kind die Blutgruppeneigenschaft der Mutter, so läßt sich hinsichtlich der Abstammung väterlicherseits überhaupt nichts feststellen. Oder aber das Kind hat weder das eine noch das andere Agglutinogen in seinem Blut — dann läßt sich die serologische Wirkung seines Blutes auf das Blut des angeblichen Vaters ja überhaupt nicht feststellen. Die Vorbedingung dafür, daß die Blutuntersuchungen ein Resultat liefern, ist im Durchschnitt nur bei jedem vierten Kinde gegeben.

Heute stehen alle Forscher daher auf dem Standpunkt, die Gerichte sollten den Ausbruch „offenbar unmöglich“ dahin auslegen, daß als „offenbar unmöglich“ dasjenige angesehen werde, was nach allgemeiner ärztlicher Erfahrung und Kenntnis ausgeschlossen sei. Diesem Standpunkt hat sich nun das Berliner Kammergericht in seiner schon erwähnten Entscheidung vom 11. Oktober 1927 nicht angeschlossen. Das Gericht hat bei diesem Falle, der die Feststellung einer unehelichen Vaterchaft betraf, erklärt, daß die bisherigen Ergebnisse der ärztlichen Forschung für die Beweisführung einer offensibaren Unmöglichkeit nicht in Betracht kämen. Das Gericht stützt dieses Urteil auf die Tatsache, daß bei 4363 Blutuntersuchungen, die in 16 Jahren vorgenommen seien, „immerhin einmal“ das Ergebnis der Blutuntersuchung falsch gewesen sei — warum falsch? Weil es mit den unbestrittenen Angaben der Eltern über die Herkunft des Kindes nicht übereinstimmte hatte!!! Deshalb sollte die gesamte Blutgruppenforschung juristisch unverwertbar sein! Rühre hätte es vielleicht gelegen, in diesem Ausnahmefalle anzunehmen, daß dieses Kind tatsächlich gar nicht legitim war, daß infolgedessen die Blutgruppenuntersuchung, die sich auf dem Blute des Ehemannes der Kindesmutter aufbaute, nicht zu dem richtigen Ergebnis führen konnte. Infolgedessen hat sich gegen jenes Urteil des Kammergerichts innerhalb der ärztlichen Wissenschaft ein wahrer Sturm erhoben. Man wendet sich gegen das Urteil insbesondere mit der Befürchtung, daß es vom Standpunkt des modernen Naturforschers ein „offenbar unmöglich“ überhaupt nicht mehr gebe und daß ein von Juristen besetzter Gerichtshof gar nicht über die Kenntnisse verfüge, um festzustellen, ob die Blutgruppenforschung nur eine „Hypothese“ — so hatte das Kammergericht gemeint — oder eine wohlausgebauete und wissenschaftlich gesicherte Wahrheit sei.

Wünschenswert wäre, daß — ähnlich wie von den süddeutschen Regierungen und vom Senat der Stadt Hamburg — erbologische Institute an den Universitäten mit Landesmitteln geschaffen würden, die dann den Richtern von der Fernerländer könnten, eine „Vaterchaft“ dort feststellen zu müssen, wo er — trotz geleisteter Eide — die feste Überzeugung hat, daß keine Verwandtschaft besteht. In Sachsen wäre das ganz gut möglich, da hier durch den Dresdner Biologen Dr. Fetscher insbesondere auf Grund kriminellen Menschenmaterials schon seit längerer Zeit erbologische Forschungen (mit allerdings teilweise anderer Tendenz) angestellt worden sind. Vielleicht nimmt Herr von Fumetti — oder, wer sonst den Kurs im JRM bestimmt — das Berliner Urteil zum Ausgangspunkt für eine von allen Teilen der Bevölkerung zu begründende Forderung auf diesem so wichtigen Gebiete.

Kleine Chronik

Wajalda Zalonini von der Berliner Staatsoper gastierte im Troubadour. Eine schöne hochgewachsene Dame, mit himmlischer Stimme, blendender Technik und heissem Temperament. Erschütterung konnte sie nicht, weil ihr Spiel innerhalb der Opernkonvention klebt. Aber sie anzuhören war immer eine große Freude, ein paar Intonationstrübungen vergibt man rasch über ihre prachtvoll beschwingten Tempi und Steigerungen. Hubert Leuer hielt daneben mit weiser Mäßigung und mancher schönen Episode bis zum Ende wacker durch. (Welcher Kapellmeister macht, wie es in der Opernsprache heißt, endlich den wie eine ewige Krankheit vererbten Stroh in Manricos größter Szene wieder auf, damit der Bau der Szene wiederhergestellt werde und das unbändige Drängen des Publikums nach Wiederholung der „Bodenden Flammen“ seine natürliche Befriedigung finde?) Darstellerisch ist Leuers Manrico selber recht abgehoben. Er starrt die Töne mit dem rechten Arm hoch und nimmt Leozoren beim Kopf wie Großväterchen sein gutes Kindchen. Hier möchte ich zu wünschen, wäre um so verdienstlicher, als der von Frau mit großer Liebe geleitete Troubadour gelanglich zu den besten Leipziger Aufführungen gehört, zumal wenn ihn Osterkamp als Ferrando eröffnet. Horand und besonders die Krämer-Bergau sangen gestern, ich möchte das nicht verschweigen, strömender und abgeteuerter als vor zwei Monaten beim Julius-Gastspiel, wo sie bereits gelobt worden sind.

H. W. Neuwahl zum Preussischen Reichstagsabgeordneten. In einer Vollversammlung der Section für Distriktsrat in der Akademie der Künste in Berlin wurde die erste Ergänzung zu den Wahlen vorgenommen. Gewählt wurden unter anderem: Alfred Döblin, Leonhard Frank, Alfred Komroff, Theodor Däubler und Fritz von Urruth.

Zur Geschichte der Mathematik. Der Professor Struve und Tuzoff in Leningrad gelang die Entzifferung eines ägyptischen Papyrus aus dem wissenschaftlichen Sammlungen des Eremitage-Museums, wonach sich ergibt, daß man lange vor Archimedes, schon im 9. Jahrhundert v. Chr., in Ägypten den Problem der Berechnung von Inhalt und Umfang des Kreises auf den Grund gekommen war.

Altes Theater. Im Anschluß an seine Einzel-Gastspiele als „Schinderhannes“ begann Eugen Klopfer am Sonntag „er in Leipzig eine mehrmonatige Tournee mit eigenem Ensemble, die ihn durch die größten Städte Deutschlands und der Schweiz führt. Der Künstler spielt den Boucalet in Tristan Bernard's Komödie „Abgemacht, Kuch!“ und die Titelfigur in Hermann Bahrs „Der Meister“. Zwei dieser Gastspiele finden im Anrecht statt. Da das Ensemble-Gastspiel nur bis Mittwoch, den 18. Januar, dauert, muß die Anrechtvorstellung 10a. ausnahmsweise auf Montag, den 16., verlegt werden. Die Anrechtvorstellung 10b ist für Mittwoch, den 18., angesetzt. In beiden Abenden gelten für die Anrechtler die Eintrittskarten trotz der erhöhten Kassenpreise ohne Nachzahlung. Der Künstler spielt am 16. und 18. Januar den „Meister“. Sonntag, den 15., und Dienstag, den 17., Abgemacht, Kuch!“ sämtliche Vorstellungen beginnen um 8 Uhr.



Kommunisten und Präsidiumwahlen

Verlogenheit der SPD am Pranger.

Unter der tendenziösen Überschrift: „Die SPD gibt die Arbeitermehrheit in Böhlich-Ehrenberg und Rüttha preis“, seroliert das Leipziger Kommunistenblatt seinen Lesern wieder ein Erzeugnis, das an Verlogenheit nicht zu überbieten ist. Die berufsmäßigen Schwindler in der Redaktion der SZJ gehen wohlweislich nicht näher darauf ein, inwiefern die SPD diese ihr angebotenen Taten begangen haben soll. Die Wägnier in der Schreibstube des Kommunistenorgans, die ihre Feder in Dreck und Schmutz tauchen, fassen aber davon, daß sozialdemokratische Koalitionspolitik das Bekenntnis zum proletarischen Klassenkampf verdrängt. Und weil die Stillsage von Moskaus Gnaden für diese ihre verlogenen Behauptungen den Beweis schuldig bleiben, und weil ferner gerade in verschiedenen Gemeinden des Leipziger Bezirks die Anhänger Stalins dem Bürgerturne den wichtigsten Posten des Verordnetenvorstehers in die Hände spielten, wollen wir das, was die Leipziger Rubelstube verschweigt, im Interesse der Wahrheit nachstehend aufzeichnen.

In Böhlich-Ehrenberg wurde bei der Neuwahl des Verordnetenvorstehers Genosse Nowak, der bisher als solcher fungierte, neben dem Bürgerlichen Pfeiffer in Vorschlag gebracht. Der bürgerliche Vorschlag gab den Anstoß zu einer Vorkandidatur zwischen SPD- und KPD-Fraktion. Dieses Vorgehen war für die Bürgerlichen Veranlassung, ihren Vorschlag zurückzuziehen. Genosse Nowak wurde nunmehr einstimmig als Verordnetenvorsteher gewählt. Der bekannte Kommunist und Bezirksratsmitglied Demann, dessen „geistreiche“ Ausführungen wiederholt hartes Lachen bei den Abgeordneten des Bezirkstages der Amtshauptmannschaft Leipzig hervorgehoben haben, wurde mit sozialistisch-kommunistischer Mehrheit als erster Stellvertreter gewählt. Als zweiter Stellvertreter fungierte der Kommunist Bachmann. — So steht also die angeblich erste Preisgabe der Arbeitermehrheit durch die SPD aus.

Und wie liegen die Dinge nun in Rüttha? In der Verordnetenversammlung am 2. Januar 1928 wurde die Neuwahl des Verordnetenvorstehers und seiner Stellvertreter vorgenommen. Wer bei der Zusammenfassung des Stadiparlaments (7 Bürgerliche, 6 Sozialdemokraten, 2 Kommunisten) vermutet hatte, daß nunmehr der bisherige bürgerliche Vorsteher durch einen Arbeitervertreter abgelöst würde, dem war die arbeitervertreterische Haltung der beiden Kommunisten noch nicht bekannt. Bei der Wahl zeigten sie wieder einmal ihr wahres Gesicht. Als Zweimännerfraktion reichten sie einen eigenen, vollständig zweck- und auschließlichen Vorschlag ein und verhassten bei der Stichwahl zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten durch Abgabe weißer Zettel den Bürgerlichen zum Siege. Zum zweitenmal wurde damit dieser einstufige Posten mit kommunistischer Hilfe dem Bürgerturn zugesandt. Wer gab also nach dieser Wahl, die doch die Kommunisten nicht bestreiten können, die Arbeitermehrheit preis? Sicher die Anhänger jener Partei, deren Redakteure täglich mit Vöge und Gemeinheit den Kampf gegen die Sozialdemokratie führen!

Wir sind in der Lage, den Strikten in der Eisenstraße mit weiteren Material aufzuwarten, aus dem die schändliche, allem proletarischen Empfinden höhnisch sprechende Tätigkeit kommunistischer Kommunalpolitiker sichtbar wird.

In Weicha sind die Parteien im Gemeindeparlament wie folgt vertreten: 4 SPD, 3 KPD und 4 Bürgerliche. Im Vorjahre

schlugen SPD sowie KPD je einen ihrer Fraktionsmitglieder zum Verordnetenvorsteher vor. Die Bürgerlichen verzichteten auf einen Vorschlag, sie wiesen lediglich auf die sehr bestrebende Tätigkeit des bisherigen kommunistischen Vorstehers hin. Der Erfolg dieser Lobeshymne? Der Kommunist wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen als Vorsteher gewählt. Ja, die Vertreter der Weichauer Bauern ermöglichten sogar, daß die Kommunisten außerdem noch den ersten und zweiten Bürgermeisterstellvertreter stellen konnten, obwohl ihre Fraktion die kleinste ist. So im Jahre 1927. Und weil eine Liebe die andere wert ist, brachten im Jahre 1928 die „Beruferevolutionäre“ ihren eigenen Parteifreund, den bisherigen Vorsteher, nicht wieder in Vorschlag, sondern empfahlen aus „Zweckmäßigkeitgründen“, den bürgerlichen Bürgermeister als Verordnetenvorsteher zu wählen. Die SPD-Fraktion hatte eines ihrer Fraktionsmitglieder in Vorschlag gebracht. Man trat in die Wahlhandlung ein. Der erste Wahlgang brachte dem bürgerlichen Bürgermeister, jenem Mann, dem vor mehreren Jahren ein kommunistischer Verordneter entgegensteuerte, daß es Zeit für ihn zum Verschwinden sei, die höchste Stimmenzahl (4). Nunmehr schritt man zum zweiten, entscheidenden Wahlgang. Der Sozialdemokrat, Genosse Adler, erhielt vier Stimmen und war damit gewählt. Der Bürgermeister konnte, obwohl er eine Wiederwahl ablehnte, drei Stimmen, vermutlich die der Kommunisten, die ihn in Vorschlag gebracht hatten, auf sich vereinen. Vier Stimmentel waren unbeschrieben. Doch mit diesem schändlichen Streich noch nicht genug. Die Vertreter Moskaus sortierten nach dafür, daß ein Bürgerlicher als Stellvertreter des sozialdemokratischen Gemeindeverordnetenvorstehers von Weicha fungiert. Wer trüb in diesem Falle Koalitionspolitik? Wer gab die Arbeitermehrheit preis? Die Kommunisten!

Das Regierfeld solcher Streiche kommunistischer Politiker ließe sich noch beliebig erweitern. Es sei in diesem Zusammenhang nochmals an Hartha erinnert, wo der bisherige sozialdemokratische Vorsteher trotz einer Linksmehrheit im Stadiparlament befeitigt wurde und die Anhänger der Rubelpartei im Einvernehmen mit den Bürgerlichen das gesamte Präsidium besetzten. Auch Hartha ist ein Beweis dafür, was die Kommunisten unter rücksichtsloser Ausnutzung einer Arbeitermehrheit verstehen. Selber ist von solchen Dingen kein Strebenswürdiges im Organ der Arbeiter, Nagel und Sacke zu lesen, dafür sind aber diese drei Hebel bemüht, sich im Verschlingen der Sozialdemokraten den Rang abzulaufen, um nicht etwa bei den „Göttern“ in Moskau in Ungnade zu verfallen.

Eine Gemeindevertreter-Konferenz für die gesamte Amtshauptmannschaft Leipzig wird Sonntag, den 20. Januar, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus in Leipzig stattfinden. Die Genossen werden erjucht, sich diesen Tag freizuhalten.

In Großhildesheim spricht am 22. Januar, vormittags 10 Uhr, Genosse Fickner vor der Arbeitsgemeinschaft der Gemeindevertreter über Wohnungsbau und Finanzen. Die zu der Arbeitsgemeinschaft gehörenden Genossen werden um vollständigen Besuch gebeten.

Vöblich. Unter dieser Spitzmarke wurde in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 10. Januar die Mißhandlung eines weißlichen Fürsorgegärlings durch einen Landwirt in Vöblich gegoißelt, in dessen Dienst der betr. Jögling steht. Dazu wurde bemerkt, daß ein solcher Fall nur noch selten in Sachsen vorkommen dürfte. Auf Grund der Erfahrungen, die die Arbeiterwohlfahrt auf diesem Gebiete macht, sind solche Fälle aber nicht so selten, wie der Schreiber meint, sie dringen nur nicht an die Öffentlichkeit, weil es oft um die Aufsicht der Kinder schlecht bestellt ist. Mit dieser Aufgabe werden Leute noch in den weltaus meisten Fällen von den Wohlfahrts- und Jugendämtern die Organe der Innern Mission, vor allem die Landgeistlichen, betraut, die oft einem angemessenen „Zuchtmittel“ gar nicht so abhold gegenüberstehen. Wenn dann nicht

andere, die zufällig Zeugen einer solchen Mißhandlung sind, sich ins Mittel legen, erfährt die Öffentlichkeit nichts von dem oft traurigen Schicksal dieser Fürsorgekinder. Hier ist nun die Arbeiterwohlfahrt am Platze. Durch eine freiwillige Kontrolle muß sie solchen Fällen nachgehen und für Abhilfe sorgen. Die Landwirte nehmen solche Fürsorgegärlinge nicht aus Liebe zu diesen an, sondern sie verwenden sie als billige und willige Arbeitskräfte. Oft müssen Kinder im schulpflichtigen Alter bereits in den frühesten Morgenstunden schwere landwirtschaftliche Arbeit verrichten. Zum Schulbeginn sind sie dann schon müde und abgearbeitet. Es ist ein dankbares Gebiet für die Helfer der Arbeiterwohlfahrt, sich um diese Opfer zu kümmern und die Kinder der Arbeiter vor einem solchen schweren Los zu schützen. Darum sei auch anlässlich des Falles in Vöblich an alle sozialdemokratischen Ortsvereine die Aufforderung gerichtet, Ausschüsse für Arbeiterwohlfahrt ins Leben zu rufen, um den sozialen Schutz für alle Hilfsbedürftigen zu übernehmen und ihnen Hilfe zu bringen. Die Wohlfahrts- und Jugendämter sind in der Regel gern bereit, die Hilfe der Arbeiterwohlfahrt anzunehmen. Wo dies nicht der Fall ist, muß dieser Einfluß erkämpft werden.

Eilenburg. Wieder eine Postagentur in Eilenburg-Ost. In der Torgauer Landstraße 14 wird am 15. Januar, 12 Uhr, die langersehnte Postagentur Eilenburg 2 errichtet. Die Dienstgeschäfte versteht der frühere Werkmeister Robert Wippich. Die Dienststunden der Postagentur sind Werktags 8—12 und 15—18 Uhr, Sonn- und Feiertags 8—9 Uhr. Die Postagentur besorgt außer dem Verkauf von Wertpapieren aller Art die Annahme sämtlicher Postsendungen und Telegramme, sowie die Vermittlung von Orts- und Ferngesprächen.

Ein Mietauto verbrannte auf der Landstraße in der Nähe des Roten Hauses. Es gehörte Herrn Jette. Die Ueberreste wurden nach hier abgeschleppt. Verunglückt ist niemand.

Rundfunkprogramm

Leipzig.

Freitag, den 13. Januar. Unterhaltung und Belehrung. 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,54 Uhr: Wetterbericht und Voraussage (Deutsch und Spanisch). 12,00 Uhr: Schneerichte und Wasserstandsmeldungen. 12,15 Uhr: Mittagsmusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Vox-W.G. Berlin. 12,55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13,30—13,45 Uhr: Proben aus den Neuerscheinungen auf dem Musikalienmarkt. 13,50—14 Uhr: Deutsche Hausmusik. (Von 17—18 Uhr: Uebertragung auf den Deutschslandsender.) Mitwirkende: Hans Jett (Gesang), Paul Wobohel (Violine), Dr. Ernst Paglo (Klavier). 14,05—14,30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 14,30—14,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studienrat Friebe und Viktor Mann: Englisch für Partigeschrittene. 15—15,30 Uhr: Vortragsreihe: „Die Zukunft deines Kindes“. 5. Vortrag. Gewerkschaftssekretär Karl Arndt-Dresden (Berufsberatungsstelle): Eignung und Ausbildung für Berufe der Metall- und Maschinenindustrie. 19,30—20 Uhr: Dr. Alfred Heuß: „Die Faustsinfonie von Franz Liszt“. 20 Uhr: Wettervorhersage, Schneerichte und Zeitangabe. 20,15 Uhr: Sinfonietoncert. Solisten: Prof. Julius Rüttschölms-Stockholm (Violine), Erich Wagner (Gesang). Männerchor: Leipziger Oratorienvereinigung. Dirigent: Das Leipziger Sinfonie-Orchester. 1. Cornelius: Ouvertüre zur Oper „Der Barbier von Bagdad“, Sinfonie-Orchester. 2. Kurt Ritterberg: Sinfonietoncert (E-Moll), Op. 7. (Zum ersten Male!) 3. Moderato. — 4. Adagio cantabile. — 5. Allegro molto, Prof. Julius Rüttschölms. 3. Satz: Eine Faustsinfonie (nach Goethe) in drei Charakterbildern für großes Orchester, Tenor-Solo und Männerchor: I. Faust. — II. Gretchen. — III. Mephistopheles. Anschließend Schlußchor für Männerstimmen. Tenorsolo: Erich Wagner, Faust, H. Teil, Chorus Mysticus. 22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.

Ein sehr preiswertes Angebot für unsere Mitglieder

Damen-Mäntel

aus warmen Stoffen: Flauch, Velour, Sakimoluchen, Velour-Otomane, imitiert englischen Stoffen, teilweise mit Wusch- u. Pelzgarnerung in modernen Formen

35⁰⁰ 29⁶⁰ 25⁰⁰ 19⁰⁰ 15⁰⁰ 7⁵⁰

aus Velour de laine, reitwoll. Otomane, Rips und anderen schönen Stoffen, teilweise halb und ganz auf Damassé mit reicher Wusch- und Pelzgarnerung

85⁰⁰ 75⁰⁰ 65⁰⁰ 55⁰⁰ 45⁰⁰

Tanzkleider von 18⁰⁰ an

Kleider zum Teil aus halb- und reitwoll. Stoffen, Popelotte, Rips 17.50 12.50 10.50 7.50 5⁰⁰

Blusen aus Stanell und woll. Stoffen 4.90 3.90 2.90 1⁹⁰

B'w. Kinderstweater von 50⁰⁰ an

Kinder-Konfektion

Spielkittel 95⁰⁰

Spielhöschen 1⁹⁵

Baby-Kleider 3.90 2.90 1⁹⁰

Mädchen-Kleider 5.50 4.50 3.50 2⁵⁰

Mädchen-Mäntel 10.50 7.50 5.- 2.90 1⁹⁰

Knaben-Anzüge 12.00 9.50 7.00 5.00 4⁰⁰

Knaben-Mäntel 17.50 12.50 8.50 7⁵⁰

Knaben-Hosen 1⁹⁵

Rostüme 45.00 25.00 15⁰⁰

Herrn-Mäntel

in modernen Formen und Stoffen in allen Größen vorrätig

45⁰⁰ 39⁰⁰ 35⁰⁰ 30⁰⁰ 25⁰⁰ 19⁰⁰

Herrn- u. Burschenanzüge

durchweg in guten Qualitäten, tolle Gehalt, Buckskin und Gabardine ein- und abgetrethig

45⁰⁰ 39⁰⁰ 35⁰⁰ 29⁰⁰ 25⁰⁰ 22⁵⁰

Bestreifte Hosen 8⁰⁰ 7⁵⁰ 7⁰⁰

Gummi-Mäntel für Damen 12⁵⁰

Jacken aus Imit. Seopard ganz auf Damassé 37⁵⁰

Reibchenhosen 1⁹⁵

Konsum-Berein Leipzig-Blagowik

Blagowik-Bindenau, Josephstraße 44-46 Reudnitz, Dresdner Straße 55

Warensabgabe nur an Mitglieder